Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

18. Mai 1981 Nr. 21

Preis 1 DM D 21060 C

Millionen Franzosen feiern Mitterands Wahlsieg
Der neue Präsident will noch 1981 die Mindestlöhne und -renten erhöhen, das Rentenalter senken. Die 35-Stunden-Woche soll Gesetz werden ... S. 5



90500 Stimmen für die Alternative Liste in Westberlin
Die angestrebte Bereinigung der parlamentarischen Verhältnisse ist fehlgeschlagen. Neue Aufgabenstellungen kommen jetzt auf die AL zu ..... S. 4

„Kündigungsschutz" durchleuchtet: Änderung dringlich
1,2 Mio. Kündigungen werden jährlich ausgesprochen. Kaum einer wagt eine Klage. Und nur 9% aller Kündigungsschutzklagen sind erfolgreich ... S. 11

Die „Schmetterlinge"
Interview über ihre politische und künstlerische Entwicklung, ihre Arbeit, ihre Absichten und Pläne . S. 16

Regionalteil .... Seiten 13-15

Hält die Regierung noch lange?

ges. Eine deutliche Mehrheit hat in den Bundestagswahlen der CDU/CSU mit ihrem Kanzlerkandidaten Strauß eine Absage erteilt. Auch in Westberlin verfehlte die CDU die absolute Mehrheit eindeutig, obwohl sie mit Weizsäcker einen Kandidaten an die Spitze gestellt hatte, der voll Kreide im Rachen auf die Welt gekommen zu sein scheint. Aber der Parlamentarismus hat es so an sich, daß die Kapitalistenklasse anders kann, als die Mehrheit will. In Westberlin steuert sie auf einen Weizsäcker-Senat zu. Scheinheilig hatte Weizsäcker nach der Wahl vorgetragen, CDU, SPD und FDP hätten zusammen über 90 Prozent der Stimmen erhalten, und da wär es doch noch mal schöner, wenn sie keine regierungsfähige Mehrheit zustandebrächten. Neuwahlen wären eine Niederlage der parlamentarischen Demokratie. Prompt echote Brunner von der FDP, der bloß als Senator in Westberlin bleiben will: „Wir müssen doch alle gemeinsam an Berlin denken. Wo kämen wir denn da hin, wenn wir das vergessen." Auch an die SPD wandte sich Weizsäcker: Sie könne sich aus der Mitverantwortung nicht „absentieren".

Obwohl wahr bleibt, daß die CDU mit ihrem Wahlziel gescheitert ist und in Westberlin keine Mehrheit für offene Reaktion zu erzielen war, wird hinter den Kulissen allseits an einer solchen Lösung gebastelt. Brandt ließ aus Bonn verlauten, daß man der Berliner FDP nicht verübeln könne, wenn sie sich an einem Senat Weizsäcker beteilige. Die FDP konnte sich dazu bisher nicht durchringen. Der Ruch von Umfallern hängt ihnen schon lange an, und, daß sie für einen solchen Schritt kein Mandat haben, steht außer Zweifel. Aber es gibt ja elegante Zwischenlösungen. Die FDP braucht sich bei den Senatswahlen im Abgeordnetenhaus nur zu enthalten, dann ist der CDU-Senat mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen erst mal gewählt. Die Tür zum Senat bleibt of-

an sich, daß die Kapitalistenklasse anders kann, als die Mehrheit will. In Westberlin steuert sie auf einen Weizsäcker-Senat zu. Scheinheilig hatte Weizsäcker nach der Wahl vorgetragen, CDU, SPD und FDP hätten zusammen über 90 Prozent der Stimmen erhalten, und da wär es doch noch mal schöner, wenn sie keine regierungsfähige Mehrheit zustandebrächten. Neuwahlen wären eine Niederlage der parlamentarischen Demokratie. Prompt echote Brunner von der FDP, der bloß als Senator in Westberlin bleiben will: „Wir müssen doch alle gemeinsam an Berlin denken. Wo kämen wir denn da hin, wenn wir das vergessen." Auch an die SPD wandte sich Weizsäcker: Sie könne sich aus der Mitverantwortung nicht „absentieren".

Obwohl wahr bleibt, daß die CDU mit ihrem Wahlziel gescheitert ist und in Westberlin keine Mehrheit für offene Reaktion zu erzielen war, wird hinter den Kulissen allseits an einer solchen Lösung gebastelt. Brandt ließ aus Bonn verlauten, daß man der Berliner FDP nicht verübeln könne, wenn sie sich an einem Senat Weizsäcker beteilige. Die FDP konnte sich dazu bisher nicht durchringen. Der Ruch von Umfallern hängt ihnen schon lange an, und, daß sie für einen solchen Schritt kein Mandat haben, steht außer Zweifel. Aber es gibt ja elegante Zwischenlösungen. Die FDP braucht sich bei den Senatswahlen im Abgeordnetenhaus nur zu enthalten, dann ist der CDU-Senat mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen erst mal gewählt. Die Tür zum Senat bleibt of-

fen, ohne daß die FDP mit der Tür gleich ins Haus gefallen wäre.

Um so leichter kann die SPD auf Erneuerung machen. Ihr Sprecher meinte, man erwarte nun, daß sich die „Parteibuchsozialisten und die opportunistischen Bonzen verabschieden, um den Prozeß der Erneuerung fortzusetzen". Damit am Ende des Prozesses nichts Falsches herauskommt, bleibt Vogel plus Teilen seiner Mannschaft auf jeden Fall da.

Allgemein gilt es, das Funktionieren der parlamentarischen Demokratie und politisches Verantwortungsbewußtsein zu demonstrieren, um die parlamentarische Betrügerei eines CDU-Senats über die Bühne zu bringen, ohne weitere „Staatsverdrossenheit" zu fördern. Die 7,2 Prozent der AL reichen erst mal.

Was sich in Berlin unter dem Zwang der Stimmenverhältnisse unmittelbar nach den Wahlen abspielt, kann leicht zum Modell werden für das, was in Bonn in den nächsten Monaten vielleicht inszeniert wird. Einen großen Teil ihrer Schuldigkeit hat die SPD in der sozialliberalen Regierungskoalition bereits getan. Der NATO-Mittelstreckenraketenbeschluß ist als Fortsetzung der Entspannungspolitik auf den Weg gebracht, der Militärhaushalt schwillt laufend, allerorten wird an den Sozialausgaben, Ausgaben für Schulbildung etc. gestrichen, um das „soziale Netz" zu erhalten; die Mineralölsteuer ist erhöht mit der Maßgabe, ein Bruchteil davon solle kommunalen Nahverkehrsprojekten zur Verfügung gestellt werden. Und das wichtigste: die Furcht, die sozialliberale Regierung zu gefährden, hat die Gewerkschaften noch einmal davon abgehalten, den Bruch mit der Sozialpartnerschaft zu vollziehen, was unumgänglich gewesen wäre, wenn die Gewerkschaften tatsächlich alles daran gesetzt hätten, die Reallöhne zu verteidigen und die Schranken der tariflichen Mindestlöhnen relativ anzuheben.

Der Effekt der Regierungspolitik war voraussehbar und tritt zunehmend ein. In der SPD macht sich verstärkt Widerwillen breit und entwickelt sich Widerstand. In solchen Situationen hat sich der Parlamentarismus und das „Drei-Parteien-System" zu bewähren. Die Kapitalistenklasse kann die Figuren schieben, wie sie es für passend hält, um die Entwicklungen in der Arbeiterklasse und unter den Lohnabhängigen als Antwort auf die Krise zu konterkarieren. Verschieben sich die Kräfteverhältnisse nach links, und drückt sich dies etwa in wachsenden Auseinandersetzungen innerhalb der SPD um den Regierungskurs aus, so kann die Bourgeoisie gerade unter dem Hinweis auf die Zerrissenheit der SPD die Kräfteverhältnisse im Parlament nach rechts verschieben, eine Regierungsumbildung erzwingen und die SPD auf den Weg der Erneuerung schicken, um die Entwicklung wieder einzuholen, die sie durch ihre Regierungspolitik mitausgelöst hat.

Auch dafür stehen die Figuren bereits bereit. Genscher nimmt die Koalitionsvereinbarungen zum Anlaß, um in die Parteiangelegenheiten der SPD hineinzufunken und den Umschwung vorzubereiten. In der CDU tritt nicht mehr Strauß, sondern Kohl als Gallionsfigur auf. Und innerhalb der SPD tritt Brandt für Freiheit der Diskussion ein, um notfalls wie ein ausgetrockneter Schwamm linke Kräfte aufsaugen und binden zu können. Ob und wann eine solche Inszenierung tatsächlich auf die Bühne kommt, kann man natürlich nicht sagen. Unter anderem

Der Effekt der Regierungspolitik war voraussehbar und tritt zunehmend ein. In der SPD macht sich verstärkt Widerwillen breit und entwickelt sich Widerstand. In solchen Situationen hat sich der Parlamentarismus und das „Drei-Parteien-System" zu bewähren. Die Kapitalistenklasse kann die Figuren schieben, wie sie es für passend hält, um die Entwicklungen in der Arbeiterklasse und unter den Lohnabhängigen als Antwort auf die Krise zu konterkarieren. Verschieben sich die Kräfteverhältnisse nach links, und drückt sich dies etwa in wachsenden Auseinandersetzungen innerhalb der SPD um den Regierungskurs aus, so kann die Bourgeoisie gerade unter dem Hinweis auf die Zerrissenheit der SPD die Kräfteverhältnisse im Parlament nach rechts verschieben, eine Regierungsumbildung erzwingen und die SPD auf den Weg der Erneuerung schicken, um die Entwicklung wieder einzuholen, die sie durch ihre Regierungspolitik mitausgelöst hat.

Auch dafür stehen die Figuren bereits bereit. Genscher nimmt die Koalitionsvereinbarungen zum Anlaß, um in die Parteiangelegenheiten der SPD hineinzufunken und den Umschwung vorzubereiten. In der CDU tritt nicht mehr Strauß, sondern Kohl als Gallionsfigur auf. Und innerhalb der SPD tritt Brandt für Freiheit der Diskussion ein, um notfalls wie ein ausgetrockneter Schwamm linke Kräfte aufsaugen und binden zu können. Ob und wann eine solche Inszenierung tatsächlich auf die Bühne kommt, kann man natürlich nicht sagen. Unter anderem

muß man den Kurs der Staatsanleihen verfolgen, um auf dem Laufenden zu bleiben. Daß sich die Inszenierung bereits im Repertoire befindet, steht wohl fest. Ob sie für den kommenden SPD-Parteitag noch als drohendes Gruselstück an die Wand gemalt wird, um den NATO-Beschluß abermals bestätigt zu bekommen, oder ob sie schon vorher zum Einsatz kommt, oder erst im Falle eines Scheiterns von Schmidt auf dem Parteitag, wird man sehen. Schmidt wäre nicht die erste Heldenfigur, die noch während der Spielzeit in die Requisitenkammer wanderte.

Die eigentliche Gefahr wäre, eine solche Angelegenheit für die ganze Wirklichkeit zu halten und einen solchen Rechtsruck für einen Rechtsruck im Volk zu nehmen und auf linke Erneuerung unter Führung einer geläuterten SPD in Opposition zu hoffen. An kaum einer der wesentlichen Fronten der Kämpfe der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung stimmen die Kräfte, die zu gewinnen sind, einfach mit der Anhängerschaft der SPD überein, und auf keinen Fall darf man sich vom linken Flügel der SPD diktieren lassen, was links und fortschrittlich sei. Das gilt insbesondere im Kampf gegen die NATO-Beschlüsse, in denen es drauf ankommt, eine Mehrheit für ein blockfreies Europa zu gewinnen und nicht eine Minderheit für Vorleistungen an die Sowjetunion. Allemal werden in der nächsten Zeit die Anforderungen an eine selbständige Politik der Linken wachsen. Aber auch dafür haben die Wahlen in Berlin ein Zeichen gesetzt.



Im Libanon droht immer mehr ein direkter Zusammenstoß der beiden Supermächte. Die Sowjetunion entsandte Freitag letzter Woche einen von einem Hubschrauberträger geführten Flottenverband vor die Küste, worauf die USA ihre Mittelmehrflotte folgen ließen. Schon zuvor hatte Syrien erklärt, ein Angriff gegen das Land sei ein Angriff gegen Sowjetunion. US-Präsident Reagan rief am Samstag den „Nationalen Sicherheitsrat" zusammen. Und in Beirut gaben sich die Botschafter der USA und der UdSSR die Klinke in die Hand.

Libanon: Offener Krieg oder „normales Gemetzel"?

chm. „Nur noch kurze Zeit, sehr kurze Zeit und es wird keine einzige Katjuscha-Rakete mehr auf Kirjat Shmuna fallen", erklärte der israelische Ministerpräsident Begin vor dem Parlament. Katjuscha-Raketen schießen die palästinensischen Kämpfer ab und Kirjat Shmuna ist ein zionistisches Wehrdorf mitten im Norden Palästinas, in Galiläa, auf dem geraubten Boden hunderter palästinensischer Bauern gebaut, wie alle anderen israelischen Wehrdörfer auch. Offensichtlich eskaliert Israel jetzt seine Versuche, die pa-



Im Libanon droht immer mehr ein direkter Zusammenstoß der beiden Supermächte. Die Sowjetunion entsandte Freitag letzter Woche einen von einem Hubschrauberträger geführten Flottenverband vor die Küste, worauf die USA ihre Mittelmehrflotte folgen ließen. Schon zuvor hatte Syrien erklärt, ein Angriff gegen das Land sei ein Angriff gegen Sowjetunion. US-Präsident Reagan rief am Samstag den „Nationalen Sicherheitsrat" zusammen. Und in Beirut gaben sich die Botschafter der USA und der UdSSR die Klinke in die Hand.

Libanon: Offener Krieg oder „normales Gemetzel"?

chm. „Nur noch kurze Zeit, sehr kurze Zeit und es wird keine einzige Katjuscha-Rakete mehr auf Kirjat Shmuna fallen", erklärte der israelische Ministerpräsident Begin vor dem Parlament. Katjuscha-Raketen schießen die palästinensischen Kämpfer ab und Kirjat Shmuna ist ein zionistisches Wehrdorf mitten im Norden Palästinas, in Galiläa, auf dem geraubten Boden hunderter palästinensischer Bauern gebaut, wie alle anderen israelischen Wehrdörfer auch. Offensichtlich eskaliert Israel jetzt seine Versuche, die pa-

lästinensischen Flüchtlinge, die z.T. zum dritten oder vierten Mal vor der israelischen Armee flüchten müssen, aus dem letzten zusammenhängenden Gebiet, das ihnen geblieben ist, dem Südlibanon, zu vertreiben. Der letzte größere Versuch dieser Art – 1978 fehlgeschlagen – ist als 5. Nahostkrieg in die Geschichte eingegangen. Also muß man jetzt vom 6. Nahostkrieg sprechen, auch wenn es (noch) keine offizielle Kriegserklärung gibt.

Israels Vorwand diesmal ist, daß Syrien, nachdem Israel „in Verteidigung des libanesischen Luftraums" ihm zwei Hubschrauber abgeschossen hat, Sam-6-Flugabwehrraketen in der Bekaaebene im Ostlibanon stationiert hat. Die Raketenbasen sind am 29.4. aufgebaut worden, am 30.4. erhielt die israelische Luftwaffe den Befehl, die Raketenbasen anzugreifen. Dreimal sei der Befehl erteilt worden, zweimal habe er wieder rückgängig gemacht werden müssen, wegen schlechten Wetters und einmal, das letzte Mal, auf Bitten des amerikanischen Außenministers Haig, damit sein Abgesandter, Philip Habib, die Chance erhalte, zu vermitteln. Am ersten Tag dieser Vermittlungsreise forderten die israelischen Angriffe gegen den Südlibanon lediglich 50 Tote. (Sie hatten ja auch nur zugesagt, die syrischen Raketenbasen nicht zu bombardieren, aber nicht die palästinensischen Flüchtlingslager!)

Der oben zitierten Erklärung zu den Katjuscha-Raketen ließ Begin einen „Appell" an den syrischen Präsidenten Assad folgen, er möge sich zu einem „Dialog unter Feinden" bereit finden über: Die Befreiung von 4000 Juden, die als „Geiseln" in Syrien leben, den Abzug der syrischen Raketen aus der Bekaaebene und die Befreiung des (libanesischen!) Berges Sannin.

Wenn man von der Frechheit absieht, einem souveränen Staat anzubieten, einen Teil seiner Bürger vom Leben innerhalb seiner Grenzen zu „befreien", so entpuppen sich auch die anderen Vorschläge als Rauchvorhang, um den nichterklärten aber existierenden Krieg zu verschleiern: Syrien hat die Flugabwehrraketen in der Bekaa-

finden über: Die Befreiung von 4000 Juden, die als „Geiseln" in Syrien leben, den Abzug der syrischen Raketen aus der Bekaaebene und die Befreiung des (libanesischen!) Berges Sannin.

Wenn man von der Frechheit absieht, einem souveränen Staat anzubieten, einen Teil seiner Bürger vom Leben innerhalb seiner Grenzen zu „befreien", so entpuppen sich auch die anderen Vorschläge als Rauchvorhang, um den nichterklärten aber existierenden Krieg zu verschleiern: Syrien hat die Flugabwehrraketen in der Bekaa-

ebene stationiert, nachdem Israel seit Anfang April die Luftangriffe bis in den Norden des Libanons ausgedehnt hatte. Es wollte damit den Versuch der Phalangisten decken, durch die Einnahme der Stadt Zahle eine direkte Verbindung zu den von Israel im Süden ausgehaltenen Milizen des Majors Haddad zu schaffen. Nachdem die Phalangisten sich aus Zahle zurückziehen mußten, haben sie versucht, sich in den umliegenden Bergen zu verschanzen, in Vorbereitung einer neuen Schlacht mit dem gleichen Ziel. Die arabische Friedenstruppe, die sich auf Geheiß der libanesischen Regierung im Libanon befindet, hat das verhindert. Jetzt soll sie sich auf Begins Befehl hin zurückziehen, damit die Phalange in aller Ruhe ihre Ziele verwirklichen kann.

Israel hat jegliche Konzession kategorisch abgelehnt. Es ist nicht bereit, bei einem Abzug der syrischen Raketen aus dem Ostlibanon seine ständigen Verletzungen des libanesischen Luftraums auch nur einzuschränken.

Der US-Emissär „vermittelt" weiter. Was genau und zwischen wem, ist nicht ersichtlich. Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, hat nochmal den schon existierenden Befehl zur Generalmobilmachung bekräftigt. Der Außenminister Saudi-Arabiens, Saud al-Feisal, erklärte, daß „die Staaten, die Israels Aggression und Expansion unterstützen, lieber die arabischen Forderungen erfüllen sollen, wenn sie wirklich einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten wollen".

Brüsseler Frühjahrstagung – Erfolg der USA

lup. Wie schon zuvor in Rom, so haben auch in Brüssel auf der NATO-Frühjahrstagung die USA ihren Kurs im wesentlichen gegenüber den europäischen NATO-Mitgliedern durchgesetzt. Erneut wurde bekräftigt, daß die Verteidigungsbudgets der NATO-Länder jährlich um real 3% erhöht werden sollen, auch wenn diese Zahl als Orientierungspunkt und nicht als definitive Verpflichtung formuliert wurde. Schmidt hat aber tags drauf im Bundestag erklärt, daß die BRD dieses Ziel bereits in den vergangenen Jahren knapp erreicht habe. US-Verteidigungsminister Weinberger hatte ursprünglich versucht, die 3% als Mindesterhöhung durchzusetzen.

Druck gemacht auf eine entsprechende Entscheidung hatte Weinberger vor allem durch die Veröffentlichung neuer Angaben über die sowjetische Aufrüstung in den vergangenen Jahren. Ob die von der NATO angegebenen Daten im einzelnen zutreffen, oder ob sie teilweise getürkt sind, wird man kaum feststellen können. Es ist auch nicht so wesentlich. *Daß* Sowjetunion und Warschauer Pakt in den vergangenen Jahren ihre Rüstungsanstrengungen erheblich forciert haben, wird man schwerlich bestreiten können.

Die von der Brüsseler NATO-Tagung bekräftigte Erhöhung der Militärausgaben forciert wiederum die Rüstungsanstrengungen des US-Imperialismus und der unter seiner Führung stehenden Militärallianz. Direkter Bestandteil der US-Kriegsvorbereitungen ist vor allem das NATO-Infrastrukturprogramm, dessen Aufstockung von 1,83 auf 2,04 Mrd. DM in Brüssel beschlossen wurde. Auch hier hatte Weinberger ursprünglich eine noch höhere Aufstockung gefordert. Finan-

Verpflichtung formuliert wurde. Schmidt hat aber tags drauf im Bundestag erklärt, daß die BRD dieses Ziel bereits in den vergangenen Jahren knapp erreicht habe. US-Verteidigungsminister Weinberger hatte ursprünglich versucht, die 3% als Mindesterhöhung durchzusetzen.

Druck gemacht auf eine entsprechende Entscheidung hatte Weinberger vor allem durch die Veröffentlichung neuer Angaben über die sowjetische Aufrüstung in den vergangenen Jahren. Ob die von der NATO angegebenen Daten im einzelnen zutreffen, oder ob sie teilweise getürkt sind, wird man kaum feststellen können. Es ist auch nicht so wesentlich. Daß Sowjetunion und Warschauer Pakt in den vergangenen Jahren ihre Rüstungsanstrengungen erheblich forciert haben, wird man schwerlich bestreiten können.

Die von der Brüsseler NATO-Tagung bekräftigte Erhöhung der Militärausgaben forciert wiederum die Rüstungsanstrengungen des US-Imperialismus und der unter seiner Führung stehenden Militärallianz. Direkter Bestandteil der US-Kriegsvorbereitungen ist vor allem das NATO-Infrastrukturprogramm, dessen Aufstockung von 1,83 auf 2,04 Mrd. DM in Brüssel beschlossen wurde. Auch hier hatte Weinberger ursprünglich eine noch höhere Aufstockung gefordert. Finan-

ziert wird damit vor allem der Bau von Flugplätzen und Nachschubeinrichtungen, die im Kriegsfall den raschen Einsatz amerikanischer Truppen in Europa ermöglichen sollen.

Nicht zugestimmt haben die europäischen NATO-Mitglieder der Beteiligung an einer von den USA geforderten schnellen Eingreiftruppe, die vor allem für den Einsatz im Mittleren Osten vorgesehen ist. Sie haben sich aber verpflichtet, gegebenenfalls den Einsatz amerikanischer Truppen in Regionen außerhalb des NATO-Gebietes zu unterstützen, und gegenseitige Konsultationen als wünschenswert bezeichnet. Das ändert aber nichts daran, daß solche Konsultationen im Belieben der USA liegen. Diese können nach wie vor – wie bereits 1973 während des arabisch-israelischen Krieges – etwa westdeutsche Flugplätze und Häfen für umfangreiche Waffen- und Truppenverschiebungen einsetzen.

Streit der Metallkapitalisten

ped. Nach den Metallindustriellen NRWs haben jetzt auch die Verbände Rheinland-Pfalz und Hessen dem Dachverband Gesamtmetall „bis auf weiteres" die Verhandlungsvollmacht entzogen. War der Metallabschluß in dieser Höhe nötig? Pleiger, NRW: „Wir hatten am 7. April beantragt, das Scheitern der Verhandlungen zu erklären (bei 4,1%). Damals hätten alle Arbeitgeberverbände für einen Arbeitskampf zur Verfügung gestanden. Nach Sindelfingen hätte ein solcher Schritt in keinem Verhältnis mehr zum Aufwand gestanden." Sein Gegenpart, Stihl: „Ich kann nicht einsehen, daß man einen Streik riskieren soll, der Geld kostet und im Endeffekt doch nur ein höheres Ergebnis gebracht hätte", und versteckter, daß man den jetzigen Abschluß auch im Januar hätte haben können, ohne die Streikbewegung, wenn man seitens Gesamtmetalls nicht so starr an den produktivitätsorientieren 2,5% festgehalten hätte. Der Streit wird keineswegs zur Schwächung Gesamtmetalls führen, im Gegenteil. Er ergibt sich zwangsläufig aufgrund unterschiedlicher Bedingungen (hier hochkonzentrierte Monopole wie Daimler Benz, dort mehr mittelständische Betriebe) wie auch aufgrund unterschiedlicher Einschätzungen der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen. War eine völlige Unterwerfung der Metallarbeiter in diesem Lohnkampf möglich, oder ist sie nur in Schritten möglich? Gutes ahnen läßt sich bei diesem Streit nicht, außer, daß bei aller Eintracht in der Absicht der Lohndrückerei, keiner gern die Rübe beim Streik hinhalten will. Eher bekommt man eine Ahnung, was an Kämpfen in der kommenden Zeit noch bevorstehen wird. BDA-Esser formulierte, mit dem Abschluß „sei für den sozialen Frieden viel getan worden". So friedlich war es ja nun doch nicht. Rund 2 Millionen streikende Metallarbeiter bedeuten keinen sozialen Frieden, auch wenn die Fahnen wieder eingeröllt sind. Wie viele haben nicht dabei seit Jahrzehnten zum ersten Mal im Streik gestanden? Eher wird sich herausstellen, daß diese – wie man so schön sagt – Blut geleckt haben. Die Kampfkraft und das Selbstvertrauen der Metallarbeiter ist für die kommenden Auseinandersetzungen gestärkt, was auch, wie man mit Blick auf das Kapitalistenlager sieht, nötig ist.

Demonstration gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß

Rund 15000 in Mönchengladbach und 5000 in Frankfurt / Auch SU wird angegriffen

krg. Am Samstag, dem 16.5. demonstrierten in Mönchengladbach etwa 15000 gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa. Zu der Demonstration hatten die Initiatoren des „Krefelder Aufrufs", aber auch zahlreiche Initiativen und Zusammenschlüsse aus dem Raum Köln, Aachen, Düsseldorf und vom linken Niederrhein aufgerufen.

Die Demonstration war bestimmt von Forderungen, die die Nichtstationierung der US-Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper verlangten. Forderungen nach Austritt aus der NATO, einer atomwaffenfreien Zone in Europa, der Auflösung von NATO und Warschauer Pakt, dem Verbot und der Vernichtung aller Kernwaffen, sowie Losungen gegen die sowjetische Aggression in Kampuchea und Afghanistan und zur Unterstützung des Kampfs der polnischen Arbeiterklasse waren auf der Demonstration vertreten, waren aber in der Minderheit.

Auf der Abschlußkundgebung sprachen u.a. P. Kelly, G. Mathiessen und D. Elsberg, der zur Zeit der US-Aggression gegen Vietnam durch Veröffentlichung der „Pentagon-Papiere" bekannt geworden war. Er war es auch, der als einziger Redner ausdrücklich gegen die Kriegsvorbereitungen beider Supermächte Stellung bezog.

In der Vorbereitung der Demonstration haben zahlreiche Veranstaltungen stattgefunden, auf denen Fragen diskutiert wurden wie: handelt es sich bei dem NATO-Beschluß um Vorrüstung oder Nachrüstung; welche konkreten Ziele verfolgen die beiden Supermächte; welche Rolle spielt die BRD in der Rivalität der beiden Supermächte; muß man sich gegen die Kriegsvorbereitungen beider Supermächte richten oder reicht es aus, gegen die Stationierung der US-Raketen zu sein; muß man nicht alternative Verteidigungskonzepte entwickeln, wenn man eine Politik der Blockfreiheit verfolgt usw. Zu diesen Fragen sollen weitere Veranstaltungen durchgeführt werden. Das ist auch nötig, wenn die Bewegung Erfolg haben soll.

Demonstration in Frankfurt

heh.Frankfurt. Rund 5000 Menschen nahmen am Samstag in Frankfurt an einem Friedensmarsch mit anschließender Kundgebung und Friedensfest in der Innenstadt teil. Wenn auch die meisten Transparente sich *gegen Mittelstreckenwaffen in Europa* richteten, teilweise unter Bezug auf den letzten Gewerkschaftstag der IGM, so war dennoch der Tenor des Krefelder Appells vorherrschend: allgemeiner Wunsch nach Frieden und Verurteilung der USA. Einzelgewerkschaften waren nicht ausdrücklich vertreten, obwohl z.B. der Landesvorstand der GEW und Kreisjugendausschüsse aufgerufen hatten. Auf der Abschlußkundgebung sprach u.a. der SPD-Bundestagsabgeordnete Coppik. Die starken Polizeikräfte blieben ohne Einsatz.

Die Schüsse auf den Papst nutzen nur der Reaktion

bew. Es wäre dumm, über das Attentat auf Papst Johannes Paul II. achselzuckend hinwegzugehen. Die Betroffenheit und Sorge des polnischen Volkes über das Attentat sind eindrucksvoll und spiegeln die Bedeutung, die der Papst für den gegenwärtigen Kampf des Volkes in Polen hat. In vielen Teilen der Welt wurde und wird um das Leben des Papstes gebangt und sind die Menschen betroffen über den Anschlag.
Diese Reaktion auf die Schüsse auf den Papst hängt auch mit der Person Johannes Paul II. zusammen. Ohne Zweifel ist die Katholische Kirche in ihrer Mehrheit eine Stütze des Elends in der Welt, indem sie für die Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung eintritt. Und ohne Zweifel vertritt Papst Johannes Paul II. in vielen Fragen einen äußerst konservativen Standpunkt, etwa in der Frage des Schwangerschaftsabbruches. Aber der Katholizismus, wie alle Religion, ist immer Ausdruck des wirklichen Elends, ein Produkt und Spiegelbild des ökonomischen Drucks und der politischen Entmündigung – und seine Existenz ist aber immer auch eine Protestation gegen dieses Elend. Diese Zwiespältigkeit jeder Religion ist die Grundlage für Anziehung großer Massen und für die
sche Stütze für den Kampf der polnischen Arbeiter und Bauern. Daß Johannes Paul II. für ein menschenwürdiges Leben und für Menschenrechte in den Ländern der Dritten Welt eingetreten ist, daß er auf den Philippinen oder in Südamerika sich gegen die politische Unterdrückung und das ökonomische Elend ausgesprochen hat, ist ein Fortschritt, wenn man diese Haltung mit der vieler seiner Vorgänger vergleicht. Etwa mit Pius XII., der zu den Judenvernichtungen und den KZs im Hitlerfaschismus geschwiegen hat und der die katholischen faschistischen Diktaturen in Spanien, Portugal und Jugoslawien gestützt hat. Papst Johannes Paul II. hat international, obwohl er sich gegen den bewaffneten Befreiungskampf ausgesprochen hat, die moralische Position der Völker im Kampf gegen den Imperialismus verbessert.
Sind Attentate auf gewählte Vertreter eines parlamentarischen Staates sinnlos und das Werk politischer Abenteurer oder der Reaktion, so ist das Attentat auf den Papst direkt reaktionär und zu verurteilen. Nicht von ungefähr kam der Attentäter von der faschistischen Rechten. Ali Agca, ein gesuchter mehrfacher Mörder, kommt aus einer Jugendorganisation der tür-

bew. Es wäre dumm, über das Attentat auf Papst Johannes Paul II. achselzuckend hinwegzugehen. Die Betroffenheit und Sorge des polnischen Volkes über das Attentat sind eindrucksvoll und spiegeln die Bedeutung, die der Papst für den gegenwärtigen Kampf des Volkes in Polen hat. In vielen Teilen der Welt wurde und wird um das Leben des Papstes gebangt und sind die Menschen betroffen über den Anschlag.

Diese Reaktion auf die Schüsse auf den Papst hängt auch mit der Person Johannes Paul II. zusammen. Ohne Zweifel ist die Katholische Kirche in ihrer Mehrheit eine Stütze des Elends in der Welt, indem sie für die Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung eintritt. Und ohne Zweifel vertritt Papst Johannes Paul II. in vielen Fragen einen äußerst konservativen Standpunkt, etwa in der Frage des Schwangerschaftsabbruches. Aber der Katholizismus, wie alle Religion, ist immer Ausdruck des wirklichen Elends, ein Produkt und Spiegelbild des ökonomischen Drucks und der politischen Entmündigung – und seine Existenz ist aber immer auch eine Protestation gegen dieses Elend. Diese Zwiespältigkeit jeder Religion ist die Grundlage für Anziehung großer Massen und für die teilweise fortschrittliche Rolle, die sie beschränkt spielen können, wie auch für die unterschiedlichen Auffassungen und Richtungen innerhalb der einzelnen Religionen.

Daß mit Johannes Paul II. ein polnischer Papst gewählt wurde, war ein Fortschritt und eine wichtige moralische Stütze für den Kampf der polnischen Arbeiter und Bauern. Daß Johannes Paul II. für ein menschenwürdiges Leben und für Menschenrechte in den Ländern der Dritten Welt eingetreten ist, daß er auf den Philippinen oder in Südamerika sich gegen die politische Unterdrückung und das ökonomische Elend ausgesprochen hat, ist ein Fortschritt, wenn man diese Haltung mit der vieler seiner Vorgänger vergleicht. Etwa mit Pius XII., der zu den Judenvernichtungen und den KZs im Hitlerfaschismus geschwiegen hat und der die katholischen faschistischen Diktaturen in Spanien, Portugal und Jugoslawien gestützt hat. Papst Johannes Paul II. hat international, obwohl er sich gegen den bewaffneten Befreiungskampf ausgesprochen hat, die moralische Position der Völker im Kampf gegen den Imperialismus verbessert.

Sind Attentate auf gewählte Vertreter eines parlamentarischen Staates sinnlos und das Werk politischer Abenteurer oder der Reaktion, so ist das Attentat auf den Papst direkt reaktionär und zu verurteilen. Nicht von ungefähr kam der Attentäter von der faschistischen Rechten. Ali Agca, ein gesuchter mehrfacher Mörder, kommt aus einer Jugendorganisation der türkischen faschistischen MHP, die der niedersächsische Verfassungsschutz als „gemäßigt" bezeichnet und deren Mitglieder seit Jahr und Tag in Westdeutschland türkische Arbeiter terrorisieren und auch hier schon mehrere Mitglieder fortschrittlicher türkischer Organisationen ermordet haben.

Ausrichtungsversuche vor SPD-Parteitag in NRW

Parteiführung beteibt Hansens Ausschluß / Schmidt vor Parteifunktionären / Opposition in Bremen

güd. Die Auseinandersetzung in der SPD um den NATO-Nachrüstungsbeschluß und die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik verschärft sich zusehends. Am Freitag, 15. Mai, hat der SPD-Bezirksvorstand Niederrhein mit 11 gegen 2 Stimmen folgenden Beschluß gefaßt: der Düsseldorfer SPD-Bundestagsabgeordnete Hansen soll aus der SPD ausgeschlossen werden, die Rechte als Parteimitglied werden ihm mit sofortiger Wirkung entzogen, er darf keine Parteiämter mehr ausüben. Sein Bundestagsmandat bleibt davon unberührt. Die Schiedskommission des Bezirks muß jetzt innerhalb von drei Monaten über diesen Beschluß entscheiden. Aus Presseberichten geht hervor, daß Bäumer, Bezirksvorsitzender und Landwirtschaftsminister von NRW, diesen Beschluß nur mit der Drohung seines Rücktritts in dieser Form durchsetzen konnte. Begründet wird das Ausschlußverfahren mit angeblich erneuten Angriffen Hansens auf den Bundeskanzler Schmidt. Er soll ihm in der Frage der NATO-Nachrüstung „Geheimdiplomatie gegen das eigene Volk" vorgeworfen haben.
Diese Begründung ist lächerlich. Tatsächlich ist dieses Ausschlußverfahren im Zusammenhang mit Versuchen der Parteiführung zu sehen, die Parteimitglieder in NRW auf die Befürwortung des NATO-Doppelbeschlusses
dem Funktionärstreffen des Bezirks Westliches Westfalen in Recklinghausen, sein „politisches Schicksal" hänge von der Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses ab, er „stehe und falle damit". Ergebnisse dieser beiden Treffen lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor. Ihnen dürfte aber einige Bedeutung für die am Montag stattfindende Sitzung des SPD-Bundesvorstandes in Bonn zukommen. „Unter dem Vorsitz des Bremer Bürgermeisters Koschnick hat eine Arbeitsgruppe eine Erklärung vorbereitet, mit der der Vorstand der SPD die ausufernde ‚Friedensbewegung' in der SPD und ihre gegen die Politik der Bundesregierung gerichteten Ziele mit eigenen Argumenten aufzufangen versucht." (FAZ, 16.5.81)
Gegen das Ausschlußverfahren gegen Hansen haben sich Vertreter des SPD-Unterbezirks Düsseldorf ausgesprochen. 22 Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion, darunter der schleswig-holsteinische SPD-Landesvorsitzende Jansen unterzeichneten eine Erklärung, in der Kritik an dem Parteiausschlußverfahren geäußert wurde. Der Bundesvorstand der Jungsozialisten erklärte, er werde „alles tun, um mit Hansen für seinen Verbleib in der Partei zu kämpfen". Bäumers neuer Angriff sei die „Kapitulationserklärung vor der inhaltlichen Diskussion
Düsseldorf eine Protestkundgebung durchführen.
Die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) kommentierte am Samstag: „Die SPD steht, wenn nicht alle Zeichen trügen, erst am Anfang einer tiefgreifenden Diskussion über das Verhältnis von Rüstung und Abrüstung, die sich bis zum Bundesparteitag im nächsten Jahr hinziehen wird'. Das wird sicher so sein. Der nächste Termin ist der Sonderparteitag des Bezirks Niederrhein am kommenden Wochenende.
Bremer Landesparteitag der SPD zur Raketenstationierung
dog.Bremen. Der Landesparteitag der SPD hat am Freitag gegen einen Antrag des Unterbezirks Bremen-Ost, der die Aufhebung des NATO-Doppelbeschlusses fordert und die Stationierung von Mittelstreckenraketen und Atomwaffen in der BRD ablehnt, mit knapper Mehrheit für einen Antrag des Landesvorstandes gestimmt. Danach tritt die Bremer SPD „für ein Einfrieren der Raketenstationierungen als ersten Schritt zu umfassender Abrüstung" ein. Hans Koschnick bezeichnete es als wichtige Aufgabe, die Position der Bundesregierung zu unterstützen. Er sei nicht einäugig, und weder Washington noch Moskau würden ihre Planungen von einem SPD-Parteitagsbeschluß aus Bremen abhängig ma-

güd. Die Auseinandersetzung in der SPD um den NATO-Nachrüstungsbeschluß und die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik verschärft sich zusehends. Am Freitag, 15. Mai, hat der SPD-Bezirksvorstand Niederrhein mit 11 gegen 2 Stimmen folgenden Beschluß gefaßt: der Düsseldorfer SPD-Bundestagsabgeordnete Hansen soll aus der SPD ausgeschlossen werden, die Rechte als Parteimitglied werden ihm mit sofortiger Wirkung entzogen, er darf keine Parteiämter mehr ausüben. Sein Bundestagsmandat bleibt davon unberührt. Die Schiedskommission des Bezirks muß jetzt innerhalb von drei Monaten über diesen Beschluß entscheiden. Aus Presseberichten geht hervor, daß Bäumer, Bezirksvorsitzender und Landwirtschaftsminister von NRW, diesen Beschluß nur mit der Drohung seines Rücktritts in dieser Form durchsetzen konnte. Begründet wird das Ausschlußverfahren mit angeblich erneuten Angriffen Hansens auf den Bundeskanzler Schmidt. Er soll ihm in der Frage der NATO-Nachrüstung „Geheimdiplomatie gegen das eigene Volk" vorgeworfen haben.

Diese Begründung ist lächerlich. Tatsächlich ist dieses Ausschlußverfahren im Zusammenhang mit Versuchen der Parteiführung zu sehen, die Parteimitglieder in NRW auf die Befürwortung des NATO-Doppelbeschlusses einzuschwören. Am 16.5. fanden nämlich sowohl im Bezirk Niederrhein als auch im Bezirk Westliches Westfalen Funktionärstagungen zu diesem Thema statt. Der SPD-Landesvorstand hatte am Vortag einstimmig eine Entschließung gebilligt, in der der Doppelbeschluß der NATO bestätigt wird. Bundeskanzler Schmidt erklärte auf dem Funktionärstreffen des Bezirks Westliches Westfalen in Recklinghausen, sein „politisches Schicksal" hänge von der Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses ab, er „stehe und falle damit". Ergebnisse dieser beiden Treffen lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor. Ihnen dürfte aber einige Bedeutung für die am Montag stattfindende Sitzung des SPD-Bundesvorstandes in Bonn zukommen. „Unter dem Vorsitz des Bremer Bürgermeisters Koschnick hat eine Arbeitsgruppe eine Erklärung vorbereitet, mit der der Vorstand der SPD die ausufernde ‚Friedensbewegung' in der SPD und ihre gegen die Politik der Bundesregierung gerichteten Ziele mit eigenen Argumenten aufzufangen versucht." (FAZ, 16.5.81)

Gegen das Ausschlußverfahren gegen Hansen haben sich Vertreter des SPD-Unterbezirks Düsseldorf ausgesprochen. 22 Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion, darunter der schleswig-holsteinische SPD-Landesvorsitzende Jansen unterzeichneten eine Erklärung, in der Kritik an dem Parteiausschlußverfahren geäußert wurde. Der Bundesvorstand der Jungsozialisten erklärte, er werde „alles tun, um mit Hansen für seinen Verbleib in der Partei zu kämpfen". Bäumers neuer Angriff sei die „Kapitulationserklärung vor der inhaltlichen Diskussion zum Thema Abrüstungs- und Entspannungspolitik". „Sozialdemokraten bis in den letzten Ortsverein haben erkannt, daß es darauf ankommt, auf jeder Ebene der Partei eine Wende in der Rüstungspolitik herbeizuführen und damit zur Friedens- und Entspannungspolitik von Brandt zurückzukehren." Am 26. Mai wollen die Jusos in Düsseldorf eine Protestkundgebung durchführen.

Die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) kommentierte am Samstag: „Die SPD steht, wenn nicht alle Zeichen trügen, erst am Anfang einer tiefgreifenden Diskussion über das Verhältnis von Rüstung und Abrüstung, die sich bis zum Bundesparteitag im nächsten Jahr hinziehen wird'. Das wird sicher so sein. Der nächste Termin ist der Sonderparteitag des Bezirks Niederrhein am kommenden Wochenende.

Bremer Landesparteitag der SPD zur Raketenstationierung

dog.Bremen. Der Landesparteitag der SPD hat am Freitag gegen einen Antrag des Unterbezirks Bremen-Ost, der die Aufhebung des NATO-Doppelbeschlusses fordert und die Stationierung von Mittelstreckenraketen und Atomwaffen in der BRD ablehnt, mit knapper Mehrheit für einen Antrag des Landesvorstandes gestimmt. Danach tritt die Bremer SPD „für ein Einfrieren der Raketenstationierungen als ersten Schritt zu umfassender Abrüstung" ein. Hans Koschnick bezeichnete es als wichtige Aufgabe, die Position der Bundesregierung zu unterstützen. Er sei nicht einäugig, und weder Washington noch Moskau würden ihre Planungen von einem SPD-Parteitagsbeschluß aus Bremen abhängig machen. Willy Brandt hatte für den Doppelbeschluß geredet. – Am Mittwoch hatte die Bürgerschaft mit der SPD-Mehrheit beschlossen, die Stationierung von Atomwaffen in der Bremer Umgebung abzulehnen. Ein Antrag der Grünen gegen die Nutzungserweiterung des NATO-Truppenübungsplatzes Garlstedt wurde abgelehnt.

Schminke für das Prüfungsdebakel bei den Medizinstudenten

luh. Die besonders unangenehm aufstoßenden Prozente der Durchfallquote im März-Physikum der Medizinstudenten (56%) sollen wegretouchiert werden. Dies beschloß die Sondersitzung der Gesundheitsministerkonferenz von Bund und Länder am 13.5. in Bonn. Die Zusammensetzung, Gewichtung und der Schwierigkeitsgrad des Physikums im März sowie sprachlich unklare Formulierungen, würden signifikant von vorangegangenen Prüfungen abweichen. Der Grundsatz der Gleichbehandlung sei somit verletzt. Jedem Prüfling werden zusätzlich 31 Fragen als richtig anerkannt. Dies würde die Durchfallquote auf 25% drücken und somit seien die Prüflinge nicht schlechter gestellt als frühere Absolventen. Denjenigen, die dennoch nicht bestanden haben, wird eine zusätzliche Wiederholungsmöglichkeit eingeräumt. Künftig soll eine Gleitklausel in Kraft treten, die die schlimmsten Auswüchse glättet. Die Forderungen der Studenten wurden nicht anerkannt, nämlich rückwirkend 50% Bestehensregelung zusammen mit der 18%-Gleitklausel, die besagt, daß die Prüfung als bestanden gilt, auch wenn ein Kandidat bis zu 18% weniger Fragen richtig beantwortet hat als der Durchschnitt. Somit hat die Gesundheitsministerkonferenz auf den Druck der Studenten reagiert, das Schlimmste abgewandt, ohne sich aber auf eine generelle Lösung einzulassen, die das Bestehensniveau zu sehr herabsenkt und „auf Dauer die Preise verdirbt" (Geheimpapier des BMJFG an das Kabinett).

Widerstand gegen abermalige Kürzung des Unterhaltsgeldes

frb. Während die parlamentarische Opposition über die ihr nicht ausreichende Erhöhung des Militärhaushalts um 850 Mio. DM ein Riesengezeter anstimmt, hat *keine* der Bundestagsparteien ein Wort über die Streichung bei der Bundesanstalt für Arbeit verloren. 525 Mio. von dem, was Ehrenberg gefordert hatte, wurden hier gestrichen: 175 Mio. DM bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und 350 Mio. DM bei der beruflichen Bildung und Rehabilitierung. Darunter fällt auch eine geplante Kürzung des Unterhaltsgeldes für Umschüler auf 75% des Nettolohnes. Schon 1976 war es von 90% auf 80% gekürzt worden. Gegen diese Absichten hat der Koordinationsausschuß der Umschülervertretungen eine Unterschriftensammlung eingeleitet. Er bezieht sich dabei auf die Beschlüsse des Gewerkschaftstages der IG Metall von 1980 und des 11. Bundeskongresses des DGB, in denen die Heraufsetzung des Unterhaltsgeldes auf 90% des Nettolohnes verlangt wird.

Nach Abriß des „Schwarzwaldhofes" Durchsuchungen

frb. Der Abriß des „Schwarzwaldhofes" in Freiburg konnte nicht mehr verhindert werden. Letzten Dienstag ließ die Landesregierung mit den Abbrucharbeiten beginnen. Anfang März bereits war das Gebäude von Polizei umstellt und geräumt worden. Polizeitruppen hielten das Gebäude seither besetzt. Rund 3000 haben Dienstagabend gegen den Abriß demonstriert. Die Polizei setzte ihre Einschüchterungsaktionen mit fadenscheinig begründeter Durchwühlung des taz-Büros, eines Buchladens und mehrerer Wohnungen fort. Drei Leute werden seit über zwei Monaten unter Vorwand des § 129 StGB (kriminelle Vereinigung) in Karlsruhe und Baden-Baden in Haft gehalten, nach einem wird gefahndet. In Stuttgart hat die Polizei bei der Räumung eines Hauses gleich 60 Leute „vorläufig festgenommen". In Westberlin wurden anläßlich einer Durchsuchung 13 Leute festgenommen.

Bundesregierung stört sich an C-Kampfstoffen nicht

frb. Die Bundesregierung will bei ihrem Nato-Partner USA nicht wegen der Einlagerung von chemischen Kampfstoffen durch die US-Armee auf westdeutschem Gebiet vorstellig werden. Das erklärte amtlich der Parlamentarische Staatssekretär Penner vom Verteidigungsministerium auf eine Anfrage im Bundestag. Ohnehin seien die bereitgehaltenen Mengen gering, meinte Penner, was bei C-Kampfstoffen viel heißen kann. Die Möglichkeit, über die Lagerorte Auskunft zu geben, bestehe leider nicht. Der Bundesregierung aber seien die Orte bekannt. Die Lagerung solcher Stoffe müßten unter dem Aspekt der besonderen Rechte der Alliierten gesehen werden. Auch aus diesem Grund sei die Möglichkeit der Einflußnahme durch „deutsche Stellen" begrenzt.

KMK beschließt Grenzziehung

acm. Die 204. Kultusministerkonferenz (KMK) hält an ihrem am 12.2. gefaßten Beschluß über die Grenzziehung Deutschlands in den westdeutschen Schulbüchern (Einzeichnung der Grenzen von 1937) fest. Im Grunde haben alle Kultusminister der Länder zugestimmt, nur Grolle, Hamburg, hatte wegen der Grenzziehung auch in physikalischen Karten für sein Kabinett dagegen entschieden, weil die deutsch-polnischen Beziehungen beeinträchtigt würden (siehe KVZ 10 u. 19/81). Protestnoten liegen seitens der DDR, Polens und der UdSSR vor.

Redaktion der Kommunistischen Volkszeitung
Mainzer Landstraße 147
Postfach 119151
6000 Frankfurt / Main 2
Telefon: 0611/730235

Afghanistan-Tribunal

Über die afghanische Widerstandsbewegung

coi.Stockholm. Das kürzlich durchgeführte Afghanistan-Tribunal war von zweifacher Bedeutung. Zum einen ist der Befreiungskampf des afghanischen Volkes stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt worden. Zum anderen konnten die von einigen Befreiungsbewegungen entsandten Vertreter einen Eindruck vermitteln von der politischen und militärischen Selbständigkeit der Bewegung im Inneren des Landes und von ihren Anstrengungen, sich zu einigen.

Es ist ja gerade eines der Hemmnisse für die Herausbildung einer starken Unterstützungsbewegung für das afghanische Volk, daß dem Abscheu vor den Verbrechen der SU und der Ablehnung ihrer Expansionsbestrebungen das Vorurteil entgegensteht, die afghanische Widerstandsbewegung bestünde eh nur aus fanatisch-religiösen Reaktionären, die in ihrem Versuch, die rückständigen Verhältnisse zu konservieren, auch noch zum Büttel vor allem des US-Imperialismus werden. Daß die sowjetische Propaganda greifen kann, beruht u.a. auf der tatsächlichen Rückständigkeit einiger der Organisationen mit Sitz im pakistanischen Peshawar, die die Gesamtbewegung bisher nach außen repräsentieren konnten. Fünf dieser Organisationen waren bis vor kurzem in der *Islamischen Allianz für die Befreiung Afghanistans* zusammengeschlossen, deren Führer noch Ende letzten Jahres eine Rundreise durch Westeuropa gemacht haben.

Die zwei Gruppen mit den stärksten Auslandsbeziehungen sind die *Hizb-e-Islami* (Islamische Partei) unter Gulbuddin Hikmatyar und die *Jamiyat-e-Islami* (Islamische Vereinigung) des Burhanuddin Rabbani. Sie gelten als islamische Fundamentalisten und treten für die Errichtung einer islamischen Republik ein, in der die gesamte Gesellschaft der Herrschaft eines konservativen, streng an den Normen der Rechtsgelehrten ausgerichteten gesetzlichen Islam (Sharia) unterworfen ist. Es ist also nicht verwunderlich, daß diese Organisationen enge Verbindungen jeweils mit der Partei der Islamischen Republik im Iran bzw. mit der Islamischen Partei in Pakistan, auf die sich Zia ul Haq stützt, haben. Diese Organisationen leisten trotz ihrer materiellen Stärke, zu der einige islamische Staaten beitragen, einen recht geringen Beitrag im bewaffneten Kampf im Inneren des Landes und haben dort auch einen geringen politischen Einfluß. Dies beruht vor allem darauf, daß der gesetzliche Islam (Sharia) in Afghanistan traditionell eine untergeordnete Rolle spielt. Die Mehrheit der Afghanen steht einer der mystischen Bruderschaften, der Sufi-Orden (Tariqa), nahe, bei denen der Islam eher ein Glaubenskenntnis und einen Moralkodex als einen Gesetzeskodex darstellt. Die zwei Organisationen versuchen ihren Einfluß in den Flüchtlingslagern in Pakistan und Iran teilweise durch Despotie zu behaupten. Bekanntgeworden ist ihre Methode, die Zuteilung von materieller Hilfe an Flüchtlinge vom Eintritt in ihre jeweiligen Parteien abhängig zu machen. Und so mancher afghanischer national-demokratischer Kämpfer soll als Folge von Denunziation „als Kommunist" ins Peshawarer Gefängnis geworfen worden sein.

Ein weiterer bekannter Führer der bereits erwähnten Islamischen Allianz war Gaylani, dem monarchistische Bestrebungen nachgesagt werden. Obwohl die militärische Aktivität seiner *Islamischen Nationalen Front von Afghanistan* in Frage gestellt wird, deutet der schwedische Korrespondentenbericht (s. KVZ 18/81) auf militärische Aktivitäten zumindest in den Grenzbezirken zu Pakisten hin. Die mitgliederstärksten und auch militärisch effektivsten unter den Peshawar-Organisationen sind die *Hizb-e-Islami* unter dem paschtunischen Mullah Yünus Khali, der unter den Volksstämmen in den westlichen Provinzen großes Ansehen genießt und den Kampf dort auch persönlich anführt, und die *Bewegung der Islamischen Revolution* unter Muhammadi, die von den Fundamentalisten der Linkstendenz bezichtigt wird.

Auf meine Frage, welche Rolle diese Organisationen in Afghanistan spielen, antwortete mir Mohammed Sami, politischer Verantwortlicher der *Front der kämpfenden Mudjahedin*: „Man kann nicht sagen, daß die Exilorganisationen keine Rolle in der Bewegung spielen. Man kann aber auch nicht sagen, wo sie operieren. Sie haben keine bestimmten Gebiete. In verschiedenen Landesteilen sind sie auch aktiv, aber im Vergleich mit vor zwei Jahren oder vor einem Jahr oder vor sechs Monaten sind sie ziemlich isoliert. Zum Beispiel sind in der Provinz Ghazni einige von ihnen aktiv, aber man kennt sie dort nicht. Dort kennt man nur den Guerilla-Führer Zaid Assan Djaglan. Oder z.B. gibt es in Parwan auch einige Exilorganisationen, aber unter der Bevölkerung ist als Führer nur Shejk Akhbari anerkannt; oder in Kunar kann man auch einige von ihnen finden, aber von der Bevölkerung in den Kampfgebieten sind nur Djalal und Anwar Amin anerkannt. Oder in Laghman operieren einige von ihnen, aber wenn man dort fragt, wer der Führer der Mudjahedin ist, bekommt man als Antwort: Din Mahamad, der Kommandant der *Front von Laghman*".

Der hier erwähnte Djalal war in Stockholm als Vertreter der *Befreiungsfront von Nuristan*. Neben ihm, Sami und Yossefzai (siehe nebenstehendes Interview) war noch ein Vertreter der *Front der Islamischen Mudjahedin* als Repräsentant der ausschließlich innerhalb Afghanistans wirkenden Befreiungsorganisationen auf dem Tribunal. Es war kaum zufällig, daß keine der Peshawar-Organisationen vertreten war. Es drückt eine Spaltung innerhalb der Gesamtbewegung aus, aber gleichzeitig zeichnet sich eine Entwicklung in Richtung Einheit im Inneren Afghanistans ab.

Die Organisation, die im Zentrum dieser Bestrebungen steht, ist die *Afghanische Volksbefreiungsorganisation* (SAMA), die auch als wirkungsvollste militärische Kraft angesehen wird. Diese Organisation war auf dem Tribunal nur indirekt vertreten, durch den in Westdeutschland im Exil lebenden Bruder des 1980 von den Besatzern in Kabul ermordeten Gründers und Führers der SAMA, Abdul Madjid Kalakani. Diese von Marxisten-Leninisten gegründete Organisation hat sich unter der Führung Kalakanis, einem unter den Paschtunen aufgewachsenen Tadschiken, zum Sammelbecken des nationalen Widerstandes entwickelt. Die SAMA bildet heute das Rückgrad der *Nationalen Einheitsfront* (NEF), einem Zusammenschluß verschiedener Organisationen und Gruppen. In der 1977 ausgearbeiteten Plattform der NEF hieß es unter anderem: „Die Konkretisierung des menschlich-revolutionären Islam gerade unter den jetzigen Bedingungen im Sinne der Verteidigung der Früchte der Kämpfe des Volkes, muß vorangetrieben werden, in der ständigen und unausweichlichen Fortführung der großen nationalen Erhebung zur Sicherung der gesellschaftlichen Gerechtigkeit. Eine Gerechtigkeit, die die Interessen der unterdrücktesten Klassen der Gesellschaft berücksichtigt, und auf echter und völliger Gleichheit der Nationalitäten des Landes und auf den historischen Notwendigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung, zur Gründung einer Gesellschaft, frei von Ausbeutung und Unterdrückung der Klassen und Nationalitäten, beruht."

Es entzieht sich meiner Kenntnis, ob die auf dem Tribunal vertretenen Organisationen der NEF angehören. Mohammed Sami berichtete von wachsenden regionalen Zusammenschlüssen der lokalen Befreiungsbewegungen, fügte jedoch hinzu: „Wenn wir vom Zusammenschluß verschiedener Organisationen sprechen, so bedeutet das nicht, daß sie unter einem gemeinsamen Oberkommando stehen. Sie sind in der Praxis geeint, sie unterstützen sich gegenseitig, z.B. mit Nahrungsmitteln und es ist eine sehr erfolgreiche Zusammenarbeit. Bisher wurde der Kampf hauptsächlich bezirklich geführt, aber jetzt versuchen wir das Problem politisch anzugehen und eine einheitliche Führung für das ganze Land aufzubauen. Das ist natürlich ziemlich schwierig und braucht seine Zeit."

Rückständigkeit einiger der Organisationen mit Sitz im pakistanischen Peshawar, die die Gesamtbewegung bisher nach außen repräsentieren konnten. Fünf dieser Organisationen waren bis vor kurzem in der *Islamischen Allianz für die Befreiung Afghanistans* zusammengeschlossen, deren Führer noch Ende letzten Jahres eine Rundreise durch Westeuropa gemacht haben. Die zwei Gruppen mit den stärksten Auslandsbeziehungen sind die *Hizb-e-Islami* (Islamische Partei) unter Gulbuddin Hikmatyar und die *Jamiyat-e-Islami* (Islamische Vereinigung) des Burhanuddin Rabbani. Sie gelten als islamische Fundamentalisten und treten für die Errichtung einer islamischen Republik ein, in der die gesamte Gesellschaft der Herrschaft eines konservativen, streng an den Normen der Rechtsgelehrten ausgerichteten gesetzlichen Islam (Sharia) unterworfen ist. Es ist also nicht verwunderlich, daß diese Organisationen enge Verbindungen jeweils mit der Partei der Islamischen Republik im Iran bzw. mit der Islamischen Partei in Pakistan, auf die sich Zia ul Haq stützt, haben. Diese Organisationen leisten trotz ihrer materiellen Stärke, zu der einige islamische Staaten beitragen, einen recht geringen Beitrag im bewaffneten Kampf im Inneren des Landes und haben dort auch

Der hier erwähnte Djalal war in Stockholm als Vertreter der *Befreiungsfront von Nuristan*. Neben ihm, Sami und Yossefzai (siehe nebenstehendes Interview) war noch ein Vertreter der *Front der Islamischen Mudjahedin* als Repräsentant der ausschließlich innerhalb Afghanistans wirkenden Befreiungsorganisationen auf dem Tribunal. Es war kaum zufällig, daß keine der Peshawar-Organisationen vertreten war. Es drückt eine Spaltung innerhalb der Gesamtbewegung aus, aber gleichzeitig zeichnet sich eine Entwicklung in Richtung Einheit im Inneren Afghanistans ab. Die Organisation, die im Zentrum dieser Bestrebungen steht, ist die *Afghanische Volksbefreiungsorganisation* (SAMA), die auch als wirkungsvollste militärische Kraft angesehen wird. Diese Organisation war auf dem Tribunal nur indirekt vertreten, durch den in Westdeutschland im Exil lebenden Bruder des 1980 von den Besatzern in Kabul ermordeten Gründers und Führers der SAMA, Abdul Madjid Kalakani. Diese von Marxisten-Leninisten gegründete Organisation hat sich unter der Führung Kalakanis, einem unter den Paschtunen aufgewachsenen Tadschiken, zum Sammelbecken des nationalen Widerstandes entwickelt.



Mohammad Gafour Yossefzai auf dem Zeugenstand des Afghanistan-Tribunals in Stockholm. Er war Angestellter im Bergbau-Ministerium in Kabul. Im März 1979 kehrte er in seine Heimatprovinz Takhar zurück, um den Kampf gegen das Marionettenregime zu organisieren.

„Ein nationaler, antiimperialistischer Befreiungskampf"

Gespräch mit Mohammad Gafour Yossefzai während des Afghanistan-Tribunals

Ich bin Gründer und Kommandant der Islamischen Revolutionären Front von Takhar. (Die Provinz Takhar liegt an der Grenze zur Sowjetunion, d. Red.)

Ist diese Organisation die einzige, die in diesem Gebiet operiert?

Als die Front am 21.5.1979 gegründet wurde, gab es dort keine Widerstandsbewegung. Jetzt gibt es in unserer Provinz einige kleine lokale Gruppen, aber unsere Front ist die führende Kraft und wir haben eine gute Zusammenarbeit. Die lokalen Kampfgruppen sind entstanden auf Grund der besonderen Lage der Gebiete und auf Grund der ständigen Angriffe durch die sowjetischen Truppen. Wenn es Schwierigkeiten gibt, dann beraten wir uns, und versuchen Meinungsverschiedenheiten beiseite zu räumen. Trotz unterschiedlicher Auffassungen in einzelnen Dingen sind wir uns im Kampf gegen die Russen völlig einig.

Ist eure Front Teil einer Organisation, die in ganz Afghanistan aktiv ist?

Nein. Unsere Organisation operiert nur in der Provinz Takhar. Aber wir haben Kontakte zu den Befreiungsorganisationen in den angrenzenden Provinzen Badakhshan, Baghlan, Nuristan und anderen, und wir versuchen uns zusammenzuschließen.

Hat eure Front ein formuliertes Programm? Was sind die Hauptpunkte?

Die wichtigsten Punkte unseres Programms sind:

1. Vollständige Vertreibung der russischen Besatzer aus Afghanistan. Die Beseitigung der Marionettenregierung in Kabul, Gründung einer islamischen Republik mit sozialer Gerechtigkeit, gestützt auf die Massen und auf der Basis des Prinzips des Vertrauens auf die eigene Kraft.
2. Herstellung einer nationalen Einheitsfront aus allen islamischen und anderen patriotischen Kräften, Aufbau und Stärkung der Zusammenarbeit dieser Kräfte und Kampf gegen alle Kräfte, die eine Spaltungspolitik betreiben und vom Ausland abhängig sind.
3. Völlige Gleichberechtigung für alle Kräfte und Personen, die an der Nationalen Front beteiligt sind, ohne Rücksicht auf Nationalität, Stammeszugehörigkeit, Religion und Geschlecht.
4. Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung, vor allem für die Bauern, die die Hauptkraft des Befreiungskampfes bilden.
5. Gewinnung von Unterstützung für den Kampf von allen Seiten, die unsere nationale Selbständigkeit respektieren und die Unterstützung ohne Bedingungen gewähren.
6. Wiederaufbau Afghanistans, das mit allen friedliebenden Kräften Verbindung aufnehmen wird auf der Grundlage der UNO-Charta und den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

Die Hauptkraft sind die Bauern. Wie ist ihre Lage heute?

Die Hauptkraft des Kampfes sind die Bauern. Von sowjetischer Seite wird verbreitet, daß in diesem Kampf nur reaktionäre Feudale beteiligt sind. Aber es ist ein nationaler, antiimperialistischer Befreiungskampf. Und in diesem Kampf ist die ganze Nation, Bauern, Arbeiter und Intellektuelle, die linken und die rechten Kräfte gegen die Okkupation beteiligt, aber die Hauptkraft sind die Bauern.

Takhar ist ein sehr gebirgiges Gebiet, und es gibt dort keine wirklich großen Grundbesitzer. Trotzdem gibt es dort einige Feudale, die im Verhältnis zu den meisten Bauern mehr Land besitzen. Entweder sie sind weggelaufen und haben Afghanistan verlassen, oder sie haben sich dem Befreiungskampf angeschlossen und ihr Land zur Verfügung gestellt, um den Kampf zu unterstützen. Es gibt heute keine Bauernausbeutung wie früher.

Bedeutet das, daß eine Landreform praktisch eingeleitet worden ist?

Das Feudalsystem in Afghanistan ist sehr kompliziert. Man kann kaum wirkliche Großgrundbesitzer finden. Das Land ist traditionell Gemeinbesitz. Nehmen wir z.B. einen Großgrundbesitzer mit 100 ha, so hat er meist gleichzeitig eine Familie von vielleicht 50–60 Personen. Wenn man den Boden unter sie verteilen würde, so gebe es keinen Großgrundbesitz.

Was die landlosen Bauern betrifft, so ist das Problem in unserem Gebiet gelöst. Sie bekommen Land von den Bauern, die größere Landflächen besitzen. Eine Landreform soll in ganz Afghanistan durchgeführt werden. Aber das hängt vom politischen System ab, das in der Zukunft herrschen wird. Wir haben noch reichlich unbebauten Boden im Lande. Wenn eine wirklich nationale Regierung zustandekommen wird, so kann man mit sehr geringen Investitionen die Flächen urbar machen und das Problem kann gelöst werden.

Gibt es befreite Gebiete, und hat ihr eine eigene Verwaltung aufgebaut?

Nur das Zentrum der Provinz, die Stadt Talakhan, ist unter der Kontrolle der Russen. Nach 5 Uhr abends gehen die Guerillas auch in die Stadt hinein. Die Mudjahedin sind im gebirgigsten Teil der Provinz im Nordosten konzentriert.

Wir haben in den befreiten Gebieten eine sehr einfache Administration auf Provinz- und Dorfebene aufgebaut. Das höchste Organ ist der Hohe Rat, der aus 17 gewählten Vertretern besteht. In den Dörfern gibt es entsprechende Gemeinderäte. Außerdem gibt es Komitees, wie das Militärkomitee, das dem Befehlshaber der Guerilla unterstellt ist, Komitees für polizeiliche und Sicherheitsfragen, ein Komitee, das für den Kampf der Guerillas in den Städten verantwortlich ist, und verschiedene andere Komitees, die in Zusammenarbeit mit dem Finanzkomitee für die Versorgung der Bevölkerung, die landwirtschaftliche Produktion, Kommunikation usw. verantwortlich sind.

Werden die Kommandeure der Front von den Kämpfern gewählt?

Ich bin von den Mudjahedin gewählt worden.

Welche Nationalitäten wohnen in der Provinz Takhar, und habt ihr Verbindung in die Tadschikische SSR?

In Takhar gibt es Gudjuren, Tadschiken, Usbeken und Paschtunen. Wir haben keine Kontakte in die Sowjetunion hinein, denn ein breiter Fluß und hohe Gebirge trennen uns. Außerdem wird die Grenze sehr scharf bewacht. Einmal wurden wir von sowjetischer Seite beschossen. Wir konnten das Feuer nicht erwidern. Aber nach einiger Zeit, als es wieder ruhig war, sind einige Kämpfer auf luftgefüllten Lederschläuchen auf die sowjetische Seite hinübergeschwommen, haben einige Gebäude in Brand gesteckt und einige Schafe mitgenommen. Seitdem ist es ruhig an der Grenze.

Unserer Einschätzung nach führen wir einen sehr langwierigen Krieg. Wir haben noch keinen Kontakt nach drüben, aber ich bin sicher, daß wir noch Verbindung aufnehmen werden. Eines Tages werden wir die Tadschiken dort unterstützen.

Soweit ich verstanden habe, wollt ihr nicht so eine Entwicklung wie im Iran haben?

Wir wollen eine islamische Republik gründen, die soziale Gerechtigkeit für die Massen, die nationale Einheit aller religiösen Kräfte und Parteien und den Aufbau einer nationalen Wirtschaft garantieren soll, und das sieht man nicht im Iran.

Mohammad Gafour Yossefzai auf dem Zeugenstand des Afghanistan-Tribunals in Stockholm. Er war Angestellter im Bergbau-Ministerium in Kabul. Im März 1979 kehrte er in seine Heimatprovinz Takhar zurück, um den Kampf gegen das Marionettenregime zu organisieren.

„Ein nationaler, antiimperialistischer Befreiungskampf"

Gespräch mit Mohammad Gafour Yossefzai während des Afghanistan-Tribunals

Ich bin Gründer und Kommandant der Islamischen Revolutionären Front von Takhar. (Die Provinz Takhar liegt an der Grenze zur Sowjetunion, d. Red.)

Ist diese Organisation die einzige, die in diesem Gebiet operiert?

Als die Front am 21.5.1979 gegründet wurde, gab es dort keine Widerstandsbewegung. Jetzt gibt es in unserer Provinz einige kleine lokale Gruppen, aber unsere Front ist die führende Kraft und wir haben eine gute Zusammenarbeit. Die lokalen Kampfgruppen sind entstanden auf Grund der besonderen Lage der Gebiete und auf Grund der ständigen Angriffe durch die sowjetischen Truppen. Wenn es Schwierigkeiten gibt, dann beraten wir uns, und versuchen Meinungsverschiedenheiten bei-

und die Unterstützung ohne Bedingungen gewähren. 6. Wiederaufbau Afghanistans, das mit allen friedliebenden Kräften Verbindung aufnehmen wird auf der Grundlage der UNO-Charta und den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

Die Hauptkraft sind die Bauern. Wie ist ihre Lage heute?

Die Hauptkraft des Kampfes sind die Bauern. Von sowjetischer Seite wird verbreitet, daß in diesem Kampf nur reaktionäre Feudale beteiligt sind. Aber es ist ein nationaler, antiimperialistischer Befreiungskampf. Und in diesem Kampf ist die ganze Nation, Bauern, Arbeiter und Intellektuelle, die linken und die rechten Kräfte gegen

der Russen. Nach 5 Uhr abends gehen die Guerillas auch in die Stadt hinein. Die Mudjahedin sind im gebirgigsten Teil der Provinz im Nordosten konzentriert.

Wir haben in den befreiten Gebieten eine sehr einfache Administration auf Provinz- und Dorfebene aufgebaut. Das höchste Organ ist der Hohe Rat, der aus 17 gewählten Vertretern besteht. In den Dörfern gibt es entsprechende Gemeinderäte. Außerdem gibt es Komitees, wie das Militärkomitee, das dem Befehlshaber der Guerilla unterstellt ist, Komitees für polizeiliche und Sicherheitsfragen, ein Komitee, das für den Kampf der Guerillas in den Städten verantwortlich ist, und verschiedene andere Komitees, die in Zusammenarbeit mit dem Finanzkomitee

Abgeordnetenhauswahlen in Westberlin: Ein ziemlich günstiges Ergebnis

sit. Schon sehr bald nachdem das Ergebnis der Wahlen zum Westberliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen bekannt war, einigten sich Wahlforscher und Kommentatoren verschiedenster politischer Couleur auf die Formel, das Neue und Einmalige an der Wahl in Westberlin sei die „doppelte Opposition". Diese Interpretation wurde auch von den bürgerlichen Parteien übernommen. Gemeint ist damit, daß trotz günstigster Bedingungen für die parlamentarische Opposition der angestrebte „Wechsel" nicht geklappt hat und daß dies der „zweiten Opposition" zu verdanken ist. Tatsächlich hat in diesen Wahlen das Konzept des parlamentarischen Austauschs einer verschlissenen Regierungskoalition gegen die Opposition nicht mehr bruchlos funktioniert. Durch die Kandidatur der Alternativen Liste in diesen Wahlen hat keine der bürgerlichen Parteien ihr Wahlziel erreicht. Die SPD hat stark verloren, die FDP hat sich knapp über die 5-Prozent gewürgt, und die CDU hat zwar den „Auftrag zur Regierungsbildung", jedoch ohne eine Mehrheit für einen Senat. Die sozialliberale Koalition hat ihre Mehrheit verloren, ohne daß die CDU sie gewinnen konnte. Um dieses Ergebnis würdigen zu können, muß man sich in Erinnerung rufen, daß mit diesen Wahlen das erste Mal in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte außerturnusmäßige Neuwahlen zu einem Landesparlament durchgeführt werden mußten, weil sich Regierung und Parlament derart verschlissen hatten, daß beides ohne Neuwahlen nicht länger haltbar war.

Die demokratische Bewegung hatte zum Sturz des Senats beigetragen

Nachdem sich die sozialliberale Stobbe-Lüder Koalition weder gegenüber der Kapitalistenklasse noch gegenüber der demokratischen Bewegung als handlungs- und regierungsfähig erwiesen hatte, wurden Neuwahlen angesetzt, um zunächst die parlamentarischen Verhältnisse zu bereinigen, um sodann zur Bereinigung der Verhältnisse außerhalb des Parlaments schreiten zu können. Der Stobbe-Lüder-Senat war mitsamt dem verfilzten Abgeordnetenhaus gegenüber der demokratischen Bewegung in Zugzwang geraten. Die Räumung der besetzten Häuser war mit diesem Senat nicht durchsetzbar. Ebensowenig konnte dieser Senat den Bau der Autobahn Westtangente zurücknehmen, ohne sich zugleich eine Debatte über das gesamte verkehrspolitische Konzept Westberlins aufzuhalsen, die mit dem Streik der Reichsbahnarbeiter schon angestoßen war.

zu können, muß man sich in Erinnerung rufen, daß mit diesen Wahlen das erste Mal in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte außerturnusmäßige Neuwahlen zu einem Landesparlament durchgeführt werden mußten, weil sich Regierung und Parlament derart verschlissen hatten, daß beides ohne Neuwahlen nicht länger haltbar war.

Die demokratische Bewegung hatte zum Sturz des Senats beigetragen

Nachdem sich die sozialliberale Stobbe-Lüder Koalition weder gegenüber der Kapitalistenklasse noch gegenüber der demokratischen Bewegung als handlungs- und regierungsfähig erwiesen hatte, wurden Neuwahlen angesetzt, um zunächst die parlamentarischen Verhältnisse zu bereinigen, um sodann zur Bereinigung der Verhältnisse außerhalb des Parlaments schreiten zu können. Der Stobbe-Lüder-Senat war mitsamt dem verfilzten Abgeordnetenhaus gegenüber der demokratischen Bewegung in Zugzwang geraten. Die Räumung der besetzten Häuser war mit diesem Senat nicht durchsetzbar. Ebensowenig konnte dieser Senat den Bau der Autobahn Westtangente zurücknehmen, ohne sich zugleich eine Debatte über das gesamte verkehrspolitische Konzept Westberlins aufzuhalsen, die mit dem Streik der Reichsbahnarbeiter schon angestoßen war.

Mit dem Streik der Reichsbahnarbeiter, mit den großen Demonstrationen zur Unterstützung der Instandbesetzer, mit heftigem Widerstand gegen den Autobahnbau in Schöneberg und Tegel drohte die demokratische Bewegung dem Senat an zu vielen Punkten die Initiative aus der Hand zu nehmen. Das Konzept der parlamentarischen Opposition griff auch nicht mehr so recht, da die CDU an keiner der aufgeworfenen Fragen ernsthaft behaupten konnte, die Interessen der Massen gegen diesen Senat zu vertreten. Die politische Situation für weiteren Ämterwechsel war unhaltbar geworden, und das Mandat des Abgeordnetenhauses mußte durch Neuwahlen erneuert werden, damit es seinerseits einen starken Senat küren konnte.

Die demokratische Bewegung in Westberlin hat diese Situation doppelt genutzt. Im Wahlkampf trat die AL mit dem Anspruch auf Parlamentssitze an, während gleichzeitig die Zahl der besetzten Häuser in dieser Zeit von rund 50 auf inzwischen über 160 anstieg und weitere Demonstrationen organisiert wurden zur Unterstützung der Instandbesetzer. Und zwei Tage vor der Wahl übertraf die Friedensdemonstration gegen Militarismus und Kriegstreiberei mit über 40000 Teilnehmern die Teilnehmerzahlen aller Demonstrationen seit der Zeit des Kalten Krieges.

Die bürgerlichen Parteien gegeneinander und gemeinsam gegen die AL

So führten die bürgerlichen Parteien den Wahlkampf gegeneinander, aber auch gemeinsam gegen die demokratische Bewegung und gegen die AL, wenn dies auch von seiten der Sozialliberalen mit Anbiederungsversuchen an die demokratische Bewegung verbunden war. Die „Sache Berlins" überhaupt sei gefährdet, wenn die AL ins Abgeordnetenhaus einzieht, war der Tenor, unterstützt von der bürgerlichen Presse. „Doch im Grunde reicht die heutige Wählerentscheidung weit über die Empörung hinaus, die sich an Filz und Hausbesetzung entzündet. Sicher, der innere Frieden muß wieder hergestellt und die äußere Sicherheit der Stadt stabilisiert werden. Wichtiger noch ist das Votum für ein Berlin, das nicht in kommunaler Nabelschau erstarrt, sondern wieder geistiger und politischer Bezugspunkt aller Deutschen wird. ... Wir sind überzeugt, daß auch der Bürger heute Partei nimmt, Partei für die Sache Berlins", schrieb die ‚Berliner Morgenpost' am Wahltag. In dieses Konzert stimmte leider auch der DGB-Vorstand mit ein, wenn auch in der anderen Tonart. Große DGB-Anzeige am Vortag der Wahl: „Keine Stimme verschenken. ... Gebt den Kandidaten der *demokratischen* Parteien Eure Stimme, von denen Ihr sicher seid, daß sie auch nach der Wahl Eure Interessen vertreten! Wir brauchen nach dem 10. Mai einen Senat mit einem klaren Auftrag, Politik für Arbeitnehmer zu machen."

Die Wahlen brachten ein Ergebnis, das alle bürgerlichen Parteien befürchtet und vor dem sie alle eindringlich gewarnt hatten: Keine der bürgerlichen Parteien bzw. Koalition erreichte die Mehrheit, die zur Regierungsbildung genügt, und mit 9 Abgeordneten der AL verschaffte sich die demokratische Bewegung einen nicht zu übersehenden Stützpunkt im Abgeordnetenhaus. Nicht nur die über 90500 Stimmen für die AL, sondern vor allem durch das Gesamtergebnis kann man vom „Wählerwillen", sofern überhaupt, nur so sprechen, daß ihn die Regierbarkeit der Stadt, die bis hin zur SEW von allen bürgerlichen Parteien beschworen wurde, wenig geschert hat.

		CDU		SPD		FDP		Altern. L.	
		Stimmen	Proz.	Stimmen	Proz.	Stimmen	Proz.	Stimmen	Proz.
Insgesamt	**1981:**	605 007	47,9	484 024	38,4	70 423	5,6	90 522	7,2
	1979:	570 174	44,4	548 060	42,7	103 609	8,1	47 642	3,7
Tiergarten	**1981:**	21 112	43,7	18 787	38,8	2 460	5,1	5 361	11,1
	1979:	20 374	41,5	21 718	44,2	3 481	7,1	2 639	5,4
Wedding	**1981:**	34 314	43,1	35 313	44,4	3 596	4,5	5 362	6,7
	1979:	32 398	39,1	41 437	50,0	5 050	6,1	2 741	3,3
Kreuzberg	**1981:**	25 696	40,3	24 817	38,9	2 865	4,5	9 387	14,7
	1979:	24 725	38,0	30 320	46,6	4 053	6,2	4 478	6,9
Charlottenburg	**1981:**	52 740	47,9	39 505	35,9	6 345	5,8	10 507	9,5
	1979:	52 449	46,3	44 933	39,6	9 274	8,2	5 304	4,7
Spandau	**1981:**	60 073	45,3	58 486	44,1	7 449	5,6	5 555	4,2
	1979:	54 164	40,3	63 991	47,6	12 234	9,1	3 026	2,3
Wilmersdorf	**1981:**	48 352	51,2	30 605	32,4	6 228	6,6	8 307	8,8
	1979:	47 025	49,7	32 973	34,8	9 165	9,7	4 393	4,6
Zehlendorf	**1981:**	34 426	55,3	18 819	30,2	3 834	6,2	4 698	7,5
	1979:	33 664	54,0	19 091	30,6	6 276	10,1	2 826	4,5
Schöneberg	**1981:**	37 813	44,2	30 986	36,2	5 340	6,2	10 388	12,1
	1979:	37 065	42,8	34 590	39,9	7 795	9,0	5 680	6,6
Steglitz	**1981:**	64 447	52,1	41 242	33,3	8 258	6,7	8 439	6,8
	1979:	61 378	49,0	44 946	35,9	12 850	10,3	4 698	3,8
Tempelhof	**1981:**	63 498	52,0	44 941	36,8	7 336	6,0	5 895	4,8
	1979:	58 937	47,5	50 747	40,9	10 150	8,2	3 150	2,5
Neukölln	**1981:**	82 092	46,3	76 424	43,1	7 373	4,2	9 976	5,6
	1979:	76 347	42,0	85 980	47,3	12 023	6,6	5 098	2,8
Reinickendorf	**1981:**	80 444	49,6	64 099	39,5	9 339	5,8	6 647	4,1
	1979:	71 648	43,3	77 334	46,8	11 258	6,8	3 609	2,2

Wahlberechtigte	1981:	1511328	Wähler	1981:	1292540	85,5 Prozent
	1979:	1533728		1979:	1310553	85,4 Prozent
Gültige Stimmen	1981:	1216913	Ungült. Stimmen	1981:	26636	
	1979:	1284596		1979:	25957	

		24 725	38,0	30 320	46,6	4 053	6,2	4 478	6,9
Charlottenburg	**1981:**	52 740	47,9	39 505	35,9	6 345	5,8	10 507	9,5
	1979:	52 449	46,3	44 933	39,6	9 274	8,2	5 304	4,7
Spandau	**1981:**	60 073	45,3	58 486	44,1	7 449	5,6	5 555	4,2
	1979:	54 164	40,3	63 991	47,6	12 234	9,1	3 026	2,3
Wilmersdorf	**1981:**	48 352	51,2	30 605	32,4	6 228	6,6	8 307	8,8
	1979:	47 025	49,7	32 973	34,8	9 165	9,7	4 393	4,6
Zehlendorf	**1981:**	34 426	55,3	18 819	30,2	3 834	6,2	4 698	7,5
	1979:	33 664	54,0	19 091	30,6	6 276	10,1	2 826	4,5
Schöneberg	**1981:**	37 813	44,2	30 986	36,2	5 340	6,2	10 388	12,1
	1979:	37 065	42,8	34 590	39,9	7 795	9,0	5 680	6,6
Steglitz	**1981:**	64 447	52,1	41 242	33,3	8 258	6,7	8 439	6,8
	1979:	61 378	49,0	44 946	35,9	12 850	10,3	4 698	3,8
Tempelhof	**1981:**	63 498	52,0	44 941	36,8	7 336	6,0	5 895	4,8
	1979:	58 937	47,5	50 747	40,9	10 150	8,2	3 150	2,5
Neukölln	**1981:**	82 092	46,3	76 424	43,1	7 373	4,2	9 976	5,6
	1979:	76 347	42,0	85 980	47,3	12 023	6,6	5 098	2,8
Reinickendorf	**1981:**	80 444	49,6	64 099	39,5	9 339	5,8	6 647	4,1
	1979:	71 648	43,3	77 334	46,8	11 258	6,8	3 609	2,2

Wahlberechtigte	1981:	1511328	Wähler	1981:	1292540	85,5 Prozent
	1979:	1533728		1979:	1310553	85,4 Prozent
Gültige Stimmen	1981:	1216913	Ungült. Stimmen	1981:	26636	
	1979:	1284596		1979:	25957	

Kein starker Senat möglich

Mit welchen Stimmen auch immer der neue Senat zusammengezimmert wird, es wird ein schwacher Senat werden. Die FDP als Königmacher? Sie ist nicht nur von der AL deutlich geschlagen worden, sie wird auch der CDU nur um den Preis einer mehr oder weniger starken Spaltung zur Senatsbildung verhelfen können. Dabei geht es weniger um rechte und linke FDPler, sondern um das Kalkül, daß eine FDP, die jetzt umfällt und gegen ihren eigenen Wahlkampf Weizsäcker zum Regierenden Bürgermeister macht, im nächsten Abgeordnetenhaus zu sowas keine Möglichkeit mehr haben wird, weil sie an den 5 Prozent hängen bleibt. Andererseits muß sich Weizsäcker die FDP-Stimmen auf jeden Fall programmatisch erkaufen, als CDU-Senat mit FDP-Programm oder so. Jedenfalls das, wofür die CDU im Wahlkampf eingetreten ist, wird sie als Senat nicht durchsetzen können. Schwach ist dieser Senat aber auch deshalb, weil in etlichen Ausschüssen des Abgeordnetenhauses die AL-Abgeordneten Stimmenausschlag geben. Es sind schon Überlegungen durchgesickert, wie man die AL aus den Ausschüssen am besten ganz raushalten kann. Aber 90500 Stimmen sind ein bißchen zu viel, um sie geschäftsordnungsmäßig unterbügeln zu können.

Die Stimmen für die AL weisen noch eine interessante Besonderheit auf. So hat die CDU dort am wenigsten gewonnen, wo sie am stärksten war, und die SDP dort am meisten verloren, wo sie am stärksten war. Im Gegensatz dazu hat die AL dort am meisten gewonnen, wo sie bereits in den Bezirksverordnetenversammlungen vertreten war. Die FDP wurde von der AL nicht nur in den Abgeordnetenhauswahlen, sondern auch in allen BVV-Wahlen geschlagen. Gleichzeitig sind die Stimmenanteile der AL in den Bezirken am stärksten gewachsen, wo der Anteil an Ausländern am größten ist. Das wurde von einigen bürgerlichen Politikern gleich dazu benutzt, darauf hinzuweisen, wie gefährlich das Wahlrecht für Ausländer ist. Dabei ist dies doch im Gegenteil ein Beweis dafür, daß von Ausländerfeindlichkeit unter der Bevölkerung nicht die Rede sein kann, denn die AL hatte als einzige im Wahlkampf das kommunale Wahlrecht und gleiche Rechte für Ausländer uneingeschränkt gefordert.

In einigen Bezirksverordnetenversammlungen ist das Dilemma der bürgerlichen Parteien durch den Einzug der AL noch größer als im Abgeordnetenhaus. Die Bezirksverordnetenversammlungen in Westberlin sind eine Mischform aus Exekutive und Legislative. Einerseits werden die Bezirksverordneten gewählt, andererseits unterliegt ihre Tätigkeit dem Bezirksverwaltungsgesetz und ist im wesentlichen eine exekutive Tätigkeit. So werden die Stadträte nicht nach Mehrheit, sondern nach Proporz bestimmt. Die Bezirksbürgermeister müssen durch die stärkste Partei gestellt werden, aber auch sie werden gewählt. In den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen erhielt die AL 106878 Stimmen und 44 Mandate. Sie zog in 10 von 12 BVVs ein, nur in Spandau fehlten 12 Stimmen, um statt 4,99 auf 5 Prozent zu kommen, und in Reinickendorf reichte es nur zu 4,9 Prozent. In einigen BVVs kann ohne die AL überhaupt kein Bürgermeister gewählt werden, in anderen können die AL-Stimmen einen CDU-Bürgermeister verhindern, wenn nicht die SPD mit der CDU zusammenstimmt. In Wilmersdorf erreichte die AL 11,9, in Tiergarten 12,7, in Schöneberg 14,3 und in Kreuzberg 16 Prozent. Damit stehen ihr in diesen vier Bezirken je ein Stadtratsposten zu.

AL vor neuen Problemen

Mit neun Sitzen im Abgeordnetenhaus, 44 Sitzen in den BVVs und der Möglichkeit, vier Stadträte zu stellen, sieht sich die AL vor neue Probleme gestellt. Soll die AL die Stadträte stellen und damit einen Teil der Exekutive? Die Stadträte haben sich in den letzten Jahren besonders unbeliebt gemacht, weil es immer ihre Aufgabe war, als verlängerter Arm des Senats die vom Senat beschlossenen Spar- und Unterdrückungsmaßnahmen durchzusetzen. Andererseits bietet ein Stadtratsposten auch gute Möglichkeiten, bestehende Initiativen zu unterstützen. Über diese Frage ist in der AL jetzt die Diskussion in Gang. In Wilmersdorf hat sich die Bezirksgruppe mit einer Gegenstimme für Annahme des Stadtratspostens entschieden, in anderen Bezirken sollen die Mehrheiten anders sein. Man kann diese Frage auch schlecht allgemein beantworten, da die Entscheidung stark davon abhängt,

AL überhaupt kein Bürgermeister gewählt werden, in anderen können die AL-Stimmen einen CDU-Bürgermeister verhindern, wenn nicht die SPD mit der CDU zusammenstimmt. In Wilmersdorf erreichte die AL 11,9, in Tiergarten 12,7, in Schöneberg 14,3 und in Kreuzberg 16 Prozent. Damit stehen ihr in diesen vier Bezirken je ein Stadtratsposten zu.

AL vor neuen Problemen

Mit neun Sitzen im Abgeordnetenhaus, 44 Sitzen in den BVVs und der Möglichkeit, vier Stadträte zu stellen, sieht sich die AL vor neue Probleme gestellt. Soll die AL die Stadträte stellen und damit einen Teil der Exekutive? Die Stadträte haben sich in den letzten Jahren besonders unbeliebt gemacht, weil es immer ihre Aufgabe war, als verlängerter Arm des Senats die vom Senat beschlossenen Spar- und Unterdrückungsmaßnahmen durchzusetzen. Andererseits bietet ein Stadtratsposten auch gute Möglichkeiten, bestehende Initiativen zu unterstützen. Über diese Frage ist in der AL jetzt die Diskussion in Gang. In Wilmersdorf hat sich die Bezirksgruppe mit einer Gegenstimme für Annahme des Stadtratspostens entschieden, in anderen Bezirken sollen die Mehrheiten anders sein. Man kann diese Frage auch schlecht allgemein beantworten, da die Entscheidung stark davon abhängt,

auf welche Kräfte und auf welche Übereinstimmung dieser Stadtrat sich stützen kann. Eine Lage, daß die AL in dem einen Bezirk einen Stadtrat stellt, im anderen dies aber verweigert, ist gut vorstellbar, wenn man über die Auswertung der verschiedenen Erfahrungen die Einheit herstellen kann.

Schwieriger wird es im Abgeordnetenhaus, weil hier die Fraktion einheitlich handeln muß. Sollen sich die Abgeordneten bewußt auf eigenständige Anträge beschränken oder sollen sie versuchen, in allen Punkten, wo dies möglich ist, mit der SPD zusammenzugehen? Es gibt eine starke Strömung in de AL, die gegen jedes Zusammengehen mit der SPD ist, wenn es sich nicht um Partei„basis" handelt. Die Parteibasis sitzt aber nicht als Basis im Abgeordnetenhaus. Also wird sich die AL eine Taktik überlegen müssen, auch der Fraktion und der Parteispitze Vorschläge zu machen, um an die Parteibasis heranzukommen. Die Mitgliedervollversammlung hat die Abgeordneten der AL vor den Wahlen darauf festgelegt, keinerlei Koalition mit den bürgerlichen Parteien einzugehen. Das ist richtig so. Jetzt muß die Mitgliedervollversammlung am 25.Mai darüber entscheiden, wie die Taktik aussehen soll, daß die AL Abgeordneten auch in Sachfragen etwas erreichen und es nicht bei Anträgen bleiben muß, die nur propagandistischen Wert haben. Das 7-Punkte-Kurzprogramm mit den Kernforderungen nach Amnestie, gegen das Kraftwerk Reuter West, gegen die Autobahnpläne, gegen die Fahrpreiserhöhung, für weitere Frauenhäuser und für die Herabsetzung der Abgeordnetendiäten auf Facharbeiterlohn bietet dafür eine gute Grundlage.

Südafrikas Außenminister Botha in den USA

lup. Der Außenminister des südafrikanischen Regimes, Botha, hat in der vergangenen Woche einen offiziellen Besuch in den USA durchgeführt. Es ist davon auszugehen, daß die Verhandlungen zwischen Botha und dem amerikanischen Außenminister Haig sich vor allem um Namibia drehten. Südafrika hatte zu Anfang dieses Jahres die von der UNO einberufene Namibia-Konferenz in Genf auf Grundlage der UN-Resolution 435 platzen lassen. Die USA hatten, in der daraufhin durch die Blockfreien herbeigeführten Sitzung des UN-Sicherheitsrats, zusammen mit England und Frankreich durch ihr Veto Sanktionen gegen Südafrika blockiert. Die UN-Resolution 435 fordert die Unabhängigkeit Namibias im Anschluß an freie Wahlen unter Aufsicht der UNO. Die aus diesen Wahlen hervorgehende Vertreterversammlung soll zugleich über die Verfassung eines unabhängigen Namibia beschließen. Das südafrikanische Regime hat in den letzten Monaten mehrfach angedeutet, daß es ein Vorgehen entsprechend dem „Modell von Lancaster“ (wo die Verhandlungen über die Unabhängigkeit Zimbabwes stattgefunden hatten) anstrebt. Das würde bedeuten, daß die Überwachung der Wahlen, nicht durch eine UNO-Kommission, sondern durch eine andere internationale Streitmacht erfolgen würde, vor allem aber, daß die Grundzüge einer Verfassung vor der Unabhängigkeit Namibias ausgehandelt würden. Hinter diesem Vorhaben steht offenbar der US-Imperialismus. Die Reagan-Administration hatte ihrerseits mehrfach eine solche Lösung ins Gespräch gebracht. Der Besuch des amerikanischen Unterstaatssekretärs für Afrika, Crocker, in Afrika vor einigen Wochen, diente vor allem dazu, die Möglichkeiten eines solchen Plans zu sondieren. Die USA gehen dabei wohl nicht ganz zu Unrecht davon aus, daß auch mit verstärkter Unterstützung durch die OAU die SWAPO einen militärischen Sieg in Namibia in absehbarer Zeit nicht wird herbeiführen können, daß aber gleichwohl die Wahrscheinlichkeit eines Wahlsiegs der SWAPO äußerst hoch ist. Die unabhängigen Staaten Südafrikas sind ihrerseits stark daran interessiert, daß der Krieg in Namibia möglichst bald beendet und die Unabhängigkeit Namibias rasch verwirklicht werden kann. Vor allem Angola leidet unter den ständigen Angriffen Südafrikas von Namibia aus, die zudem laufend Vorwände für die Präsenz kubanischer Truppen in Angola liefern.

Kurz vor dem Besuch seines Außenministers in den USA hat der südafrikanische Regierungschef Botha Zimbabwe ausdrücklich mit militärischen Angriffen unter dem Vorwand bedroht, daß von Zimbabwe aus Guerillaaktionen des ANC vorbereitet würden. Zimbabwe unterstützt die azanischen Befreiungsbewegungen politisch und militärisch, stellt ihnen aber keine Stützpunkte zur Verfügung.

Zweiter IRA-Häftling gestorben Erstmals Risse in der britischen Politik

lup. Nach dem Tod von Bobby Sands ist in der vergangenen Woche ein weiterer Häftling der IRA an den Folgen seines Hungerstreiks gestorben. Francis Hughes starb am vergangenen Dienstag im Alter von 25 Jahren in Long Kesh nach einem 58tägigen Hungerstreik. Er war 1978 von einem britischen Sondergericht wegen angeblicher Tötung eines englischen Soldaten zu lebenslangem Gefängnis verurteilt worden. Den Hungerstreik von Francis Hughes setzt jetzt das IRA-Mitglied Brandan McLaughlin fort. Neben ihm befinden sich gegenwärtig Patrick O'Hara und Raymond McCreesh (seit 52 Tagen) und Joseph McDonnell (seit vorletztem Freitag) im Hungerstreik. Zu dem Tod von Francis Hughes schrieb die Sinn Fein, der politische Flügel der IRA, in einer Erklärung „die britische Regierung ist voll verantwortlich für den Tod eines weiteren irischen Kämpfers.“

Der Tod von Francis Hughes hat den Kämpfen der nordirischen Bevöl-
einer Verfassung vor der Unabhängigkeit Namibias ausgehandelt würden. Hinter diesem Vorhaben steht offen-

geben. Das erklärte sie gegenüber einem irischen Unterhausabgeordneten, der sie dringlich aufgefordert hatte, wenigstens 2 der 5 Forderungen der IRA-Häftlinge nachzugeben. Es wird aber immer wahrscheinlicher, daß die britische Regierung zum nachgeben gezwungen werden kann.

Vor allem die Beziehungen zwischen der irischen Republik und Großbritannien haben sich in den letzten Wochen verschlechtert. Der irische Ministerpräsident Charles Haugheuy hat am vergangenen Dienstag erklärt, er sei von der Entwicklung „betroffen“, und verlange eine schnelle Lösung der Probleme.

In Großbritannien hat der Führer des linken Flügels der Labour Party, Benn, in der vergangenen Woche eine Revision der Nordirland-Politik durch die britische Regierung gefordert. Er verlangte, daß die UNO eine Streitmacht nach Nordirland entsendet und daß Großbritannien seine Truppen
schen Befreiungsbewegungen politisch und militärisch, stellt ihnen aber keine Stützpunkte zur Verfügung.

Zweiter IRA-Häftling gestorben Erstmals Risse in der britischen Politik

lup. Nach dem Tod von Bobby Sands ist in der vergangenen Woche ein weiterer Häftling der IRA an den Folgen seines Hungerstreiks gestorben. Francis Hughes starb am vergangenen Dienstag im Alter von 25 Jahren in Long Kesh nach einem 58tägigen Hungerstreik. Er war 1978 von einem britischen Sondergericht wegen angeblicher Tötung eines englischen Soldaten zu lebenslangem Gefängnis verurteilt worden. Den Hungerstreik von Francis Hughes setzt jetzt das IRA-Mitglied Brandan McLaughlin fort. Neben ihm befinden sich gegenwärtig Patrick O'Hara und Raymond McCreesh (seit 52 Tagen) und Joseph McDonnell (seit vorletztem Freitag) im Hungerstreik. Zu dem Tod von Francis Hughes schrieb die Sinn Fein, der politische Flügel der IRA, in einer Erklärung „die britische Regierung ist voll verantwortlich für den Tod eines weiteren irischen Kämpfers.“

Der Tod von Francis Hughes hat den Kämpfen der nordirischen Bevöl-
kerung weitere Nahrung gegeben. Erneut kam es in Belfast und Londonderry zu großen Demonstrationen, bei denen Polizei und Militär mit Steinen und Brandflaschen beschossen wurden.

Die britische Premierministerin Margret Thatcher hat erneut erklärt, daß sie entschlossen sei, den Forderungen der Häftlinge keinen Deut nachzu-
geben. Das erklärte sie gegenüber einem irischen Unterhausabgeordneten, der sie dringlich aufgefordert hatte, wenigstens 2 der 5 Forderungen der IRA-Häftlinge nachzugeben. Es wird aber immer wahrscheinlicher, daß die britische Regierung zum nachgeben gezwungen werden kann.

Vor allem die Beziehungen zwischen der irischen Republik und Großbritannien haben sich in den letzten Wochen verschlechtert. Der irische Ministerpräsident Charles Haugheuy hat am vergangenen Dienstag erklärt, er sei von der Entwicklung „betroffen“, und verlange eine schnelle Lösung der Probleme.

In Großbritannien hat der Führer des linken Flügels der Labour Party, Benn, in der vergangenen Woche eine Revision der Nordirland-Politik durch die britische Regierung gefordert. Er verlangte, daß die UNO eine Streitmacht nach Nordirland entsendet und daß Großbritannien seine Truppen
dort abzieht. Es solle dann eine internationale Kommission eingesetzt werden, die die Probleme in Nordirland studieren und Lösungsvorschläge ausarbeiten soll. Insgesamt plädiert Benn für einen Anschluß Nordirlands an die irische Politik. Er steht damit im Gegensatz zu den Positionen der Führung der Labour-Party, die die Politik der britischen Regierung in Nordirland unterstützt.

Mitterands Sofortprogramm und Giscards Korruption

chm. Am Abend des 10. Mai, nach Bekanntwerden des Ergebnisses des 2. Wahlganges, gingen Millionen Franzosen auf die Straße, um den Wahlsieg François Mitterands zu feiern. Allein auf dem Platz de la Bastille in Paris versammelten sich über 200000. In allen größeren Städten der Provinz, in Lille, Lyon, Grenoble, in Straßburg und Marseille fanden Demonstrationen, Kundgebungen, Feste, spontane Musiksessions statt. Im Norden Frankreichs war der Jubel besonders groß. Dort hat Mitterand auch die größten Wahlerfolge erzielt. Wildfremde umarmten sich auf der Straße, Ältere fühlten sich erinnert an den Sieg der Linken von 1936, als unter Léon Blum eine Volksfrontregierung gebildet werden konnte, andere sogar an die Stimmung am Tag der Befreiung Frankreichs von den nationalsozialistischen Besatzertruppen. Die Internationale wurde gesungen, auch die Marseillaise, die meistgerufene Parole: Wir haben gewonnen! Und: Le jour de joie est arrivé! (In Abwandlung der zweiten Zeile der Marseillaise: Le jour de gloire (= des Sieges) est arrivé! Der Tag der Freude ist gekommen!) Es wurden auch Rufe laut gegen Giscard – Giscard der Arbeitslosigkeit! Giscard, der Volksverächter! Giscard, der Diamantenklau! Und immer wieder: Es ist nur der Anfang, wir müssen weitermachen!

Mitterand ist mit einer klaren Mehrheit von über 3% aus dem 2. Wahlgang hervorgegangen. Giscard ist es nicht gelungen, mit seiner stereotypen Hetze – Mitterand: das ist kommunistisches System oder sozialistische Unordnung –, auf die sich sein Wahlkampf gerade zwischen dem 1. und dem 2. Wahlgang beschränkte, durchzukommen. Vor allem dem Sofortprogramm, das Mitterand schon für das Jahr 1981 vorschlägt, hatte er nichts entgegenzusetzen. (Wenn man alle anderen Faktoren, die bestimmt eine gewisse Rolle gespielt haben, wie z.B. Giscards Arroganz, seine Korruption, den um sich greifenden Nepotismus seines Clans, beiseite läßt.)

Folgende Maßnahmen will Mitterand 1981 durchführen:
– Anhebung der Mindestlöhne von jetzt 2644 FF auf 3300 FF.
– Anhebung der Mindestrenten von 1416 FF auf 1700 FF ab 1. Juli.
– Senkung des Rentenalters auf 55 Jahre für Frauen und 60 Jahren für Männer.
– Bei frühzeitiger Verrentung Anhebung der Mindestrente auf 50% des Grundlohnes anstatt 25% bei Verrentung mit 60 Jahren.
– Erhöhung der Familienbeihilfen um 25% ab 1. Juli.
– Erhöhung des Wohngeldes um 50% ab 1. Juli.
– Schaffung von 60000 zusätzlichen Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst.

Mitterand ist mit einer klaren Mehrheit von über 3% aus dem 2. Wahlgang hervorgegangen. Giscard ist es nicht gelungen, mit seiner stereotypen Hetze – Mitterand: das ist kommunistisches System oder sozialistische Unordnung –, auf die sich sein Wahlkampf gerade zwischen dem 1. und dem 2. Wahlgang beschränkte, durchzukommen. Vor allem dem Sofortprogramm, das Mitterand schon für das Jahr 1981 vorschlägt, hatte er nichts entgegenzusetzen. (Wenn man alle anderen Faktoren, die bestimmt eine gewisse Rolle gespielt haben, wie z.B. Giscards Arroganz, seine Korruption, den um sich greifenden Nepotismus seines Clans, beiseite läßt.)

Folgende Maßnahmen will Mitterand 1981 durchführen:
– Anhebung der Mindestlöhne von jetzt 2644 FF auf 3300 FF.
– Anhebung der Mindestrenten von 1416 FF auf 1700 FF ab 1. Juli.
– Senkung des Rentenalters auf 55 Jahre für Frauen und 60 Jahren für Männer.
– Bei frühzeitiger Verrentung Anhebung der Mindestrente auf 50% des Grundlohnes anstatt 25% bei Verrentung mit 60 Jahren.
– Erhöhung der Familienbeihilfen um 25% ab 1. Juli.
– Erhöhung des Wohngeldes um 50% ab 1. Juli.
– Schaffung von 60000 zusätzlichen Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die nach letzten Schätzungen 7,2% beträgt, ist Mitterands immerwiederkehrendes Thema im Wahlkampf gewesen. Zwei Mittel schlägt er dagegen vor: Schaffung von mehr Arbeitsplätzen sowohl im öffentlichen Dienst als auch in der Industrie. Im öffentlichen Dienst sollen es 210000 sein, in der Industrie 950000; im wesentlichen durch Einführung der 35-Stunden-Woche und Senkung des Rentenalters. Ein Wirtschaftswachstum von 3% jährlich soll im Laufe der nächsten 3 Jahre 400000 Arbeitsplätze zusätzlich schaffen. Einen Schwerpunkt bilden dabei die Arbeitsplätze für 1 Mio. arbeitslose Jugendliche. Unter der Jugend ist auch der Anteil, den Mitterand erzielt hat, besonders hoch, 23,4%, Giscard dagegen nur 10,09%. (2,4 Mio. Wähler unter 21 Jahres hat es diesmal gegeben.)

Was die Verstaatlichungsvorhaben der Sozialisten betrifft, so bagatellisierte sie Mitterand im Fernsehduell mit Giscard vergangene Woche. Der verstaatlichte Sektor mache im Augenblick 12% der gesamten französischen Wirtschaft aus und enthalte u.a. die Bereiche Strom- und Gasversorgung, die Banken, die Versicherungsgesellschaften, den Automobilkonzern Renault. Die zusätzlichen Verstaatlichungsvorhaben der Sozialisten würden diesen Prozentanteil lediglich um 5% erhöhen. (Im Gespräch mit ITT, die das Telefonnetz kontrolliert.) Die französischen Kapitalisten reagieren bisher gelassen auf Mitterands Wahlsieg: Sie erhoffen sich sogar, daß gerade solche Betriebe verstaatlicht würden wie z.B. der sieche Automobilkonzern Peugeot. Viel mehr Kopfzerbrechen bereiten ihnen die angekündigten Erhöhungen der Mindestlöhne, der Anteil der Kapitalisten an den Sozialversicherungen und die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche.

Beide großen Gewerkschaftsverbände, CFDT (den Sozialisten nahestehend) und CGT (der KPF nahestehend) haben Mitterands Wahlsieg begrüßt. Seguy, der Sekretär der CGT, hat die Bereitschaft der CGT erklärt, mit der CFDT zusammenzuarbeiten und die umstrittenen Fragen zu klären. Der Sekretär der CFDT erklärte noch in der Wahlnacht, daß die CFDT sich freue über Mitterands Wahlsieg, daß sie sich aber vorbehalte, eine unabhängige Politik im Namen der Arbeiter zu machen. So präzisierte er als Beispiel die Forderungen der CFDT zum Mindestlohn: 10% mehr im Juni, insgesamt 30% auf die kommenden 3 Jahre verteilt.

Was sowohl beide Gewerkschaften als auch alle Vertreter der linken Parteien bei Mitterand hervorheben, ist seine Ablehnung der Gesetze zur inneren Sicherheit, die von der Regierung Barre Ende 1980 verabschiedet worden sind und die die demokratischen Rechte, einschließlich des Streikrechts, stark eingeschränkt haben.

Mitterand will die Nationalversammlung sofort auflösen und Wahlen bis Ende Juni durchführen. (Nach der Verfassung hat der Präsident einmal im Jahr das Recht, die Nationalversammlung aufzulösen.) Das ist auch nötig, wenn er sein politisches Programm umsetzen will. Sozialisten und Kommunisten haben zusammen nur 203 von 491 Sitzen. Die KPF allein 86 Sitze. Das Verhältnis zur KPF ist gespannt. Schon in der Wahlnacht hat Generalsekretär Marchais, haben diverse Politbüromitglieder erklärt, daß sie zum Regieren bereit seien. Die PS-Führung hat bisher nur erklärt, daß sie Verhandlungen mit allen Linken, einschließlich Teilen der gaullistischen Bewegung, führen werde. Die entscheidende Differenz zur KPF liegt in ihrer Gefolgschaft zur SU. Mitterand hat 1979 seinen geplanten zweiten Besuch in die SU wegen des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan abgesagt und die Aggression verurteilt.

Auch innen- und wirtschaftspolitisch gibt es Differenzen zwischen beiden Parteien. Eine besondere Rolle im Wahlkampf hat die Haltung zu den ausländischen Arbeitern gespielt. Während die KPF eine chauvinistische Linie vertrat und sich sowohl für Ausweisung als auch für einen Einwanderungsstopp stark machte, behandelte die PS die Frage der ausländischen Arbeiter als Teil der französischen Arbeiterklasse. (Algerien hat gerade aus diesem Grund Mitterands Wahlsieg begrüßt, obwohl er 1954 sich gegen den algerischen Befreiungskampf gestellt hatte.)

Im Übergangskabinett, das Mitterand bis zu den Wahlen zur Nationalversammlung bilden wird, wird es nach Aussagen des Marseiller Bürgermeisters Deferre, keine KPF-Minister geben.

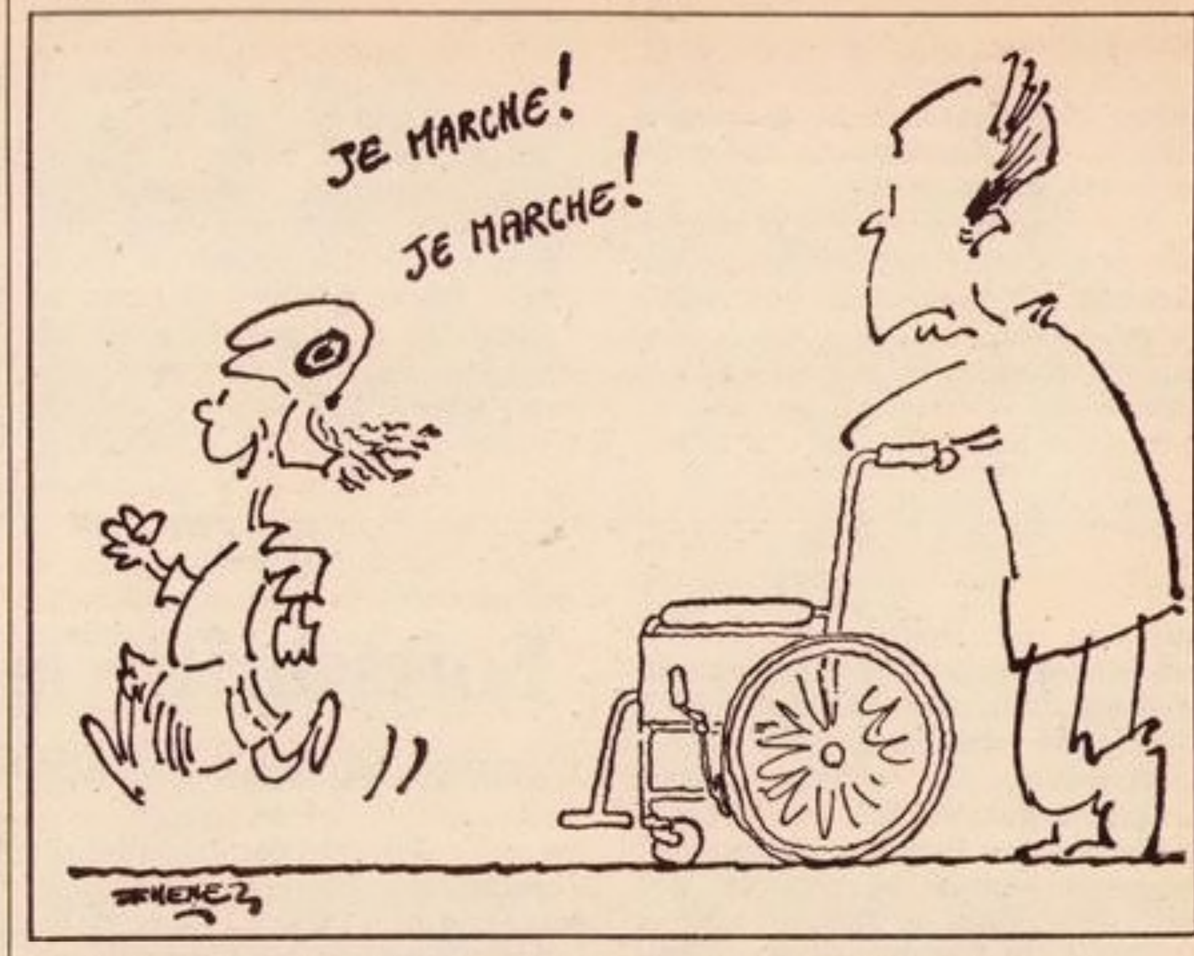


cherungen und die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche.

Beide großen Gewerkschaftsverbände, CFDT (den Sozialisten nahestehend) und CGT (der KPF nahestehend) haben Mitterands Wahlsieg begrüßt. Seguy, der Sekretär der CGT, hat die Bereitschaft der CGT erklärt, mit der CFDT zusammenzuarbeiten und die umstrittenen Fragen zu klären. Der Sekretär der CFDT erklärte noch in der Wahlnacht, daß die CFDT sich freue über Mitterands Wahlsieg, daß sie sich aber vorbehalte, eine unabhängige Politik im Namen der Arbeiter zu machen. So präzisierte er als Beispiel die Forderungen der CFDT zum Mindestlohn: 10% mehr im Juni, insgesamt 30% auf die kommenden 3 Jahre verteilt.

den Parteien. Eine besondere Rolle im Wahlkampf hat die Haltung zu den ausländischen Arbeitern gespielt. Während die KPF eine chauvinistische Linie vertrat und sich sowohl für Ausweisung als auch für einen Einwanderungsstopp stark machte, behandelte die PS die Frage der ausländischen Arbeiter als Teil der französischen Arbeiterklasse. (Algerien hat gerade aus diesem Grund Mitterands Wahlsieg begrüßt, obwohl er 1954 sich gegen den algerischen Befreiungskampf gestellt hatte.)

Im Übergangskabinett, das Mitterand bis zu den Wahlen zur Nationalversammlung bilden wird, wird es nach Aussagen des Marseiller Bürgermeisters Deferre, keine KPF-Minister geben.



Marianne-Frankreich verläßt Giscards Rollstuhl: Ich kann laufen!

Verhaftungswelle gegen Bürgerrechtler in der CSSR

krk. Vor etwa zwei Wochen fand die größte Polizeiaktion der letzten zehn Jahre gegen tschechoslowakische Bürgerrechtler in Prag, Brno und Bratislava statt. Verhaftet wurden zunächst 36 Personen, unter ihnen der Außenminister des „Prager Frühlings“ Jiri Hájek, sowie die Frau und der Bruder des seit zwei Jahren in Haft einsitzenden Dramatikers Václav Havel. Unmittelbarer Auslöser der Verhaftungswelle war nach offiziellen Angaben die Festnahme zweier junger Franzosen, die „staatsfeindliche Drucksachen, Tonbandaufnahmen und Schallplatten“ und Geld für „subersive Elemente“ in den genannten Städten mit sich führten. 12 der verhafteten wurden nach einigen Tagen freigelassen, vor zwei Tagen erfolgten zwei neue Festnahmen: ebenfalls mit dem Vorwurf der „subversiven Tätigkeit“ wurden bei zwei Mitunterzeichnern der „Charta 77“ Hausdurchsuchungen durchgeführt, anschließend wurden sie ebenfalls verhaftet. – Verhaftungen unter den Unterzeichnern von „Charta 77“, in den Kreisen derjenigen, die weiterhin sich öffentlich zu den Forderungen des „Prager Frühlings“ bekennen, oder auch nur die Straffreiheit aller Beteiligten fordern, stehen – wenn auch nicht in diesem Ausmaß – seit Jahren auf der Tagesordnung. Sie erfolgen unberechenbar, oft ohne auch nur einen erdenklichen Anlaß. Sie sollen einschüchtern und die Ohnmacht der geschlagenen Bewegung vor Augen führen.

US-Militärintervention in Salvador im Senat umstritten

lup. Eine außenpolitische Kommission des amerikanischen Senats hat in der vergangenen Woche, wie schon zuvor, einer Kommission des Senats der amerikanischen Intervention in El Salvador zwar prinzipiell zugestimmt, sie jedoch an bestimmte Auflagen gebunden. So fordert die Kommission, daß die amerikanischen Zahlungen an das Regime in Salvador für „soziale Reformen“ eingesetzt werden müssen, daß der Präsident halbjährlich über die Entwicklung in Salvador zu berichten habe, daß Wahlen angestrebt werden müßten, und daß die Militärjunta ihre Bereitschaft zu Verhandlungen mit der Opposition und zu einer politischen Lösung unter Beweis stellen müsse. – Die Guerillastreitkräfte in Salvador haben in der vergangenen Woche zum ersten Mal einen der neuen, von den USA gelieferten, Hubschrauber abgeschossen.

Italienisches Dorf gegen NATO-Raketen

mah. Die Bevölkerung von Comiso (Sizilien) lehnt die Stationierung von 36 NATO-Raketen des Typs „Cruise“ ab. Die Kommunalregierung faßte dazu einen einstimmigen Beschluß, nachdem die Information aus militärischen Kreisen herausgedrungen war. 3000 versammelten sich auf einer Protestkundgebung auf dem Dorfplatz. Die Bürgermeister der Provinz Ragusa, zu der Comiso gehört, wollen zusammentreffen, um gemeinsame Kampfschritte zu beraten. Die Raketen sollen die NATO-Südflanke stärken und auf den Persischen Golf und Tripolis gerichtet werden. Die Bevölkerung lehnt sie aus zwei Gründen ab: weil sie Teil der Kriegvorbereitungen sind und weil sie die Ökonomie in der Region negativ beeinflussen würde.

Freundschaftsvertrag Sowjetunion – VR Kongo

krk. Die Sowjetunion und die VR Kongo unterzeichneten am 13. Mai einen 20 Jahre währenden Freundschaftsvertrag, anläßlich des Moskau-Besuchs von Denis Sassou-Nguesso, Staats- und Regierungschef, sowie Vorsitzender der Kongolesischen Arbeiterpartei. Der Vertrag verpflichtet beide Seiten in Krisenfällen einander zu konsultieren und ihre Positionen zu koordinieren. Die beiden Länder verpflichten sich, keinerlei internationale Abkommen zu schließen, die mit diesem Vertrag unvereinbar seien. Die Zusammenarbeit soll auch auf wirtschaftlichem Gebiet ausgeweitet werden, Einzelheiten wurden jedoch nicht festgelegt. Die militärische Kooperation wird in dem Vertrag nicht erwähnt. Ein gesondertes Abkommen wurde abgeschlossen über die Kooperation zwischen der KPdSU und der Kongolesischen Arbeiterpartei. – Vor seiner Moskau-Reise hielt sich Sassou-Nguesso in Belgrad auf, wo er mit Mitgliedern der jugoslawischen Staatsführung über die Aufgaben der Blockfreienbewegung sprach. 1980, bei der UNO-Abstimmung über die Verurteilung des sowjetischen Überfalls auf Afghanistan, enthielt sich der Delegierte des Kongo der Stimme.

USA beschließen bisher größtes Rüstungsprogramm

frb. Fast ohne Debatte hat der US-Senat das umfangreichste Rüstungsprogramm beschlossen, das die USA je in Friedenszeiten durchgeführt haben. Praktisch alle Forderungen des Militärprogramms der Regierung Reagan sind damit erfüllt. Lediglich einer der 93 Senatoren stimmte gegen die Vorlage, die im kommenden Jahr 136,5 Mrd. $ Ausgaben für Beschaffung und Entwicklung neuer Waffen vorsieht. Im Weltraum stationierte Laser-Waffen sollen ebenso entwickelt werden wie ein neuer bemannter Bomber. 2,4 Mrd. $ werden für die Entwicklung des MX-Raketen-Systems bereitgestellt. Über eine Installierung dieses gigantischen Waffensystems, gegen das es immer mehr Widerstand gibt, ist damit allerdings noch nicht entschieden.

Jugoslawien in der Krise

Die großalbanische Agitation im Kossovo hat innere Ursachen

gek. Die Auseinandersetzungen im Kossovo im März und April, die zeitweise den Charakter einer bewaffneten Erhebung angenommen hatten und blutig niedergeschlagen worden sind, sind zum Kristallisationspunkt der innenpolitischen Unruhe in Jugoslawien geworden. Die Auseinandersetzung im Kossovo selbst schwelt weiter; die Provinz steht nach wie vor unter Ausnahmerecht; in den Häusern werden nicht in Krankenhäuser eingelieferte Verwundete insgeheim gepflegt (die Schätzungen bewegen sich jetzt zwischen 30 und 80 Toten und an die 1000 Verletzte); und an der Universität von Pristina hat es neue Demonstrationen gegeben. Nach anfänglicher Zurückhaltung auf beiden Seiten ist zwischen den albanischen und jugoslawischen Massenmedien eine heftige Auseinandersetzung im Gange. Und die jugoslawische Regierung, die zuletzt die albanische direkt beschuldigt hat, Drahtzieher der Auseinandersetzungen gewesen zu sein, hat das zwischen den Staaten erst vor wenigen Jahren geschlossene Abkommen über Kulturaustausch einseitig gekündigt. Die 30 albanischen Professoren, die in Pristina gelehrt haben, sind abgeschoben worden.

Wir haben allen Grund, die Entwicklung dieser Auseinandersetzung mit Aufmerksamkeit und Sorge zu verfolgen. Eine ernstliche Erschütterung oder gar ein Zerfall des jugoslawischen Staatenverbandes wäre für Europa und für die ganze Welt ein kaum abschätzbarer Rückschlag. Es ist kein Zufall, daß Jugoslawien in der Welt zu den entschiedensten Vorkämpfern einer Politik der Blockfreiheit gehört. Dem liegen historische Erfahrungen zugrunde. Vor dem ersten Weltkrieg war der Balkan das ,,Pulverfaß Europas'', waren die einzelnen, jede für sich zur Staatsbildung unfähigen Völkerschaften in endlose Kämpfe gegeneinander verstrickt, hinter denen jeweils die Großmächte standen. Freilich, der jugoslawische Staat, der in Versailles zustande kam, war kaum mehr als ein großserbisches Nationalitätengefängnis unter der Oberhoheit der westlichen Siegermächte. Auf bürgerlich-reaktionäre Art und Weise ließ sich die Völkerkarte auf dem Balkan nicht ordnen. Es war daher eine historische Chance, als sich im zweiten Weltkrieg im Widerstand gegen die faschistischen Okkupanten die Völker und Nationalitäten des Balkan unter der Führung der Kommunisten allenthalben zusammenschlossen. Jugoslawien wurde ein zweites Mal geboren, als ein revolutionärer und demokratischer Zusammenschluß, die ,,Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien''.

Natürlich waren 1945 nicht alle Widersprüche auf einen Schlag beseitigt. Sowohl die westlichen imperialistischen Mächte wie auch die Sowjetunion schürten sie auf verschiedene Weise. Ein Widerspruch war der zwischen den jugoslawischen und albanischen Kommunisten. Die italienischen Faschisten hatten einen großalbanischen Staat als ihr Protektorat errichtet. Der Kossovo hatte aber schon lange in der Geschichte zu Serbien gehört. Eine demokratische Lösung wurde dadurch erschwert, daß sich diese Auseinandersetzung mit der zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion überla-



gerte. Die Bezichtigungen seitens der Partei der Arbeit Albaniens, Tito wolle sich ganz Albanien einverleiben, wurden von den jugoslawischen Kommunisten als Teil der von der Sowjetunion und der Kominform gegen ihre Unabhängigkeit gerichteten Kampagne angesehen.

Nach dem Bruch der albanischen Kommunisten mit der KPdSU 1960 war der Weg frei für eine Einigung. Albanien bekräftigte, daß es keine Absichten habe, die Einheit des jugoslawischen Staatsverbandes in Frage zu stellen. Die jugoslawische Regierung änderte ihre Politik der bloßen Niederhaltung aller Autonomieansprüche der albanischen Bevölkerung des Kossovo. Nach 1968 wurde der Kossovo als autonomes Gebiet verfassungsmäßig mit den sechs Republiken Jugoslawiens nahezu gleichgestellt. In der 1977 in die Praxis umgesetzten Neuregelung für die Arbeit des Staats- und Partei-Präsidiums (für die Zeit ,,nach Tito'') lösen sich in beiden höchsten Organen die Vertreter der acht Landesteile, d.h. der sechs Republiken und der zwei autonomen Gebiete (des Kossovo und der Wojwodina) jährlich im Vorsitz ab. – Darüberhinaus wurden in den 70er Jahren nicht unerhebliche Zugeständnisse und auch Anstrengungen gemacht, um die kulturelle und wirtschaftliche Selbständigkeit des Kossovo zu entwickeln. In den letzten Jahren sind die eingangs erwähnten Abkommen mit Albanien über einen Kulturaustausch getroffen worden.

Das sind allerdings auch Resultate der Kämpfe, die die Bevölkerung des Kossovo aus eigenem Recht geführt hat, am heftigsten 1968 und eben jetzt wieder. Die Parteiführung des BdKJ im Kossovo, die seit 1968 ebenfalls zum überwiegenden Teil aus Albanern besteht, hat in ihrer Selbstkritik jetzt erklärt, den großalbanischen ,,Irredentismus'' vor allem unter der Intelligenz unterschätzt zu haben. Der Parteivorsitzende Bakali, ein junger Karrierist, mußte deswegen zurücktreten, sein Vorgänger von vor 1971 hat ihn wieder abgelöst. Welche Politik der BdKJ im Kossovo nun einschlagen will, ist noch nicht deutlich. Aber die Analyse eines ,,Irredentismus'' (aus der chauvinistischen Agitation der italienischen Faschisten überkommener Begriff für ,,unerlöste Gebiete'') trifft die Lage wohl kaum richtig. Nicht eine Erlösungspropaganda aus Tirana bildet die Triebkraft der Demonstrationen und Streiks, sondern nach allen vorliegenden Berichten sehen die großalbanischen Visionen, die unter Studenten und Intellektuellen vor allem im Schwange sind, gerade auch eine ,,Erlösung'' der Volksrepublik Albanien aus ihrer Abgeschlossenheit und dogmatischen Starre vor. Die Gründe, warum solche Ideen jetzt grassieren, müssen sicherlich im Kossovo und in Jugoslawien selbst gesucht werden.

Tatsache ist aber wohl: die Agitation im Kossovo *hat* großalbanische Züge angenommen. Die alte Forderung nach der Anerkennung des Kossovo als der 7. Republik Jugoslawiens (mit dem Recht auf Austritt aus der Föderation) ist ausgedehnt worden auf die Forderung nach Zusammenfassung *aller* Albaner Jugoslawiens in einer Republik. Das aber hieße vor allem die Zerteilung Mazedoniens, wo weitere 300000 Albaner (neben den 1,2 Mio. im Kossovo) leben. Und Mazedonien wiederum wird mehr oder weniger offen von Bulgarien als ,,Irredenta'' beansprucht. Schon ist das Schreckbild eines zusammenhängenden Korridors von Bulgarien über Mazedonien nach Albanien aufgetaucht – jedenfalls als ein wünschbares Ziel der Sowjetunion.

Das sind sicher entfernte Spekulationen. Dennoch gibt es handfeste Gründe für das Widerstreben der jugoslawischen Staats- und Parteiführung, an die Staatsverfassung rühren zu lassen. Der Kampf gegen den ,,Nationalismus'' ist zur vorrangigen Aufgabe erklärt worden. In Kroatien hagelt es Gerichtsverfahren und Gefängnisstrafen gegen Intellektuelle, darunter alte Parteimitglieder, denen Verstoß gegen die Prinzipien der Brüderlichkeit und Einheit der Völker Jugoslawiens vorgeworfen wird. Eine separate Pressefehde hat sich mit ungarischen Zeitungen entwickelt, denen gehässige Berichterstattung über den Kossovo vorgeworfen wird – mit Blick auf die Wojwodina mit ihrer starken ungarischen Minderheit.

Auf der Linie, die sich gegenwärtig durchsetzt, wird der Kampf gegen den bürgerlichen Nationalismus aber mit Sicherheit nicht gewonnen werden können. Und das wäre übel. Schon im Kossovo war der Auslöser für die Ausdehnung der Kämpfe Anfang April auf nahezu alle Orte und Dörfer der gewalttätige Einsatz von Belgrader Sondereinheiten der Polizei und der Abbruch aller Verhandlungen mit den Studenten. Anschließend an die Ereignisse gab es eine öffentliche Auseinandersetzung zwischen den Staatsorganen und der Belgrader Presse, vor allem ,,Politika'' und ,,Nin'', die sich über mangelnde Information, wenn nicht direkte Desinformation seitens der Behörden beschwerten. Auch jugoslawische Korrespondenten waren in den Gebieten, wo Ausnahmezustand herrschte, nicht zugelassen. Die Entwicklung hat den Vertretern der absoluten Staatsraison Auftrieb gegeben. Eine Konferenz der Bundes- und Staatsanwälte forderte, daß ,,alles, was einen Angriff auf die Verfassungsordnung Jugoslawiens darstellt, strafrechtlich verfolgt werden muß''; das sei in den letzten Jahren nicht geschehen. Und ,,eine vorbeugende politische Aktion gegen negative Erscheinungen in den Informationsmedien'' sei notwendig. 93% aller politischen Delikte seien ,,Verbaldelikte'' – d.h. mündliche oder schriftliche strafbare Äußerungen – auf Grundlage von Paragraphen, deren Aufhebung gerade von vielen Seiten her gefordert wurde. Und 70% aller dieser Delikte seien wegen ,,Nationalismus''.

Die besondere Gefährlichkeit der innenpolitischen Krise ergibt sich daraus, daß sie auf dem Boden einer tiefen Wirtschaftskrise steht. Schon 1980 hat es nach offiziellen Angaben eine reale Einkommenssenkung der Bevölkerung um 8% gegeben, und diese Entwicklung setzt sich fort. Die Verschuldung des Landes mit 20 Mrd. $ liegt pro Kopf höher als die Verschuldung Polens! Nur 35% der Einfuhren aus dem Westen sind noch durch eigene Exporte gedeckt. Viele Fabriken liegen wegen Mangels an Rohstoffen und Ersatzteilen brach. Ein Gesetz, wonach in unrentablen Betrieben die Löhne gemindert werden konnten, mußte unter dem Druck der Gewerkschaft zurückgezogen werden. Der Gewerkschaftsvorsitzende Potrc hat vor Wochen der Regierung mitgeteilt, daß seine Organisation nur noch solche Entscheidungen vor den Arbeitern vertreten könne, die plausibel begründet seien. Die geplante Reform des Selbstverwaltungssystems der Betriebe stockt. Offenbar findet unter der Decke ein Ringen gegensätzlicher Interessen statt. Die alten Formen des Interessenausgleichs funktionieren nicht mehr, der seit Titos Tod anhaltende Arbeitsfriede könnte auch bald beendet sein.

Neue Widersprüche bilden sich auch auf dem Land aus, wo die Agrarpolitik nach wie vor die Formen noch nicht gefunden hat, um die individuellen und gesellschaftlichen Formen der Produktion und des Handels, die Interessen der Bauern und der übrigen Gesellschaft bzw. des Staates miteinander zu vereinbaren. Die neuerliche Stagnation der landwirtschaftlichen Produktion vergrößert weiter den Gegensatz zwischen den entwickelten nördlichen und den unentwickelten südlichen Landesteilen. Im Kossovo hat es eine große Koalition zwischen radikalen Studenten und der Masse der elend vor sich hin werkenden Kleinbauern, die noch immer in patriarchalischen Clans organisiert sind, gegeben, der sich zum Schluß auch Teile der Arbeiterschaft der wenigen, wie Kathedralen in der Wüste stehenden Großbetriebe der Region angeschlossen haben. Mit einer solchen Allianz können die jugoslawischen Kommunisten nur auf politische und produktive Weise zurechtkommen. Anders nicht.

de. Vor dem ersten Weltkrieg war der Balkan das ,,Pulverfaß Europas'', waren die einzelnen, jede für sich zur Staatsbildung unfähigen Völkerschaften in endlose Kämpfe gegeneinander verstrickt, hinter denen jeweils die Großmächte standen. Freilich, der jugoslawische Staat, der in Versailles zustande kam, war kaum mehr als ein großserbisches Nationalitätengefängnis unter der Oberhoheit der westlichen Siegermächte. Auf bürgerlich-reaktionäre Art und Weise ließ sich die Völkerkarte auf dem Balkan nicht ordnen. Es war daher eine historische Chance, als sich im zweiten Weltkrieg im Widerstand gegen die faschistischen Okkupanten die Völker und Nationalitäten des Balkan unter der Führung der Kommunisten allenthalben zusammenschlossen. Jugoslawien wurde ein zweites Mal geboren, als ein revolutionärer und demokratischer Zusammenschluß, die ,,Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien''.

Natürlich waren 1945 nicht alle Widersprüche auf einen Schlag beseitigt. Sowohl die westlichen imperialistischen Mächte wie auch die Sowjetunion schürten sie auf verschiedene Weise. Ein Widerspruch war der zwischen den jugoslawischen und albani-

gerte. Die Bezichtigungen seitens der Partei der Arbeit Albaniens, Tito wolle sich ganz Albanien einverleiben, wurden von den jugoslawischen Kommunisten als Teil der von der Sowjetunion und der Kominform gegen ihre Unabhängigkeit gerichteten Kampagne angesehen.

Nach dem Bruch der albanischen Kommunisten mit der KPdSU 1960 war der Weg frei für eine Einigung. Albanien bekräftigte, daß es keine Absichten habe, die Einheit des jugoslawischen Staatsverbandes in Frage zu stellen. Die jugoslawische Regierung änderte ihre Politik der bloßen Niederhaltung aller Autonomieansprüche der albanischen Bevölkerung des Kossovo. Nach 1968 wurde der Kossovo als autonomes Gebiet verfassungsmäßig mit den sechs Republiken Jugoslawiens nahezu gleichgestellt. In der 1977 in die Praxis umgesetzten Neuregelung für die Arbeit des Staats- und Partei-Präsidiums (für die Zeit ,,nach Tito'') lösen sich in beiden höchsten Organen die Vertreter der acht Landesteile, d.h. der sechs Republiken und der zwei autonomen Gebiete (des Kossovo und der Wojwodina) jährlich im Vorsitz ab. –

Das sind allerdings auch Resultate der Kämpfe, die die Bevölkerung des Kossovo aus eigenem Recht geführt hat, am heftigsten 1968 und eben jetzt wieder. Die Parteiführung des BdKJ im Kossovo, die seit 1968 ebenfalls zum überwiegenden Teil aus Albanern besteht, hat in ihrer Selbstkritik jetzt erklärt, den großalbanischen ,,Irredentismus'' vor allem unter der Intelligenz unterschätzt zu haben. Der Parteivorsitzende Bakali, ein junger Karrierist, mußte deswegen zurücktreten, sein Vorgänger von vor 1971 hat ihn wieder abgelöst. Welche Politik der BdKJ im Kossovo nun einschlagen will, ist noch nicht deutlich. Aber die Analyse eines ,,Irredentismus'' (aus der chauvinistischen Agitation der italienischen Faschisten überkommener Begriff für ,,unerlöste Gebiete'') trifft die Lage wohl kaum richtig. Nicht eine Erlösungspropaganda aus Tirana bildet die Triebkraft der Demonstrationen und Streiks, sondern nach allen vorliegenden Berichten sehen die großalbanischen Visionen, die unter Studenten und Intellektuellen vor allem im Schwange sind, gerade auch eine ,,Erlösung'' der Volksrepublik Albanien aus ihrer Abgeschlossenheit und dog-

worfen wird. Eine separate Pressefehde hat sich mit ungarischen Zeitungen entwickelt, denen gehässige Berichterstattung über den Kossovo vorgeworfen wird – mit Blick auf die Wojwodina mit ihrer starken ungarischen Minderheit.

Auf der Linie, die sich gegenwärtig durchsetzt, wird der Kampf gegen den bürgerlichen Nationalismus aber mit Sicherheit nicht gewonnen werden können. Und das wäre übel. Schon im Kossovo war der Auslöser für die Ausdehnung der Kämpfe Anfang April auf nahezu alle Orte und Dörfer der gewalttätige Einsatz von Belgrader Sondereinheiten der Polizei und der Abbruch aller Verhandlungen mit den Studenten. Anschließend an die Ereignisse gab es eine öffentliche Auseinandersetzung zwischen den Staatsorganen und der Belgrader Presse, vor allem ,,Politika'' und ,,Nin'', die sich über mangelnde Information, wenn nicht direkte Desinformation seitens der Behörden beschwerten. Auch jugoslawische Korrespondenten waren in den Gebieten, wo Ausnahmezustand herrschte, nicht zugelassen. Die Entwicklung hat den Vertretern der absoluten Staatsraison Auftrieb gegeben. Eine Konferenz der Bundes- und

licher Interessen statt. Die alten Formen des Interessenausgleichs funktionieren nicht mehr, der seit Titos Tod anhaltende Arbeitsfriede könnte auch bald beendet sein.

Neue Widersprüche bilden sich auch auf dem Land aus, wo die Agrarpolitik nach wie vor die Formen noch nicht gefunden hat, um die individuellen und gesellschaftlichen Formen der Produktion und des Handels, die Interessen der Bauern und der übrigen Gesellschaft bzw. des Staates miteinander zu vereinbaren. Die neuerliche Stagnation der landwirtschaftlichen Produktion vergrößert weiter den Gegensatz zwischen den entwickelten nördlichen und den unentwickelten südlichen Landesteilen. Im Kossovo hat es eine große Koalition zwischen radikalen Studenten und der Masse der elend vor sich hin werkenden Kleinbauern, die noch immer in patriarchalischen Clans organisiert sind, gegeben, der sich zum Schluß auch Teile der Arbeiterschaft der wenigen, wie Kathedralen in der Wüste stehenden Großbetriebe der Region angeschlossen haben. Mit einer solchen Allianz können die jugoslawischen Kommunisten nur auf politische und produktive Weise zurechtkommen. Anders nicht.

Fortschritte in Polen, Schüttelfrost ringsum

Demonstrationen nationaler Einheit / Prawda sieht ,,Wiederherstellung des Kapitalismus''

gek. Das von ,,Solidarność'' der Öffentlichkeit vorgestellte Programm (in Auszügen veröffentlicht in KVZ 17/81; der vollständige Text ist in Übersetzung), ein Programm umfassender demokratischer und sozialer Reformen, ist jetzt zum Gegenstand erbitterter Angriffe der ,,Prawda'' und ihr angeschlossenen Zentralorgane in Prag und Ost-Berlin geworden. ,,Solidarność'' betreibe damit die ,,Demontage der gesellschaftlichen und politischen Grundlagn des Sozialismus'' und die ,,Rückkehr in eine kapitalistische Wirtschaft''.

Nachdem die Prawda vor kurzem innerhalb der polnischen Arbeiterpartei auch ganz offiziell ,,starke revisionistische Tendenzen'' ausgemacht hat, – nämlich genau die von der Masse der Betriebsparteiorganisationen der PVAP verlangten grundlegenden Änderungen im Programm und Statut der Partei und in der Staatsverfassung –, dürften die Gründe für eine gewaltsame Intervention nun wirklich komplett sein. Es braucht nur noch der a.o. Parteitag der PVAP vom 14. – 18. Juli diesen Tendenzen zum Druchbruch verhelfen, und der Bündnisfall ist gegeben. Die ganz andere Frage ist, ob sie das wagen können und werden.

Ohne daß wir jetzt im einzelnen darauf eingehen können – wir werden aber in der nächsten Zeit uns eingehend mit diesen programmatischen Forderungen der polnischen Arbeiterbewegung befassen –, soviel ist sicher: es ist genau umgekehrt, wie die Prawda behauptet. *Zum ersten Mal* begibt sich Polen damit auf einen Weg, der wirklich zum Sozialismus führen kann.

Insgesamt hat sich die Lage so entwickelt, wie wir nach der Krise vom April erwartet haben: ,,Solidarność'' hat sich auf die von der Regierung des General Jaruzelski geforderte Streikpause und auch auf sein Programm des Lohnverzichts und der Arbeitsanstrengungen eingelassen, um aus der Wirtschaftsmisere herauszukommen. Die Gewerkschaft hat jetzt sogar ihre Bereitschaft erklärt, auch das Problem der unter ihrem Produktionspreis verkauften, hoch subventionierten Lebensmittel, insbesondere der Fleischpreise, woran sich alle Kämpfe der letzten Jahre entzündet haben, mit der Regierung zu lösen. Dafür hat die Regierung weitgehende demokratische Zugeständnisse gemacht. Die Bauerngewerkschaft ,,Solidarność wiejska'' (Land-Solidarität) ist ordnungsgemäß registriert und steht nun, 2,5 Mio. Mitglieder stark, verbündet neben der Arbeitergewerkschaft. (In welchem Land der Welt hat es das schon einmal gegeben?) Die Gesetzentwürfe zum Gewerkschaftsgesetz wie zum Gesetz über die betriebliche Selbstverwaltung sind auf den Weg gebracht, der Großteil der Konfliktpunkte scheint schon beseitigt. Das Streikrecht und weitgehende Einsprache- und Mitverwaltungsrechte können damit garantiert werden. Auf Verlangen von ,,Solidarność'' hat eine Juristenkommission mit einer Revision des Strafrechts begonnen. – Man könnte noch weiter fortfahren.

Mit derselben elementaren Wucht gehen faktische Änderungen in der Verfassung des Landes vor sich. Nach der ,,Demokratischen Partei'' hat das Schicksal nun die zweite Blockpartei erreicht, die ,,Vereinigte Bauernpartei''. Auch hier ist nun der Vorstand komplett gestürzt worden; an die Spitze getreten ist Stafan Ignar, nach dem Oktober 1956 zeitweise stellv. Ministerpräsident, der aus Protest gegen Gomulkas Bauernpolitik 1962 zurückgetreten war. Er forderte, die Partei müsse eine souveräne politische Partei der Bauern werden.

Ein Mehrparteiensystem wird damit zum Faktum. Dazu trägt auch die Organisierung der Rechten bei, und es ist bezeichnend, daß sich diese als regimetreue Kraft darstellen. 100000 Mitglieder soll die ,,Patriotische Vereinigung Grunwald'' haben, unter dem Präsidium des früheren Innenministers Moczar; sie tritt wenig verhüllt in die Fußstapfen der antideutschen, antisemitischen und slawophilen Traditionen der Hauptpartei des polnischen Bürgertums, der Nationaldemokraten.

Wenn sich diese Sorte Patriotismus gegenwärtig vom revolutionären Patriotismus des polnischen Volkes nicht scharf abhebt – das macht nichts. Polen holt sich seine nationalen Traditionen und seine Geschichte überhaupt erst wieder zurück. Nur in freier Auseinandersetzung kann sich klären, was der Nation gedient hat und was nicht. Und die kommende Zeit wird mit Sicherheit zeigen, wer zur Nation steht und wer mit äußeren Mächten konspiriert.

Die Geschichtsbücher werden neu geschrieben. Am 20. Mai wird im ganzen Land auf Veranstaltungen und Kundgebungen des Generals Sikorski gedacht, der während des 2. Weltkriegs an der Spitze der Londoner Exilregierung und damit der Hauptkräfte des Widerstands gegen die Naziokkupation gestanden hatte. Dem Festkomitee präsidiert Jablonski. In demonstrativer Weise haben die Polen den 1. Mai als Feiertag mit dem 3. Mai verknüpft, dem Tag der revolutionären Verfassung von 1791. In Warschau ging der Marsch zum Grabmal des unbekannten Soldaten, in Krakau zur historischen Stätte auf dem Markt, an dem Kościuszko seinen Eid sprach (gegen die Bedrohung durch die reaktionären Mächte, insbesondere den Zarismus); in Gdánsk war eine Kundgebung am Denkmal vor der Werft.

Diese Kundgebungen haben sich nun noch auf eine intensive Weise mit dem Erschrecken und der Trauer über den bevorstehenden Tod des Kardinal Wyszynski und das Attentat auf den polnischen Papst vermischt.



Jan Kulaj, Vorsitzender der Land-Solidarität, nach der gerichtlichen Registrierung der Bauerngewerkschaft – Es ist geschafft!



Eine Seite aus der Nullnummer des „Schinderhannes“, der NPD nahestehenden Schülerzeitung

Zunehmender Rechtsextremismus
Verbot neonazistischer Organisationen?

13 Prozent der wahlberechtigten bundesrepublikanischen Bevölkerung habe ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild, stellte das Heidelberger SINUS-Institut in einer Untersuchung fest. „Wachsamkeit ist weiter geboten, auch wenn durch konsequente Anwendung der entsprechenden Strafbestimmungen ... bei einigen neonazistischen Gruppen bereits 1979 ein deutliches Nachlassen ihrer Aktivitäten festzustellen war“, so hieß es noch im Verfassungsschutzbericht 1979. Mittlerweile warnt nicht nur Schmude vor zunehmendem Rechtsextremismus, auch der schleswig-holsteinische Innenminister Barschel mußte sich ihm anschließen.

gkr. Laut Angaben des Verfassungsschutzberichts für 1979 war die Anzahl der Rechtsextremisten auch von 1978 auf 1979 erneut gesunken. Sie betrug noch 17400. Von Bedeutungslosigkeit, wie es die Äußerungen verschiedener Politiker, besonders der CDU/CSU glauben machen wollen, kann allerdings überhaupt nicht die Rede sein. Denn in diesem Spektrum des Rechtsextremismus, der von der NPD mit abnehmender Mitgliederzahl bis zu den neonazistischen Organisationen wie NSDAP/AO oder Wehrsportgruppe Hoffmann reicht, sind in den vergangenen Jahren zwei Entwicklungen zu erkennen:

1. Zunehmend ist es eine Generation, die den Faschismus auf deutschem Boden nicht mehr erlebt hat, sind es unter 30jährige, die die Szene des Rechtsradikalismus bestimmen. Die Mitgliederzahl rechtsextremistischer Jugendgruppen wird auf etwa 10000 geschätzt. Laut Verfassungsschutzbericht 1979 waren von den etwa 300 Aktivisten des „harten neonazistischen Kerns“ etwa 62% unter 30 Jahre alt. Noch ein Jahr früher war dieser Anteil entsprechend den Schätzungen um etwa 8 Prozentpunkte niedriger. Ein weiteres Indiz für diese These ist die vor allem in den Jahren 1979 und 1980 steigende Zahl rechtsextremistischer Jugend- und Schülerzeitungen. Offensichtlich erledigt sich das Problem nicht von selbst, wie es u.a. der Politikwissenschaftler H. Knütter in seiner Dissertation über den Rechtsradikalismus 1959 geäußert hat: „Da die heutigen Rechtsextremen zum überwiegenden Teil mit den Anhängern des Nationalsozialismus und der vornationalsozialistischen Rechten identisch sind, deutet vieles darauf hin, daß sich das Problem in seiner heutigen Form mit dem Aussterben der Generation, die den Nationalsozialismus bewußt erlebt und bejaht hat, von selbst regeln wird.“ Die Gründe für das Fortleben und die Zunahme des Rechtsextremismus sind weniger und nur begrenzt auf noch lebende Altnazis zurückzuführen.

erkennen:

1. Zunehmend ist es eine Generation, die den Faschismus auf deutschem Boden nicht mehr erlebt hat, sind es unter 30jährige, die die Szene des Rechtsradikalismus bestimmen. Die Mitgliederzahl rechtsextremistischer Jugendgruppen wird auf etwa 10000 geschätzt. Laut Verfassungsschutzbericht 1979 waren von den etwa 300 Aktivisten des „harten neonazistischen Kerns“ etwa 62% unter 30 Jahre alt. Noch ein Jahr früher war dieser Anteil entsprechend den Schätzungen um etwa 8 Prozentpunkte niedriger. Ein weiteres Indiz für diese These ist die vor allem in den Jahren 1979 und 1980 steigende Zahl rechtsextremistischer Jugend- und Schülerzeitungen. Offensichtlich erledigt sich das Problem nicht von selbst, wie es u.a. der Politikwissenschaftler H. Knütter in seiner Dissertation über den Rechtsradikalismus 1959 geäußert hat: „Da die heutigen Rechtsextremen zum überwiegenden Teil mit den Anhängern des Nationalsozialismus und der vornationalsozialistischen Rechten identisch sind, deutet vieles darauf hin, daß sich das Problem in seiner heutigen Form mit dem Aussterben der Generation, die den Nationalsozialismus bewußt erlebt und bejaht hat, von selbst regeln wird.“ Die Gründe für das Fortleben und die Zunahme des Rechtsextremismus sind weniger und nur begrenzt auf noch lebende Altnazis zurückzuführen.

2. Militanter, explizit neonazistischer Rechtsextremismus nimmt zu. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Mitglieder solcher Organisationen (wie der NPD), die sich auf das Grundgesetz berufen, an Wahlen beteiligen und zumindest nicht ausdrücklich den Faschismus des Dritten Reiches verteidigen, ab. Auch hierfür ein paar Angaben aus dem Verfassungsschutzbericht zum Beleg: Hatte die NPD 1975 noch etwa 10000 Mitglieder, so sank die Zahl bis 1978 auf 8500 und bis 1979 nochmals auf etwa 8000. Auch die Jungen Nationaldemokraten, die Jugendorganisation der NPD, verlor 1979 Mitglieder und ging auf etwa 1300 zurück. Umgekehrt stieg die Anzahl der Mitglieder neonazistischer Gruppen (zur Abgrenzung siehe unten) von 900 im Jahre 1977 auf 1400 1979. Gleichzeitig nahm die Zahl der Ausschreitungen (worunter Hakenkreuzschmierereien bis Bombenanschläge fallen) in den vergangenen Jahren ebenfalls deutlich zu: 1978 wurden 992 solcher Fälle erfaßt, und 1979 waren es schon 1483. Davon fielen 97 unter den Begriff „Gewalttaten“. Für das vergangene Jahr zählte Baum Anfang dieses Jahres dann auf: 17 Tote, über 200 Verletzte, 1533 Anschläge und Überfälle und 104 verbrecherische Gewalttaten (das sind exakt doppelt soviele wie 1978). Alleine die „Deutsche Aktionsgruppe“ des zur Zeit inhaftierten Manfred Roeder brachte es 1980 auf sieben Sprengstoffanschläge auf Ausländerwohnheime, wie z.B. in Hamburg.

Die vorgenannten Angaben sind im wesentlichen den Verfassungsschutzberichten der Bundesregierung entnommen. Auch in ihnen wird allerdings der Rechtsextremismus systematisch heruntergespielt. So sind z.B. nach Angaben des „Pressedienstes Demokratischer Initiativen“ über 100 rechtsextremistische Organisationen in den Verfassungsschutzberichten überhaupt nicht erfaßt, bei den erfaßten Organisationen die Mitgliederzahlen zu niedrig angenommen.

Die Zahl von 69 erfaßten Organisationen täuscht größere Zersplitterung unter den Rechtsextremisten vor, als in Wirklichkeit besteht. Im wesentlichen lassen sich die Organisationen, die häufig durch personelle Doppelmitgliedschaft eng verflochten sind, in etwa drei Richtungen aufteilen, wobei die tatsächlichen Grenzen fließend sind und verbale Bekämpfung verschiedener Gruppen untereinander nicht den tatsächlichen Verbindungen entsprechen:

1. Die „Nationalen Demokraten“. Hierzu gehört u.a. die NPD, ihre Jugendorganisation, die Jungen Nationaldemokraten, und der „Bund Heimattreuer Jugend“. Mußgnug, NPD-Führer, erklärte auf dem NPD-Parteitag 1978: „Nicht die Konservierung oder Restaurierung der Vergangenheit, sondern Bauen einer neuen Zukunft ist die Aufgabe, die unserer Generation gestellt ist ... Wir Nationaldemokraten knüpfen weder an Weimar noch an das 3. Reich an. Und lassen Sie mich auch hier noch mal in aller Deutlichkeit feststellen, die NPD hat, weder was den Namen angeht, noch was das Programm betrifft, nicht und zwar zu keiner Zeit irgendwelche Vorgänger gehabt.“

2. Die „Nationalen Sozialisten“, die oftmals im engeren Sinne als Neonazis bezeichnet werden, beziehen sich explizit auf den Faschismus unter Hitler. Sie fordern z.B. die Aufhebung des Verbots der NSDAP und bilden schon eine NSDAP-Aufbauorganisation, sie bezeichnen das „Weltjudentum“ als verantwortlich für den Ausbruch des 2. Weltkriegs, nicht die Machthaber in Deutschland und leugnen die Verbrechen der Judenverfolgung unter Hitler.

wa drei Richtungen aufteilen, wobei die tatsächlichen Grenzen fließend sind und verbale Bekämpfung verschiedener Gruppen untereinander nicht den tatsächlichen Verbindungen entsprechen:

1. Die „Nationalen Demokraten“. Hierzu gehört u.a. die NPD, ihre Jugendorganisation, die Jungen Nationaldemokraten, und der „Bund Heimattreuer Jugend“. Mußgnug, NPD-Führer, erklärte auf dem NPD-Parteitag 1978: „Nicht die Konservierung oder Restaurierung der Vergangenheit, sondern Bauen einer neuen Zukunft ist die Aufgabe, die unserer Generation gestellt ist ... Wir Nationaldemokraten knüpfen weder an Weimar noch an das 3. Reich an. Und lassen Sie mich auch hier noch mal in aller Deutlichkeit feststellen, die NPD hat, weder was den Namen angeht, noch was das Programm betrifft, nicht und zwar zu keiner Zeit irgendwelche Vorgänger gehabt.“

2. Die „Nationalen Sozialisten“, die oftmals im engeren Sinne als Neonazis bezeichnet werden, beziehen sich explizit auf den Faschismus unter Hitler. Sie fordern z.B. die Aufhebung des Verbots der NSDAP und bilden schon eine NSDAP-Aufbauorganisation, sie bezeichnen das „Weltjudentum“ als verantwortlich für den Ausbruch des 2. Weltkriegs, nicht die Machthaber in Deutschland und leugnen die Verbrechen der Judenverfolgung unter Hitler.

Ihre Programme enthalten aber auch Elemente, die an einem „linken Nationalsozialismus“, etwa der Strasser-Gruppe vor 1933 anknüpfen. „Der zukünftige volkssozialistische Staat fußt auf fünf Fundamenten: Rasse, Boden, Staat, Ehre und Arbeit. Wir sind die neue Kampfbewegung für die suchende und aufgeschlossene Jugend.“ So hatte es die „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands (Partei der Arbeit)“ (VSBD) markig zusammengefaßt. Sie wenden sich gegen die Besatzer in Deutschland, USA und Sowjetunion und gegen „fremdrassige Arbeitnehmer und Arbeitgeber“ (unter letzterem sind u.a. die Juden zu verstehen). Aber sie wenden sich auch gegen die Profitgier der Bonzen, gegen Umweltverschmutzung, gegen den Bau von Kernkraftwerken (s.u.). Zu dieser Richtung gehören neben der schon erwähnten VSBD die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ unter dem bekannten Rechtsextremisten Kühnen, die NSDAP/AO (Aufbauorganisation oder Auslandsorganisation, deren bekannteste Figur G. Lauck aus Kanada ist), und auch die „Wiking-Jugend“ muß man hierzu zählen.

3. Schließlich sind die „Neuen Rechten“ zu erwähnen, teilweise auch „Nationalrevolutionäre“ genannt. Bei ihnen steht noch stärker im Mittelpunkt der Dritte Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus, Verbindungen zur Ökologiebewegung sind stärker ausgeprägt, der Nationalismus wird weniger hervorgehoben. Sie sind personell relativ schwach, ihr fließender Übergang zu den „Nationalen Sozialisten“ ist unverkennbar.

Auf dieser Seite sind Dokumente von zwei der wichtigsten Organisationen, den „Jungen Nationaldemokraten“ und der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ abgedruckt. Sie zeigen bei allem mehr oder weniger offen zur Schau gestellten Neonazismus doch auch, daß verschiedene Probleme, die aus der kapitalistischen Ausbeuterordnung entspringen und die viele Menschen zu einer durchaus spontanen Abkehr von den bürgerlichen Parteien veranlassen, von diesen Organisationen aufgegriffen werden. (Vgl. auch die oben abgedruckte Seite aus dem „Schinderhannes“). Sei es der Kampf gegen die Ausbeutung (In dem „Eulenspiegel“, ebenfalls eine Schülerzeitung der „Jungen Nationaldemokraten“, heißt es z.B. in der Kopfzeile: „Schüler und Lehrlinge: kostenlos; Berufstätige: 50 Pfg.; Bonzen und Parasiten: 1 DM“), der Kampf gegen die beiden Supermächte oder die Verteidigung der Lebensbedingungen gegen den Bau von Kernkraftwerken. Man sollte dabei auch nicht übersehen, daß die NPD gerade im Zusammenhang mit der Krise 1966/67 erheblichen Auftrieb erhalten hatte und ihre höchste Mitgliederzahl erreichte.

Die abgedruckten Dokumente zeigen auch, daß sich die Propaganda der rechtsradikalen Organisationen nicht einfach an unverbesserliche Nazis richtet, sondern gerade an die mit den Verhältnissen Unzufriedenen. Daß sie dabei Erfolg haben können, daß, wie die SINUS-Studie feststellt, 13% heute ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild haben, dazu hat sicher die Propaganda der Hitlerwelle, die Verharmlosung der Verbrechen des NAZI-Regimes (was sich heute noch z.B. in dem Majdanek-Verfahren, den jetzt abgeschlossenen Plädoyers der Verteidiger, zeigt) und die Verharmlosung der Verbrechen der Neonazis, wie sie am deutlichsten nach dem Attentat auf dem Oktoberfest in München und in der Auseinandersetzung um die Wehrsportgruppe Hoffmann zu sehen war, die aber auch in zig Verfahren nachzuweisen ist, all diese Faktoren haben dazu beigetragen. Umgekehrt: die politische Auseinandersetzung mit den verschiedenen Elementen der Theoriebildung des Neonazismus ist notwendig, die Verhinderung von Aufmärschen der Neonazis alleine wird nicht reichen. In dieser Hinsicht haben wir, so glaube ich, in letzter Zeit einiges versäumt.

Wie aber steht es dann mit dem Verbot von Propaganda durch die Neonazis? Ich halte es für notwendig, genauso wie ein Verbot neonazistischer Organisationen. Auf einen Vorstoß in Richtung auf Verbot von Einfuhr und Verbreitung von Naziliteratur durch den Bundesjustizminister Schmude (Anlaß war u.a. die bei einer Razzia zutage geförderte Fülle an Naziliteratur aus den USA und Kanada, zum Versand oft schon fertig) hat die FAZ, ähnlich der CDU, sofort gekontert: Die im Ausland tätigen „Aufbauorganisationen“ der NSDAP überfluteten das Bundesgebiet mit NS-Kennzeichen, so werde gesagt. „Ob das zutrifft, ist schwer nachzuprüfen. Zu den gewöhnlichen Erlebnissen im Straßenverkehr gehört es jedenfalls nicht, auf NS-Kennzeichen zu stoßen, von gelegentlich vorkommenden Schmierereien abgesehen“.

Warum ist ein Verbot notwendig? Nicht einfach, weil der Neonazismus keinen Ausweg aus den Problemen weist, sondern weil er seinem Wesen nach reaktionär, gegen die Völker und gegen die Arbeiterklasse im eigenen Land gerichtet ist, weil eine Ausbreitung der Bourgeoisie die Errichtung einer faschistischen Diktatur ermöglichen würde. Und schließlich, weil sich die Aktionen schon heute gegen die Arbeiterklasse z.B. hier in Westdeutschland, zu der auch die ausländischen Arbeiter gehören, richten. Daher müssen auch alle Bedingungen, unter denen diese Propaganda entfaltet werden kann, eingeschränkt werden. Natürlich besteht die Gefahr, daß Teile der Bourgeoisie ein solches Verbot auszunutzen versuchen könnten, um auch gegen linke Organisationen vorzugehen. Aber das eine wie das andere ist schließlich eine Frage des Kräfteverhältnisses, wozu der Staatsapparat gezwungen werden kann zu tun und zu lassen. Große Teile der Gewerkschaftsbewegung fordern dies, 13000 Menschen, meist Gewerkschafter, haben einen Aufruf zum Verbot neonazistischer Organisationen unterschrieben, bis hin in die SPD wird dies Verbot gefordert.

Es gibt gerade in den letzten zwei Jahren eine Fülle von Literatur über den Rechtsextremismus. Davon seien hier erwähnt: Peter Dudek, Hans-Gerd Jaschke: Revolte von Rechts, Anatomie einer Jugendpresse, Frankfurt 1981. (Mit 18,00 DM allerdings recht teuer) Alwin Meyer / Karl-Klaus Rabe: Unsere Stunde die wird kommen, Göttingen 1980 (Lamuv-Verlag). Wolfgang Benz: Rechtsradikalismus, Randerscheinung oder Renaissance, Frankfurt 1980 (Fischer Taschenbuch 4218), Hermann Vinke: Mit zweierlei Maß, die deutsche Reaktion auf den Terror von Rechts, Hamburg 1981 (rororo 4822) und Gerhard Paul, Bernhard Schoßig: Jugend und Neofaschismus, Frankfurt 1979.

Dokumente

„Kampfprogramm“ der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ für die Hamburger Bür-

heißt es z.B. in der Kopfzeile: „Schüler und Lehrlinge: kostenlos; Berufstätige: 50 Pfg.; Bonzen und Parasiten: 1 DM“), der Kampf gegen die beiden Supermächte oder die Verteidigung der Lebensbedingungen gegen den Bau von Kernkraftwerken. Man sollte dabei auch nicht übersehen, daß die NPD gerade im Zusammenhang mit der Krise 1966/67 erheblichen Auftrieb erhalten hatte und ihre höchste Mitgliederzahl erreichte.

Die abgedruckten Dokumente zeigen auch, daß sich die Propaganda der rechtsradikalen Organisationen nicht einfach an unverbesserliche Nazis richtet, sondern gerade an die mit den Verhältnissen Unzufriedenen. Daß sie dabei Erfolg haben können, daß, wie die SINUS-Studie feststellt, 13% heute ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild haben, dazu hat sicher die Propaganda der Hitlerwelle, die Verharmlosung der Verbrechen des NAZI-Regimes (was sich heute noch z.B. in dem Majdanek-Verfahren, den jetzt abgeschlossenen

gegenwärtiger Probleme: Innerhalb weniger Jahre beseitigte der Nationalsozialismus die Massenarbeitslosigkeit, stellte den sozialen Frieden wieder her, steigerte die Volkswohlfahrt, einigte alle Deutschen und errang Weltgeltung für das Großdeutsche Reich. Heute sind andere Lösungen erforderlich, die

letzter Zeit einiges versäumt.

Wie aber steht es dann mit dem Verbot von Propaganda durch die Neonazis? Ich halte es für notwendig, genauso wie ein Verbot neonazistischer Organisationen. Auf einen Vorstoß in Richtung auf Verbot von Einfuhr und Verbreitung von Naziliteratur durch den Bundesjustizminister Schmude (Anlaß war u.a. die bei einer Razzia zutage geförderte Fülle an Naziliteratur aus den USA und Kanada, zum Versand oft schon fertig) hat die FAZ, ähnlich der CDU, sofort gekontert: Die im Ausland tätigen „Aufbauorganisationen“ der NSDAP überfluteten das Bundesgebiet mit NS-Kennzeichen, so werde gesagt. „Ob das zutrifft, ist schwer nachzuprüfen. Zu den gewöhnlichen Erlebnissen im Straßenverkehr gehört es jedenfalls nicht, auf NS-Kennzeichen zu stoßen, von gelegentlich vorkommenden Schmierereien abgesehen“.

Warum ist ein Verbot notwendig? Nicht einfach, weil der Neonazismus

stand gesellschaftlicher Friedhofsruhe, sondern ein Ziel, um das immer gerungen werden muß.

13. Der Nationalismus wendet sich gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Entmündigung der Menschen. Er bekämpft den Klassenkampf von „oben“ und von „unten“.

der Bourgeoisie ein solches Verbot auszunutzen versuchen könnten, um auch gegen linke Organisationen vorzugehen. Aber das eine wie das andere ist schließlich eine Frage des Kräfteverhältnisses, wozu der Staatsapparat gezwungen werden kann zu tun und zu lassen. Große Teile der Gewerkschaftsbewegung fordern dies, 13000 Menschen, meist Gewerkschafter, haben einen Aufruf zum Verbot neonazistischer Organisationen unterschrieben, bis hin in die SPD wird dies Verbot gefordert.

Es gibt gerade in den letzten zwei Jahren eine Fülle von Literatur über den Rechtsextremismus. Davon seien hier erwähnt: Peter Dudek, Hans-Gerd Jaschke: Revolte von Rechts, Anatomie einer Jugendpresse, Frankfurt 1981. (Mit 18,00 DM allerdings recht teuer) Alwin Meyer / Karl-Klaus Rabe: Unsere Stunde die wird kommen, Göttingen 1980 (Lamuv-Verlag). Wolfgang Benz: Rechtsradikalismus, Randerscheinung oder Renaissance, Frankfurt 1980 (Fischer Taschenbuch 4218), Hermann Vinke: Mit zweierlei Maß, die deutsche Reaktion auf den Terror von Rechts, Hamburg 1981 (rororo 4822) und Gerhard Paul, Bernhard Schoßig: Jugend und Neofaschismus, Frankfurt 1979.

Dokumente

„Kampfprogramm“ der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ für die Hamburger Bürgerschaftswahl 1978

(...)

Präambel

Die Aktionsfront Nationaler Sozialisten ist der Zusammenschluß deutscher Patrioten für Großdeutschland.

Die ANS fordert auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker den Zusammenschluß aller Deutschen zu einem Großdeutschen Reich. Die ANS fordert den Ersatz des abgewirtschafteten liberalkapitalistischen Systems durch eine wirkliche Demokratie, d.h. den ständisch organisierten starken Volksstaat.

Die ANS erklärt, in Übereinstimmung mit den geltenden Gesetzen ihre Ziele durchsetzen zu wollen.

Forderungen der ANS

1. Aufhebung des NS-Verbots

Die Mitglieder der Aktionsfront Nationaler Sozialisten sind keine Nationalsozialisten im herkömmlichen Sinn. Dennoch fordern wir die Aufhebung des NS-Verbots aus folgenden Gründen:

(...)

c) Das Verbot ist fortdauerndes Besatzungsrecht: Mehr als dreißig Jahre nach der deutschen Niederlage werden in Deutschland Menschen wegen ihrer politischen Gesinnung verfolgt. Dies geschieht aufgrund von Gesetzen, die die alliierten Sieger uns 1945 aufgezwungen haben. Die Aufhebung des unsinnig gewordenen NS-Verbots wäre ein Zeichen wiedergewonnener Souveränität des westdeutschen Staates. Die Fortdauer ist ein Beweis des Gegenteils.

d) Das Verbot verhindert die Lösung gegenwärtiger Probleme: Innerhalb weniger Jahre beseitigte der Nationalsozialismus die Massenarbeitslosigkeit, stellte den sozialen Frieden wieder her, steigerte die Volkswohlfahrt, einigte alle Deutschen und errang Weltgeltung für das Großdeutsche Reich. Heute sind andere Lösungen erforderlich, die Geschichte wiederholt sich nicht. Mit der Fortdauer des NS-Verbots ist jedoch antideutschen Kräften die Möglichkeit in die Hand gegeben, jede Regung für Deutschlands Wiederaufstieg als Fortführung der NSDAP zu unterdrücken.

„Junge Nationaldemokraten“: 24 Thesen zum Nationalismus

1. Nationalismus ist das Streben nach Unabhängigkeit, Freiheit, Selbstbestimmung und Einheit aller Völker.

2. Der Nationalismus bekämpft jedes Fremdherrschaftsstreben (Imperialismus), gleichgültig, ob es militärische, wirtschaftliche, politische oder kulturelle Mittel benutzt.

3. Nationalismus ist eine internationale Notwendigkeit im Interesse aller unterdrückten, gespaltenen, ausgebeuteten und geknechteten Völker. Der gemeinsame Gegner der Völker ist der Imperialismus jedweder Schattierung.

(...)

7. Da der Imperialismus der Großmächte und der multinationalen Konzerne sich der verschiedensten Mittel (Kriege, wirtschaftliche Ausbeutung, Umerziehung, Konzentrationslager ...) bedient, müssen auch die Mittel des nationalistischen Befreiungskampfes weltweit verschieden sein.

(...)

11. Der Nationalismus erstrebt den Dritten Weg jenseits von Liberalismus/Kapitalismus und Marxismus/Kommunismus. Dieser Dritte Weg ist etwas grundsätzlich Neues auf wissenschaftlicher Grundlage.

12. Der Nationalismus erstrebt soziale Gerechtigkeit und Nationale Solidarität. Nationale Solidarität ist kein Zustand gesellschaftlicher Friedhofsruhe, sondern ein Ziel, um das immer gerungen werden muß.

13. Der Nationalismus wendet sich gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Entmündigung der Menschen. Er bekämpft den Klassenkampf von „oben“ und von „unten“.

(...)

20. Nationalismus heißt nicht, andere Völker in ihren Rechten zu beschneiden, sondern das gerade Gegenteil: die Solidarität der Völker gegen den gemeinsamen Feind voranzutreiben.

21. Die Hauptträger des heutigen Imperialismus sind die UdSSR und die USA.

22. Der Nationalismus bekämpft die multinationalen Konzerne, die aufgrund ihrer Profitinteressen bestrebt sind, die Völker auszubeuten, zu unterdrücken, zu entmündigen. Die Multis sind, entweder direkt oder über den Umweg der von ihnen beeinflußten Regierung, wesentliche Träger des modernen Imperialismus.

23. Aus nationalistischer Sicht löst sich der scheinbare Gegensatz zwischen Kapitalismus und Kommunismus auf: Der Sowjetkommunismus ist ein großer Konzern (und das Moskauer Politbüro dessen Vorstand) – deshalb auch der Begriff Staatskapitalismus – während es in den westlichen Staaten mehrere Großkonzerne gibt. Es wird weltweit um Marktanteile gestritten, dieser Zustand wird als „Entspannung, „Detente“ oder „friedliche Koexistenz“ bezeichnet. Dieser Kampf um Marktanteile wird auf dem Rücken der Völker ausgetragen, deren Freiheit, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit hierdurch zunehmend eingeengt werden.

24. Der europäische Nationalismus erstrebt ein gemeinsames Europa der Völker, um ihre Freiheit, Einheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung gemeinsam gegen die Großmächte, falsche Ideologien, die Multis und kleinbürgerlichen Chauvinismus durchzusetzen.

Japans „Selbstbeschränkungsabkommen“ zieht Kreise

frb. Die Europäische Kommission will von Japan verlangen, daß seine Automobilexporte in die zehn Staaten der Gemeinschaft das Vorjahresniveau nicht übertreffen. Die Forderung ist Gegenstand der Gespräche, die mit dem japanischen Außenhandelsminister Amaya in der letzten Mai-Woche in Brüssel geführt werden. Damit reagiert die EG-Kommission auf das Abkommen zwischen den USA und Japan, in dem sich Japan Anfang Mai verpflichtet hat, im kommenden Jahr (1.4.81 – 31.3.82) seine Kfz-Exporte in die USA auf 1,68 Mio. Fahrzeuge zu beschränken. Das sind knapp 8% weniger als im Vorjahr. Das japanische Außenhandelsministerium mußte zu dieser „Selbstbeschränkung“ greifen, weil im US-Kongreß bereits eine Vorlage eingebracht war, in der noch deutlichere Beschränkungen vorgesehen waren. So wenig der Kompromiß ein freiwilliger ist, so wenig kann er die Widersprüche zwischen den größten Handelsmächten regulieren. Im Gegenteil droht eine Ausweitung jener Sorte Handelskrieg, dessen Waffen gegenseitige Importverbote sind. Die EG und Kanada fürchten nun, daß die japanischen Monopole auf ihren Märkten abzusetzen versuchen, was sie in die USA nicht mehr liefern sollen. Insbesondere der westdeutsche Wirtschaftsminister Lambsdorff hat auf die japanisch-amerikanische Vereinbarung empört reagiert. Die BRD und die Benelux-Länder haben bislang auf Importbeschränkungen verzichtet (im Gegensatz zu Italien, Frankreich und Großbritannien). Fördert eine Importschwemme auch hier den Ruf nach Beschränkungen, so ist eine Kettenreaktion und eine Krise des Welthandels gefährlich nahe.

Die Bundesbahn als Preistreiber

frb. Die Bahn werde „dort, wo der Markt es erlaubt, die Preise erhöhen müssen“, so sprach der frischgebackene Verkehrsminister Volker Hauff zu Jahresbeginn nach der Vorlage des Bundeshaushalts. Gesagt getan: Ab 1. Juli steigen die Preise um durchschnittlich rund 6,4%. Der Kilometerpreis erhöht sich von 15,5 auf 16,5 Pfg., eine Fahrt von Frankfurt nach Hamburg kostet dann 86 statt 81 DM. Unverändert bleiben die Preise für Senioren-, Junioren- und Familienpässe. Dagegen betragen die Preiserhöhungen im Nahverkehr in einzelnen Fällen über 10%. Erst am 15. Januar hat die Bundesbahn ihre Preise um rund 7,9% erhöht, macht mit der jetzigen Erhöhung zusammen über 14%. Erzwungen wurde die Preiserhöhung durch die Mittelkürzung für die Bahn im neuen Bundeshaushalt, möglich geworden ist sie nach der Erhöhung der Mineralölsteuer. Staatlich verfügte Kostensteigerung im Straßenverkehr hat der Bundesbahn den Markt so verändert, daß sie erneut zugreifen konnte. Im Güterverkehr allerdings wird es Preiserhöhun-

schwemme auch hier den Ruf nach Beschränkungen, so ist eine Kettenreaktion und eine Krise des Welthandels gefährlich nahe.

Die Bundesbahn als Preistreiber

frb. Die Bahn werde „dort, wo der Markt es erlaubt, die Preise erhöhen müssen“, so sprach der frischgebackene Verkehrsminister Volker Hauff zu Jahresbeginn nach der Vorlage des Bundeshaushalts. Gesagt getan: Ab 1. Juli steigen die Preise um durchschnittlich rund 6,4%. Der Kilometerpreis erhöht sich von 15,5 auf 16,5 Pfg., eine Fahrt von Frankfurt nach Hamburg kostet dann 86 statt 81 DM. Unverändert bleiben die Preise für Senioren-, Junioren- und Familienpässe. Dagegen betragen die Preiserhöhungen im Nahverkehr in einzelnen Fällen über 10%. Erst am 15. Januar hat die Bundesbahn ihre Preise um rund 7,9% erhöht, macht mit der jetzigen Erhöhung zusammen über 14%. Erzwungen wurde die Preiserhöhung durch die Mittelkürzung für die Bahn im neuen Bundeshaushalt, möglich geworden ist sie nach der Erhöhung der Mineralölsteuer. Staatlich verfügte Kostensteigerung im Straßenverkehr hat der Bundesbahn den Markt so verändert, daß sie erneut zugreifen konnte. Im Güterverkehr allerdings wird es Preiserhöhun-gen nicht geben. Hier lauert die Konkurrenz des LKW-Verkehrs.

Wasserschutzwoche der Bürgerinitiativen Umweltschutz

b. Vom 21. – 28. Mai führen mehrere Bürgerinitiativen eine „Internationale Wasserschutzwoche“ durch. Geplant sind örtliche Aktionen und Informationsveranstaltungen. Sie stehen unter folgenden Forderungen: ● Die Selbstreinigungskraft der Gewässer ist wieder herzustellen. Die Einleitung von nicht abbaubarem oder hochgiftigem Abwasser muß unterbunden werden. Industriebetriebe, besonders die chemische und papierherstellende Industrie, dürfen nur noch mit geschlossenen Wasserkreisläufen produzieren. ● Zur Einhaltung dieser Forderungen sind Industrie und Kommunen aller Staaten durch wirksame Gesetze und Ausführungsbestimmungen zu zwingen. ● Die Ansiedlung von Industrieanlagen und andere bauliche Maßnahmen an Gewässern darf nur unter strenger Berücksichtigung ökologischer Zusammenhänge und Auswirkungen erfolgen. Der Raubbau an den Grundwasserreserven muß gestoppt werden. ● Die Nutzung der Meere als Mülldeponien, vor allem durch die Verklappung von Chemiemüll, Klärschlamm und Atommüll, muß verboten werden, da sie den Pflanzen- und Tierbestand und über die Nahrungskette den Menschen gefährden. ● Die Umweltschutzorganisationen müssen das Recht erhalten, jederzeit ungehindert Proben aus Abwässern entnehmen zu können. Diesbezügliche Unterlagen über Meßverfahren und Meßergebnisse von Analysen sind zu veröffentlichen.

Kernkraftwerk Lingen II – 1. Erörterungstermin der Baulinie '80

Genehmigungen für Kernkraftwerke künftig von der Stange / Bürgerinitiativen verlassen die Veranstaltung

baf.Nordhorn. Wie einer dpa-Presse-Mitteilung vom 12. Mai zu entnehmen war, will sich das Bundeskabinett mit einem Konzept zur zügigen Abwicklung von Genehmigungsverfahren für Kernkraftwerke befassen. Vorgespräche finden schon seit Monaten mit der Energiewirtschaft und den Ländern statt. Die Vorgeschichte ist kurz zusammengefaßt die, daß seit 1977 keine neuen Kernkraftwerke mehr genehmigt wurden. Die die Kernkraftwerke betreibende Wirtschaft hat offensichtlich jetzt das Ei des Kolumbus gefunden und ist darüber auch schon fleißig mit der Regierung am verhandeln. Das Ei des Kolumbus heißt Baulinie '80 und besteht aus fünf baugleichen Kernkraftwerken für die Orte Borken, Neckarwestheim II, Lingen, Isar II und Biblis C. Mit diesen Kernkraftwerken sollen die Genehmigungsverfahren vereinfacht werden. So sagte denn auch Niedersachsens ehemaliger Kultusminister und jetziger Sonderminister Pestel in Bad Bentheim auf einer Veranstaltung des Arbeitskreises Wirtschaft – Schule am 28. April 1981, daß es ja gar nicht einzusehen sei, bei jedem Kernkraftwerk wieder dieselbe Genehmigungsprozedur durchlaufen zu müssen, auch wenn genau das gleiche Kernkraftwerk an einem anderen Standort gerade gebaut worden sei. Am Ende einer solchen Entwicklung soll dann wahrscheinlich der Wunschtraum der Betreiberfirmen stehen, nämlich so etwas wie eine Typgenehmigung.

Im Emsland soll jetzt das erste der genannten fünf Kernkraftwerke der Baulinie '80 durchs Genehmigungsverfahren gezogen werden. Die anderen sollen auch in diesem Jahr folgen. Daß sie den Anfang im Emsland gesetzt haben, deutet darauf hin, daß hier der geringste Widerstand erwartet wird. Grund zu dieser Annahme ist z.B. die Unterschriftensammlung, initiiert von Betriebsräten der Energieversorgungsunternehmen, für den Ausbau von Kernkraftwerken und die friedliche Nutzung der Kernenergie, worunter durch die ÖTV 10000 Unterschriften gesammelt wurden. Das war 1979. Oft sind in der Emsland-Presse Artikel von ÖTV-Geschäftsstellenleiter und CDU-Mitglied Holtgreve zu lesen, in denen er sich für den Bau von Kernkraftwerken in Lingen und Meppen ausspricht.

Seitdem bekannt wurde, daß zusätzlich zu dem stillgelegten Leichtwasserreaktor in Lingen Pläne für den Bau weiterer Kernkraftwerke in Lingen und Meppen bestehen, wurden in den umliegenden Städten Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen gegründet. Die Bürgerinitiativen haben sich in den *Bürgerinitiativen Emsland gegen Atomanlagen (BEgA)* zusammengeschlossen. Zusammen mit den holländischen Bürgerinitiativen und den benachbarten nordrhein-westfälischen Bürgerinitiativen treffen und beraten sie sich in der Euregio-Konferenz. Nachdem bekanntgegeben war, daß der atomrechtliche Erörterungstermin für die geplante Urananreicherungsanlage in Gronau am 12. Mai 1981 stattfinden sollte, begannen die Vorbereitungen in die heiße Phase zu treten. Die Befürchtung, daß auch in Lingen das geplante Kernkraftwerk am 12. Mai 1981 erörtert werden sollte, stellte sich bald als richtig heraus. Da beide Anlagen nach §7 des Atomgesetzes verhandelt werden, waren die gemeinsamen Seminare etc. nützlich, die von Bremer und Darmstädter Wissenschaftlern unterstützt wurden. Auf die Forderung der Bürgerinitiativen nach Verlegung der Termine, weil so nicht gewährleistet wird, daß jeder Einsprecher seine Bedenken vorbringen kann, gingen die zuständigen Genehmigungsbehörden nicht ein, obwohl zum Beispiel Nordhorn genau in der Mitte zwischen Lingen und Meppen liegt und auch viele Leute aus anderen Orten gegen beide Anlagen Einsprüche eingelegt hatten.

Die Termine nahten. Es wurde bekannt, daß die holländischen Einwender (beide Orte sind entweder direkt an der Grenze oder nur wenige km davon entfernt), auf dem Erörterungstermin nicht gehört werden sollten. Auch hatten die Genehmigungsbehörden den Erörterungstermin nicht in den Niederlanden bekannt gegeben. Die holländischen Bürgerinitiativen berieten, daß sie an beiden Erörterungsterminen teilnehmen wollten.

Am 12. Mai 1981 waren in Lingen auf dem Erörterungstermin 360 durch die BEgA mobilisierte Kernkraftgegner, die den Einlaß der Holländer verlangten. Hatte der Versammlungsleiter Dr. Knollmann vom niedersächsischen Sozialministerium Gäste der Betreiberseite zugelassen, so wurde dies Recht den Holländern erst nach langen Auseinandersetzungen zuteil. Das Recht, die 4000 holländischen Einwendungen zu vertreten, sollten sie aber noch lange nicht haben. Die Holländer verlasen eine Erklärung auf holländisch, in der sie aufzeigten, daß die Radioaktivität schließlich nicht an der Grenze halt macht, daß deswegen auch die holländischen Bürger vom geplanten Kernkraftwerk betroffen sind und auch gegen den Bau ihre Bedenken äußern wollen. Außerdem forderten sie die Verlegung des Termins, weil er in Holland nicht bekanntgegeben worden war.

Da das niedersächsische Sozialministerium zwar die holländischen Gemeinden, die auch Einwendungen erhoben hatten, eingeladen hatte, aber kein Dolmetscher zur Verfügung stand, wurde die Erklärung in der Mittagspause übersetzt und danach auf Deutsch verlesen. Die Forderung, den Termin auf die Abendstunden oder auf das Wochenende zu verlegen, weil sonst die werktätige Bevölkerung ihre Bedenken schlicht aus Zeitgründen nicht vorbringen kann, wurde ebenso abgebügelt, wie alle anderen Forderungen, die eine Verhandlung für die Bürger erst ermöglicht hätten. So stellte der Rechtsanwalt der Bürgerinitiativen zusammen mit einem anderen Rechtsanwalt einen Befangenheitsantrag gegen den Verhandlungsleiter Dr. Knollmann. Diesen Antrag hätte man wohl gleich gegen das ganze niedersächsische Sozialministerium stellen können. Das Ergebnis war jedenfalls entsprechend. Nach mehr als 1½stündiger Pause, in der im Sozialministerium der Befangenheitsantrag verhandelt wurde, erklärte Dr. Knollmann, er sei nicht befangen. Die Bürgerinitiativen verlasen eine Protesterklärung, in der sie den Verlauf der Verhandlung würdigten und zogen aus dem Saal.

Anschließend wurde eine Demonstration zum Lingener Marktplatz gemacht. Auf der Sitzung der BEgA am Freitag wurde beschlossen, in ca. vier Wochen eine Veranstaltung zu machen, auf der „alternativ erörtert werden kann“. Dies soll an einem Wochenende stattfinden. Dort sollen die Punkte, die an dem geplanten Kernkraftwerk kritisiert werden, vorgetragen werden. Natürlich ist die Veranstaltung öffentlich und auch die Holländer werden eingeladen, genauso, wie auch das Sozialministerium und die Betreiberseite eingeladen worden sind.

Die Diskussion, wie man den Bau des Kernkraftwerks letztendlich verhindert, findet derzeit in Zusammenarbeit der Euregio-Konferenz bereits statt.



Mitglieder von holländischen Bürgerinitiativen betreten den Saal mit einem Transparent: „Holländer dürfen nicht einsprechen, sondern nur betroffen sein.“

Entwurf zum Mieterschutzänderungsgesetz 1981

reb. Am 31. Mai 1981 wird das Bundeskabinett über den Referentenentwurf zum Mietrechtsänderungsgesetz 1981 beraten. Erklärtes Ziel des Entwurfs ist die „Verbesserung der Rah- wurf unwirksame Erhöhungserklärungen noch im Prozeß in wirksamer Form nachgeholt werden können. Im Ergebnis wird diese Regelung nicht nur dazu führen, daß in Mieterhöhungs- naten auf 2. Die Stillhaltefrist zwischen dem Zeitpunkt, bis zu dem der Vermieter klagen muß, wenn der Mieter nicht zustimmt, und einem neuen Mieterhöhungsverlangen, wenn der Vermieter Einkommen und unbezahlbar für ärmere Bevölkerungsteile um deren Wohnungen es häufig bei der Modernisierung geht. Rein praktisch kann diese Regelung aber auch deshalb nicht

soll dann wahrscheinlich der Wunschtraum der Betreiberfirmen stehen, nämlich so etwas wie eine Typgenehmigung.

Im Emsland soll jetzt das erste der genannten fünf Kernkraftwerke der Baulinie '80 durchs Genehmigungsverfahren gezogen werden. Die anderen sollen auch in diesem Jahr folgen. Daß sie den Anfang im Emsland gesetzt haben, deutet darauf hin, daß hier der geringste Widerstand erwartet wird. Grund zu dieser Annahme ist z.B. die Unterschriftensammlung, initiiert von Betriebsräten der Energieversorgungsunternehmen, für den Ausbau von Kernkraftwerken und die friedliche Nutzung der Kernenergie, worunter durch die ÖTV 10000 Unterschriften gesammelt wurden. Das war 1979. Oft sind in der Emsland-Presse Artikel von ÖTV-Geschäftsstellenleiter und CDU-Mitglied Holtgreve zu lesen, in denen er sich für den Bau von Kernkraftwerken in Lingen und Meppen ausspricht.

obwohl zum Beispiel Nordhorn genau in der Mitte zwischen Lingen und Meppen liegt und auch viele Leute aus anderen Orten gegen beide Anlagen Einsprüche eingelegt hatten.

Die Termine nahten. Es wurde bekannt, daß die holländischen Einwender (beide Orte sind entweder direkt an der Grenze oder nur wenige km davon entfernt), auf dem Erörterungstermin nicht gehört werden sollten. Auch hatten die Genehmigungsbehörden den Erörterungstermin nicht in den Niederlanden bekannt gegeben. Die holländischen Bürgerinitiativen berieten, daß sie an beiden Erörterungsterminen teilnehmen wollten.

Am 12. Mai 1981 waren in Lingen auf dem Erörterungstermin 360 durch die BEgA mobilisierte Kernkraftgegner, die den Einlaß der Holländer verlangten. Hatte der Versammlungsleiter Dr. Knollmann vom niedersächsischen Sozialministerium Gäste der Betreiberseite zugelassen, so wurde dies Recht



Mitglieder von holländischen Bürgerinitiativen betreten den Saal mit einem Transparent: „Holländer dürfen nicht einsprechen, sondern nur betroffen sein.“

Entwurf zum Mieterschutzänderungsgesetz 1981

reb. Am 31. Mai 1981 wird das Bundeskabinett über den Referentenentwurf zum Mietrechtsänderungsgesetz 1981 beraten. Erklärtes Ziel des Entwurfs ist die „Verbesserung der Rahmenbedingungen des freifinanzierten Wohnungsbaus“, wofür ein „wichtiger Aspekt ist, wieweit in Zukunft Mieterhöhungen durchsetzbar sind“ (Entwurfsbegründung). Mit einzelnen Änderungen des geltenden Mietrechts, versüßt durch einige Zugeständnisse an die Mieter, soll dies erreicht werden.

Staffelmiete. Die Staffelmiete soll für alle nach dem 1.1.1981 erbauten Wohnungen zulässig sein, d.h. bereits im Mietvertrag können (mindestens jährliche) Mieterhöhungen nach festen Beträgen für die folgenden 10 Jahre vereinbart werden. Die Hauptgefahr dieser Regelung dürfte nicht in enorm steigenden Neubaumieten liegen. Wer es sich leisten kann, eine im Jahre 1981 gebaute Neubauwohnung zu mieten, befindet sich häufig in einer günstigen Konkurrenzsituation, so daß er nicht alles unterschreiben muß. Dieser erste Einstieg in die Staffelmiete birgt vor allem die Gefahr in sich, daß er im Gesetzgebungsverfahren noch erheblich erweitert wird, fordert doch die CDU die Möglichkeit der Staffelmiete für alle neu abgeschlossenen Verträge.

Korrektur unwirksamer Erhöhungsverlangen. In vielen Fällen scheiterten in den letzten Jahren Mieterhöhungsverlangen daran, daß die Gerichte formelle Mängel rügten. Die Möglichkeit der Mieterhöhung war damit hin, oder es konnten für den Mieter günstige Vergleiche geschlossen werden. Die Gerichte gingen dabei so streng vor, daß sie bisher seit 1974 dreimal vom Bundesverfassungsgericht zur Ordnung gerufen wurden, nicht so streng mit den Vermietern zu sein. Damit soll jetzt Schluß sein, da nach dem Entwurf unwirksame Erhöhungserklärungen noch im Prozeß in wirksamer Form nachgeholt werden können. Im Ergebnis wird diese Regelung nicht nur dazu führen, daß in Mieterhöhungsprozessen häufiger und höhere Mieterhöhungen durchgesetzt werden können, sondern sie wird auch die Vermieter ermuntern überhaupt häufiger Mieterhöhungsverfahren durchzuführen.

Stärkere Bedeutung der Mietspiegel. Der Entwurf legt weiter fest, daß ein Mietspiegel, der richtig zu Stande gekommen ist, die Vermutung der Richtigkeit für sich hat. Dieses scheint zunächst den Mietern entgegenzukommen, da in den meisten Fällen die Richtigkeit der Mietspiegel von Vermieterseite angezweifelt worden ist. Die Regelung steht aber im Zusammenhang mit einem weiter geplanten Mietspiegelgesetz, in dem genaue Richtlinien für die Erstellung von Mietspiegeln in allen Gemeinden über 50.000 Einwohner festgelegt werden sollen. Dort wird es vor allem um die Frage gehen, wie weit die niedrigeren Mieten aus älteren Mietverhältnissen in die „ortsübliche Vergleichsmiete“ eingehen.

Weiterhin legt der Entwurf fest, daß im Mieterhöhungsverlangen ohne nähere Begründung der jeweilige Höchstwert verlangt werden kann. Das wurde von einer Reihe von Gerichten bisher nicht als zulässig angesehen. Im Prozeß wird der Vermieter zwar weiter zu beweisen haben, warum der Höchstwert angemessen ist, der Gesetzestext ist aber hervorragend dazu geeignet, den Mietern schon vor dem Prozeß einzureden, sie müßten auf jeden Fall – auch ohne Begründung – den Höchstwert bezahlen.

Verkürzung von Fristen. Der Entwurf verkürzt die Frist zwischen dem Zugang der Mieterhöhung und ihrer Wirksamkeit von bisher 3 vollen Monaten auf 2. Die Stillhaltefrist zwischen dem Zeitpunkt, bis zu dem der Vermieter klagen muß, wenn der Mieter nicht zustimmt, und einem neuen Mieterhöhungsverlangen, wenn der Vermieter die erste Klagfrist versäumt, wird von 9 auf 6 Monate verkürzt.

Wohnungsmodernisierung

Der Entwurf regelt die Fragen der Wohnungsmodernisierung neu und vereinheitlicht die Regelungen für private und öffentlich geförderte Modernisierungen. Danach hat der Mieter die Modernisierung zu dulden und anschließend die höhere Miete (11% der Modernisierungskosten kommen zur Jahresmiete hinzu) zu zahlen, wenn ihm das „zumutbar“ ist, wobei ausdrücklich geregelt ist, daß bei der „Zumutbarkeit“ auch die spätere Mieterhöhung zu prüfen ist. Von einigen Gerichten wurde das bisher ohnehin so gehandhabt. Andere Gerichte gingen aber weitergehend davon aus, daß der Mieter, der die Modernisierung duldet aber gleichzeitig erklärt, er wolle die Modernisierung nicht, keine höhere Miete zahlen mußte. Einzelne Gerichte hingegen berücksichtigten bisher nicht einmal die spätere Miete bei der Zumutbarkeit.

Die Behauptung des Entwurf mit dieser Regelung könnten „Herausmodernisierungen“ verhindert werden, ist falsch. Ist für einen Mieter nämlich die Mieterhöhung unzumutbar, kann ihm Vermieter entgegenhalten, daß die Wohnung weiter „zur Vermietung an andere Personen in mittleren Einkommensverhältnissen geeignet bleibt“ (§ 541 b BGB des Entwurfs). Legt man statistische Zahlen von 1979 zu Grunde und das kursierende Schlagwort: 25% des Einkommens für die Miete, so ergeben sich Zumutbarkeitsgrenzen von 800 bis 1000 DM Miete, eine Verdoppelung der statistischen Durchschnittswerte für Mietzahlungen in mittleren Einkommen und unbezahlbar für ärmere Bevölkerungsteile um deren Wohnungen es häufig bei der Modernisierung geht. Rein praktisch kann diese Regelung aber auch deshalb nicht viel bringen, weil an der Verweigerung der Modernisierung häufig ein ganzer Schwanz von Schadensersatzforderungen hängen kann (steigende Baupreise, Behinderung der Modernisierung im ganzen Haus etc.), die die Wahrnehmung der Rechte zu einem unkalkulierbaren Risiko machen können.

Umwandlung in Eigentumswohnungen, Kaution

Der Entwurf enthält weiter Regelungen für die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und zur Mietkaution und vereinheitlicht auf diesen Gebieten die Regelungen im freien und im sozialen Wohnungsbau. Bei der Umwandlung erhält der Mieter jetzt ein Vorkaufsrecht, d.h. er kann zu den Bedingungen, die der Vermieter mit einem Dritten vereinbart hat, in den Kaufvertrag einsteigen. Tritt er nicht ein, so kann der neue Eigentümer der Wohnung erst nach 7 Jahren (bisher 3) wegen Eigenbedarfs kündigen. Für den sozialen Wohnungsbau, wo die Fristen erheblich länger sein konnten, in der Regel aber etwa 8 (Westberlin: 10) Jahre betrugen, verkürzen sich durch die Angleichung die Fristen.

Schließlich regelt der Gesetzentwurf die Frage der Mietkaution dahingehend, daß sie maximal drei Monatsmieten betragen darf, auf einem Sparbuch verzinslich anzulegen ist und in 3 Monatsraten (die erste bei Einzug) gezahlt werden kann. Für den freien Wohnungsbau ist das eine Verbesserung für den sozialen Wohnungsbau eine Verschlechterung, da dort bisher 9 Raten vorgesehen waren (die erste nach 3 Monaten) und der Mieter auch andere Sicherheiten bieten konnte (z.B. Bankbürgschaft).

dem.Bremerhaven. In der Woche vom 5. bis 9. Mai 1981 hat die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF), in der Seeleute- und Hafenarbeitergewerkschaften der ganzen Welt zusammengeschlossen sind, eine weltweite Aktionswoche gegen die „billigen Flaggen" (auch Bequemlichkeitsflaggen, offene Register oder Schattenflaggen genannt) durchgeführt. Ziel der Aktionswoche war die „Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Seeleute auf Billigflaggenschiffen durch mit der Internationalen Transportarbeiter-Föderation abgeschlossene Kollektivverträge und Einhaltung der internationalen Schiffssicherheitsnormen durch alle seefahrttreibenden Nationen."

Gemeinsame Front der Länder der 3. Welt und der Seeleute- und Hafenarbeitergewerkschaften gegen die Wirkungen der Billig-Flaggen-Schiffe

Billigflaggenländer sind insbesondere Liberia, Panama, Singapur, Zypern und, mit gewissen Einschränkungen, Griechenland. Kennzeichnend für diese Länder ist, daß ausländische Reeder ihre Schiffe in die dortigen Schiffsregister eintragen, ohne daß eine echte Verbindung zwischen Flaggenstaat und dem Schiff, das die Flagge führen wird, entsteht. Das bedeutet, daß der wahre Reeder z.B. in Westdeutschland sitzt, seine Schiffe aber über Briefkastenfirmen unter Billig-Flagge fahren. Mit diesem einfachen Trick hat der westdeutsche Reeder erreicht, daß die gesamte Gesetzgebung einschließlich gesetz- und tarifvertraglicher Maßnahmen für das ausgeflaggte Schiff keine Anwendung finden. Was auf den ausgeflaggten Schiffen an nationalen Übereinkommen noch anzuwenden ist, entscheidet allein der Reeder.

Heute fährt rund ein Drittel der Welthandelsflotte unter Billig-Flagge. Vor zehn Jahren waren es noch 20%. Die westdeutsche Handelsflotte ist zu 34% ausgeflaggt. Nach einer Studie der UNCTAD (Konferenz für Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen, gegründet auf Druck der Länder der 3. Welt 1964) sitzen die Nutznießer der Billig-Flaggen zu 98% in den westlichen Industrienationen.

vom Transport ausgeschlossen sind. Das wirkt direkt gegen den Aufbau ihrer eigenen Handelsflotten. Die Mehrheit der Länder der 3. Welt fordert die Schließung der Offenen Register. Unterstützt werden sie vom Bund internationaler Gewerkschaften (IBFG) und der ITF. Die Industrieländer, zusammengeschlossen in der OECD, widersetzen sich der Schließung. Die Front aber bröckelt, nur noch die USA, Großbritannien, Japan und Griechenland lehnen kompromißlos ab. Angestrebt wird, die Offenen Register bis 1991 zu schließen. Die dann freiwerdenden Kapitalien sollen auf Vorschlag der UNCTAD folgendermaßen verwendet werden: „Die Hauptrichtung wird jedoch die Verlegung der Investitionen in Entwicklungsländer sein. Dazu ist es notwendig, Gesellschaften zu gründen, an denen die Entwicklungsländer gleichberechtigt Anteil haben. Vornehmlich wird es sich dabei um solche Länder handeln, die Seeleute haben, die günstige Investitionsvoraussetzungen bieten und in denen es eine maritime Gesetzgebung gibt. Die Aktivitäten werden sich nicht zuletzt auch deswegen auf die Entwicklungsländer konzentrieren, da damit deren Forderung nach einem höheren Anteil an der Verschiffung berücksichtigt wird."

Innerhalb der Länder der 3. Welt gibt es Widersprüche um die Schließung der Offenen Register. Die Billig-Flaggen-Länder wie Panama, Liberia usw. widersetzen sich einer Schließung ihrer Register. Die UNCTAD versucht, diese Länder zu gewinnen. In einer Untersuchung macht sie deutlich, daß die Einnahmen durch die Registrierung von Schiffen der Industrienationen in keinem Verhältnis stehen zu den Profi-

	Ladungsaufkommen in Prozent	Handelsflotte in Prozent
westliche Industriestaaten und Billig-Flaggen-Schiffe	54,9	85,6
Entwicklungsländer	38,9	7,9
Comecon-Länder	6,2	6,2
	100,0	99,7

Anhand der Tabelle wird deutlich, daß die westlichen Industrieländer den Welthandel beherrschen und unter sich aufgeteilt haben, die Länder der 3. Welt aber, obwohl sie ein hohes Ladungsaufkommen haben, weitgehend

ten, die diese Reeder machen, und daß die Offenen Register keinen Weg darstellen, Fortschritte zu machen im Aufbau der nationalen Wirtschaft der Entwicklungsländer: „Die Einnahmen, die aufgrund der Offenen Registrierung für die betreffenden Länder entstehen, sind gering, gemessen an dem, was tatsächlich in der Seeschiffahrt verdient wird. Für Liberia belief sich diese Summe 1978 auf 11 Millionen US-Dollar. Das entspricht 0,07 US-Dollar pro tons deadweight (tdw). Länder mit echten Flotten gaben dagegen 1977 als durchschnittliche Frachteinnahme 71-132 US-Dollar pro tdw an. Das zeigt, bereits bei einer geringen echten Beteiligung



Unter solchen Bedingungen müssen Seeleute auf vielen Billig-Flaggen-Schiffen arbeiten.

der Länder mit Offener Registrierung an dem unter ihrer Flagge operierenden Schiffen werden Verluste, die dadurch entstehen, daß ihre Flotten sich verkleinern, ausgeglichen."

Einen weiteren wichtigen Schritt zur Beteiligung am Welthandel haben die Länder der 3. Welt 1974 durchgesetzt. Am 6. April 1974 verabschiedete die Bevollmächtigtenkonferenz der Vereinten Nationen in Genf einen sogenannten „Verhaltenskodex für Linienkonferenzen". Dieser Kodex besagt, daß die nationalen Linienreedereien von zwei Ländern, deren gegenseitiger Außenhandel von der Konferenz (Reedereien) befördert wird, haben gleiches Recht auf Fracht und Ladungsmenge soweit von der Konferenz befördert; Linienreedereien aus dritten Ländern haben das Recht, einen erheblichen Teil, zum Beispiel 20%, an der Fracht und der Ladungsmenge zu erwerben. Das heißt, je 40% Ladung für die Flotten der Länder, die Waren miteinander austauschen und 20% für die Flotten anderer Länder. Bis jetzt ist dieser Kodex weltweit noch nicht in Kraft getreten, da mindestens 24 Staaten, die gleichzeitig mindestens 25% der weltweiten Linienfahrttonnage repräsentieren, beitreten müssen. 48 Staaten mit einem Anteil von 19% der geforderten Tonnage sind bis jetzt beigetreten. Der größte Teil der westlichen Industrienationen einschließlich der EG sind noch nicht beigetreten. Aber auch in dieser Frage haben die Länder der 3. Welt die Front der imperialistischen und kapitalistischen Länder aufgebrochen. Mit dem Beitritt der EG ist in diesem Jahr zu rechnen.

„Im nationalen Bereich geht es daher darum, für die deutsche Flotte Bedingungen zu schaffen, die es ihr erlauben, den Schiffsbetrieb soweit wie möglich auch künftig unter deutscher Flagge betreiben zu können. Dafür ist eine entscheidende Verminderung der Schiffsbetriebskostenbelastung unter deutscher Flagge erforderlich ... Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Handelsflotte ist das Gebot der Stunde", schreibt der Verband Deutscher Reeder. Von 50000 westdeutschen Seeleuten sind zumeist durch Ausflaggen 25000 wegrationalisiert worden. Ersetzt wurden sie durch Seeleute der Länder der 3. Welt. Gesetzliche und tarifvertragliche Arbeitsschutz- und Sozialbestimmungen gelten für diese Seeleute nicht, wenn, dann nur unzureichend und lückenhaft. Das Streikrecht wird in den Arbeitsverträgen oft ausgeschlossen. In ihrer Denkschrift „Zum Problem der Billig-Flaggen-Schiffe" schildert die ÖTV die Lage der ausländischen Seeleute so: „Im Extremfall geht der rechtlose Zustand an Bord so weit, daß Arbeitnehmer für eine Monatsheuer von 50 Dollar angeheuert werden. Das krasseste uns bekannt gewordene Beispiel: Afrikanische Arbeitnehmer aus der Sahelzone (eines der größten Hungergebiete der Welt) mußten nur für Unterkunft und Verpflegung an Bord eines Billig-Schiffes arbeiten. Ein weiterer Fall: Die Seeleute von der Gilbert and Ellice Island müssen erst 12 bis 18 Monate auf Frachtschiffen, Tankern und Bulkern gearbeitet haben, bevor sie Urlaub erhalten ... Deutsche Tankerfahrer werden nach drei bis vier Monaten abgelöst." Auch auf Schiffen, die unter westdeutscher Flagge fahren, soll diese Sorte Betriebskostenentlastung durchgesetzt werden. Der Seebetriebsrat von Hapag-Lloyd dazu: „Wir haben deswegen als Seebetriebsrat zu der Einstellung von 13 pakistanischen Seeleuten unsere Zustimmung verweigert, solange sie nicht zu den Bedingungen des Heuer- und Manteltarifvertrages für die deutsche Seeschiffahrt beschäftigt werden. Hapag-Lloyd will in unserem Betrieb unterschiedliche Lohn-, Urlaubs- und Arbeitsbedingungen." Diese „Kollegen (sollen) pro Überstunde 1,90 DM und 3 Tage Urlaub pro Monat erhalten. Wenn Hapag-Lloyd damit durchkommt, können sich die Arbeiter auf allen Schiffen dieser Reederei ausrechnen, wie lange sie noch fahren, wenn sie 12,60 DM für die Überstunde und 13½ Tage Urlaub pro Monat erhalten." Der Betriebsrat fordert das Verbot der Ausflaggung und die Zurückflaggung von ausgeflaggten Hapag-Lloyd-Schiffen.

Die Praktiken des Ausflaggens bedeuten, schreibt die ÖTV in ihrer Denkschrift: „... der Lebensstandard der Seeleute und der Sicherheitsstandard der Schiffe werden weiter abgebaut. Die Reeder verschaffen sich damit Wettbewerbsvorteile und setzen gleichzeitig Wettbewerbsbedingungen für andere Schiffe. Wie in anderen Bereichen des Wirtschaftslebens müssen deshalb auch für die Seeschiffahrt gesetzliche Regelungen geschaffen werden, die ein Entarten dieser ökonomischen Logik verhindern. Solche Regelungen zu schaffen und ihre Einhaltung zu kontrollieren ist nur dort möglich, wo eine echte Verbindung zwischen Flaggenstaat und Schiff besteht."

Singapur, Inselstaat vor der Südspitze der malaiischen Halbinsel, gehört zu den bevorzugten Zielgebieten westdeutschen Kapitalexports. Anfang der 70er Jahre noch in der Mitte der Skala, stehen die Vermögensan-
Arbeiterinnen in Singapur: Beispiel Rollei
Fluktationsrate 30% / Schwierigkeiten der gewerkschaftlichen Organisierung
drig sind die Löhne; sie sind ausrei-
der engen Verbindung der seit 1959 re-
gen Frauen stammte aus Malaysia
Der Sekretär der Rollei-Betriebsgruppe beklagt das geringe Interesse der Frauen an Gewerkschaftsarbeit. Wer seinen Bericht in der Wochenzeitung des Gewerkschaftsbundes NTUC und die anderen Artikel darin liest,
Vor zehn Jahren waren es noch 20%. Die westdeutsche Handelsflotte ist zu 34% ausgeflaggt. Nach einer Studie der UNCTAD (Konferenz für Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen, gegründet auf Druck der Länder der 3. Welt 1964) sitzen die Nutznießer der Billig-Flaggen zu 98% in den westlichen Industrienationen.
gibt es Widersprüche um die Schließung der Offenen Register. Die Billig-Flaggen-Länder wie Panama, Liberia usw. widersetzen sich einer Schließung ihrer Register. Die UNCTAD versucht, diese Länder zu gewinnen. In einer Untersuchung macht sie deutlich, daß die Einnahmen durch die Registrierung von Schiffen der Industrienationen in keinem Verhältnis stehen zu den Profi-
	Ladungsaufkommen in Prozent	Handelsflotte in Prozent
westliche Industriestaaten und Billig-Flaggen-Schiffe	54,9	85,6
Entwicklungsländer	38,9	7,9
Comecon-Länder	6,2	6,2
	100,0	99,7
Anhand der Tabelle wird deutlich, daß die westlichen Industrieländer den Welthandel beherrschen und unter sich aufgeteilt haben, die Länder der 3. Welt aber, obwohl sie ein hohes Ladungsaufkommen haben, weitgehend
ten, die diese Reeder machen, und daß die Offenen Register keinen Weg darstellen, Fortschritte zu machen im Aufbau der nationalen Wirtschaft der Entwicklungsländer: „Die Einnahmen, die
arbeiten.
der Länder mit Offener Registrierung an dem unter ihrer Flagge operierenden Schiffen werden Verluste, die dadurch entstehen, daß ihre Flotten sich verkleinern, ausgeglichen."
Einen weiteren wichtigen Schritt zur Beteiligung am Welthandel haben die Länder der 3. Welt 1974 durchgesetzt. Am 6. April 1974 verabschiedete die Bevollmächtigtenkonferenz der Vereinten Nationen in Genf einen sogenannten „Verhaltenskodex für Linienkonferenzen". Dieser Kodex besagt, daß die nationalen Linienreedereien von zwei Ländern, deren gegenseitiger Außenhandel von der Konferenz (Reedereien) befördert wird, haben gleiches Recht auf Fracht und Ladungsmenge soweit von der Konferenz befördert; Linienreedereien aus dritten Ländern haben das Recht, einen erheblichen Teil, zum Beispiel 20%, an der Fracht und der Ladungsmenge zu erwerben. Das heißt, je 40% Ladung für die Flotten der Länder, die Waren miteinander
nicht beigetreten. Aber auch in dieser Frage haben die Länder der 3. Welt die Front der imperialistischen und kapitalistischen Länder aufgebrochen. Mit dem Beitritt der EG ist in diesem Jahr zu rechnen.
„Im nationalen Bereich geht es daher darum, für die deutsche Flotte Bedingungen zu schaffen, die es ihr erlauben, den Schiffsbetrieb soweit wie möglich auch künftig unter deutscher Flagge betreiben zu können. Dafür ist eine entscheidende Verminderung der Schiffsbetriebskostenbelastung unter deutscher Flagge erforderlich ... Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Handelsflotte ist das Gebot der Stunde", schreibt der Verband Deutscher Reeder. Von 50000 westdeutschen Seeleuten sind zumeist durch Ausflaggen 25000 wegrationalisiert worden. Ersetzt wurden sie durch Seeleute der Länder der 3. Welt. Gesetzliche und tarifvertragliche Arbeitsschutz- und Sozialbestimmungen gel-
allen Schiffen dieser Reederei ausrechnen, wie lange sie noch fahren, wenn sie 12,60 DM für die Überstunde und 13½ Tage Urlaub pro Monat erhalten." Der Betriebsrat fordert das Verbot der Ausflaggung und die Zurückflaggung von ausgeflaggten Hapag-Lloyd-Schiffen.
Die Praktiken des Ausflaggens bedeuten, schreibt die ÖTV in ihrer Denkschrift: „... der Lebensstandard der Seeleute und der Sicherheitsstandard der Schiffe werden weiter abgebaut. Die Reeder verschaffen sich damit Wettbewerbsvorteile und setzen gleichzeitig Wettbewerbsbedingungen für andere Schiffe. Wie in anderen Bereichen des Wirtschaftslebens müssen deshalb auch für die Seeschiffahrt gesetzliche Regelungen geschaffen werden, die ein Entarten dieser ökonomischen Logik verhindern. Solche Regelungen zu schaffen und ihre Einhaltung zu kontrollieren ist nur dort möglich, wo eine echte Verbindung zwischen Flaggenstaat und Schiff besteht."

Singapur, Inselstaat vor der Südspitze der malaiischen Halbinsel, gehört zu den bevorzugten Zielgebieten westdeutschen Kapitalexports. Anfang der 70er Jahre noch in der Mitte der Skala, stehen die Vermögensansprüche gegenüber dem Land heute in Asien hinter Israel, Iran und Japan an vierter Stelle. Von sich reden gemacht hat Singapur seit 1979 durch staatliche Lohnrichtlinien.

Arbeiterinnen in Singapur: Beispiel Rollei

Fluktationsrate 30% / Schwierigkeiten der gewerkschaftlichen Organisierung

mat.Sydney. Rollei Singapur: eröffnet im Juli 1970, Beteiligung der staatlichen Entwicklungsbank DBS nach Angaben von 1978 25% (in Westdeutschland ist DBS zu 5% an Rollei Braunschweig beteiligt). Die Belegschaftsstärke schwankend zwischen 5300 und 4800, 4/5 der Belegschaft sind Frauen. Gegenwärtig arbeiten etwa 3000 in der Teileherstellung – Linsen, Verschlüsse, Projektoren, Blitzgeräte. Etwa 1800 arbeiten in der Montage; sie müssen den Abschluß der Volksschul-Grundstufe in Englisch, Malayisch, Chinesisch oder Tamil vorweisen können. Die Betriebsgruppe der Gewerkschaft gehört zu SILO, einer der beiden großen Gewerkschaften Singapurs, und ist die drittgrößte SILO-Gewerkschaftsgruppe, nach den Gruppen in der Elektroindustrie und im Busverkehr. Mit 2000 Mitgliedern hat sie 53% der 3800 zum Beitritt Berechtigten organisiert. Weitere 1200 Arbeiterinnen können nach Ablauf der Probezeit Mitglied werden.

32% der Arbeiterinnen in der Probezeit – das ist für Industriebetriebe in Südostasien keineswegs untypisch. Das Reservoir für die Lohnarbeit ist hier wie in der 3. Welt überhaupt die ländliche Arbeitskraft. Junge Frauen sind die ersten, die auf dem Feld entbehrt und in die Stadt geschickt werden können, um der Familie mit etwas Bareinkommen zu helfen. Entsprechend niedrig sind die Löhne; sie sind ausreichend, eine Bauernfamilie zu *unterstützen*, eine Familie zu *ernähren*, ist mit ihnen unmöglich. Kein Wunder, daß die Frauen der Fabrikarbeit oft den Rücken kehren, sobald es die Lage der Familie wieder zuläßt.

Im Gegensatz zu den übrigen Ländern der Region, wo Lohnarbeit als Ergänzung bäuerlichen Einkommens die Grundlage industrieller Produktion ist, bilden die jungen Frauen aus den Dörfern Malaysias in Singapur nur eine Abteilung eines ausgebildeten Proletariats. 1974 gab es in Singapur über 850000 Lohnabhängige, bei einer Einwohnerzahl von 2,2 Millionen. Entstanden ist die Arbeiterklasse in den Dienstleistungs- und Reparaturbetrieben für Handel und Schiffahrt, die die britische Kolonialverwaltung in Singapur errichtete. Als Singapur 1959 die Selbstverwaltung und 1965 die Unabhängigkeit erreichte, wurde ihre Bedeutung als gesellschaftliche Klasse in der engen Verbindung der seit 1959 regierenden Volksaktionspartei PAP mit den Gewerkschaften sichtbar. Premierminister Lee Kuan Yew war selbst Gewerkschaftsfunktionär, bevor er die Regierungsführung übernahm. Die PAP verfolgte eine Politik der Zusammenarbeit mit imperialistischem Kapital. Große Kapitalmassen strömten in die Republik. Heute sind die Löhne in Singapur nach den Löhnen Japans die höchsten in Südostasien. Das liegt nicht an der Gutwilligkeit des imperialistischen Kapitals sondern an den Gesetzen von Angebot und Nachfrage: Die Zufuhr von Lohnarbeit konnte mit dem Kapitaleinstrom nicht mithalten. Zwischen 1970 und 1974 stieg der Reallohn um etwa 50%. Ein wahrer Strom von Arbeitskräften aus den ländlichen Gebieten Malaysias setzte ein. Der Anteil der Frauen an den Lohnabhängigen nahm von 1970 (dem Gründungsjahr von Rollei Singapur) bis 1974 von 23 auf 32% zu. 40% aller lohnabhängigen Frauen stammte aus Malaysia (zum Vergleich die Zusammensetzung bei Rollei heute: 49% Malayen, 46% Chinesen, 4% Inder, 1% Europäer). Über die Hälfte der zugewanderten Frauen war zwischen 16 und 23 Jahre alt. Spätestens mit 25 Jahren werden die meisten wieder entlassen, weil sie als Arbeitskraft dann zu teuer geworden sind. Ihnen bleibt nur die Rückkehr ins Heimatdorf. Die hohen Fluktuationsraten enthalten auch bei Rollei sicherlich nicht nur „freiwilliges" Ausscheiden.



Arbeiterinnen bei Rollei Singapur: vom Feld in die Fabrik.

Die Rollei-Betriebsgruppe wird von einem Komitee geführt. Es hat 22 Mitglieder, die Hälfte sind Frauen. Die Bedingungen für gewerkschaftliche Arbeit sind schwierig, wie überall in Singapur. Lohnverhandlungen dürfen nur in von der Regierung vorgegebenem engem Rahmen erfolgen. Insgesamt mag die Notwendigkeit scharfer Lohnkämpfe in Singapur geringer sein als in den Nachbarländern; denn in den siebziger Jahren hat die Nachfrage nach Arbeitskraft Lohnerhöhungen erleichtert, und seit zwei Jahren hat die Regierung erneut Lohnerhöhungen über der Inflationsrate verfügt, wovon sie sich eine Umwälzung des Arbeiterkörpers erhofft: Die unqualifizierten malayischen Arbeiter sollen zur Rückkehr gezwungen werden, bevor sie in der Krise die Arbeitslosenkasse Singapurs belasten, und das imperialistische Kapital soll zu größerem Einsatz einheimischer qualifizierter Arbeitskraft ermuntert werden. Für die Belegschaften von Frauenbetrieben wie Rollei verschärft diese Politik die Tendenz zur Fluktuation. Ohnehin gibt es bei den Frauenlöhnen noch viel aufzuholen: Obwohl mehr als ⅓ der Lohnabhängigen Singapurs Frauen sind, beträgt ihr Anteil an der Lohnsumme nur 15%.

Der Sekretär der Rollei-Betriebsgruppe beklagt das geringe Interesse der Frauen an Gewerkschaftsarbeit. Wer seinen Bericht in der Wochenzeitung des Gewerkschaftsbundes NTUC und die anderen Artikel darin liest, kann die Ursache dafür unschwer ausmachen: die enge Verfilzung der Gewerkschaftsleitungen mit der PAP. Ihren Kurs der Zusammenarbeit mit imperialistischen Kapital stützt die PAP mit Einschränkung der gewerkschaftlichen Rechte. Schon vor Erreichung der Unabhängigkeit hat die PAP-Regierung durch Verhaftungen von Funktionären und Verbot gewerkschaftlicher Zeitungen die Gewerkschaften der sozialistischen Barisan-Opposition zerschlagen und 1963 schließlich verboten. Das Verbot von Streiks und die Unterdrückung der Opposition gingen so weit, daß sich sogar die Sozialistische Internationale gezwungen sah, die PAP auszuschließen. Heute wird der NTUC, der über ¾ aller Gewerkschaftsmitglieder umfaßt, durch Einsetzung mehrerer Funktionäre und finanzielle Zuwendungen von der Regierung kontrolliert.

Mittlerweile mehren sich die Anzeichen dafür, daß eine neue Generation junger Funktionäre in den Betrieben die Tätigkeit des NTUC als Propagandamaschine der Regierung in Frage stellt. Auf einem NTUC-Seminar im November 1979 warnte Lee die Gewerkschaften, es wäre an der Zeit zu klären, „wer die jüngere Generation von Gewerkschaftsführern dazu erzieht, ihre Stärke und ihre Grenzen zu erkennen. Daß nämlich, wo die Gewerkschaftsführung die politische Führung herausfordert, die politischen Führer obsiegen müssen, indem sie mittels der gesetzgebenden und ausführenden Gewalt die Regeln verändern." Die NTUC-Führung sieht das ebenso, die Mitglieder sehen das zunehmend anders. Damit ist die Grundlage gegeben für Fortschritte in der Gewerkschaftsbewegung.



acm. Mit verschiedensten Aktionen von Beschäftigten konnte die HBV in den letzten Wochen mehrere Tarifabschlüsse, die in ihrem Volumen teilweise weit über dem Metallabschluß liegen, sichern. So wurden für die 205000 Versicherungsangestellten 4,9%, sowie durch überproportionale Gehaltsverbesserungen teilweise bis zu 9,5% erreicht. Im Großhandel wurden bislang Abschlüsse für 90000 hessische Beschäftigte (ab 1.2. zwischen 60 und 120 DM, durchschnittlich 5,6%, aber 13 Monate Laufzeit), für die baden-württembergischen 4,9% mindestens 75 DM und weitere Gehaltsverbesserungen, sowie für den Großhandel in NRW mit 4,9% und ebenfalls zusätzlichen Anhebungen für untere Lohngruppen. Zu einem ersten Abschluß kam es jetzt auch im Einzelhandel, für die 360000 Beschäftigten in NRW mit 4,9% und Anhebungen für die unteren Gruppen bis zu 6,9%. Der Mindesturlaub liegt jetzt fast überall bei 29 Tagen. – Im Bankgewerbe steht der Tarifvertrag zwischen HBV und den Banken immer noch offen.

Dänische Assistenzärzte im Kampf um die 40-Stunden-Woche

bag.Aarhus. Mit 98% Nein-Stimmen haben die Assistenz-Ärzte an den dänischen Krankenhäusern einen neuen Tarifvertrag abgelehnt. Die rund 5000 Assistenzärzte gehören dem Dachverband der Akademiker-Gewerkschaft (AC) an, der die neuen Verträge insgesamt mit knapper Mehrheit angenommen hat. Das bedeutet, daß die Ärzte auch ihren Vertrag annehmen mußten, wenn es nicht zu einem Bruch mit AC kommen sollte. Die Assistenzärzte haben es auf diesen Bruch ankommen lassen und landesweite Streiks ab dem 18.5. angekündigt. Um dabei nicht auf der Grundlage ihres Gelöbnisses zum Dienst gezwungen werden zu können, haben über 4000 diese schriftlich abgefaßten Gelöbnisse bei ihrem Dienstherrn deponiert.

Kernpunkte des Konflikts sind die Arbeitszeit und das Lohnsystem der Assistenzärzte. Üblich ist eine Kombination von Tagesdienst und Bereitschaftsdiensten von 24 Stunden an jedem vierten oder fünften Tag. Das bedeutet eine wöchentliche Arbeitszeit von 50 – 60 Stunden. Nur während der Tagesdienste können die Assistenzärzte ihre eigentliche Funktion wahrnehmen, nämlich Ausbildung unter Anleitung eines Oberarztes. Die Tagesdienste werden nach den im Akademikerbereich üblichen Tarifen bezahlt; der Grundlohn ist dort zur Zeit 108000 Kr. brutto pro Jahr, was ungefähr 1700 DM netto monatlich macht. Dazu kommt dann die Bezahlung der Bereitschaftsdienste. Damit verhält es sich nach Aussage eines Arztes so:

,,Der Kern unseres Lohnsystems ist, daß wir für jede Minute effektiver Arbeit während der Dienste bezahlt werden. Der feste Lohn für einen Dienst macht ein Fünftel des Stundenlohns aus, und darüber hinaus bekommen wir Lohn für die effektive Arbeitszeit. Wenn wir morgens um drei angerufen werden und einer Krankenschwester Ratschläge für die Behandlung eines Patienten geben, ja, dann bekommen wir Lohn für die Dauer dieses Telefongesprächs. Damit würde sich eine Telefonistin sicher nicht abfinden.'' Erst bei sechs bis acht Stunden effektiver Arbeitszeit während eines Bereitschaftsdienstes kommt man auf eine Bezahlung von ca. 500 Kr.

Die Hauptforderung der Assistenzärzte bei den diesjährigen Tarifverhandlungen war die 40-Stunden-Woche, wobei mindestens 20 Stunden davon in der Zeit von Montag bis Freitag zwischen 8 und 16 Uhr liegen sollten. Der Tarifvertrag sah dagegen die volle Beibehaltung der Bereitschaftsdienste vor und die Einführung einer festen Nachtschicht neben den Tagesdiensten. Die Tagesdienste sollten zwischen 6 und 19 Uhr an allen Tagen der Woche liegen.

Eine weitere wichtige Forderung der Ärzte war die Umwandlung aller Überstunden in neue Planstellen. Nach Berechnungen der Gewerkschaft würden das mindestens 500 Stellen werden. Zur Zeit ist es so, daß nur wenige Assistenzärzte zu Oberärzten aufrücken und dadurch kaum Stellen für neu ausgebildete frei werden. Viele junge dänische Ärzte arbeiten in Schweden, meist aber nur als Urlaubsvertretungen oder in sonstigen zeitlich befristeten Verträgen. Auch die Stellungen als Assistenzarzt in Dänemark sind übrigens befristet: auf maximal 3 Jahre, damit ,,eine allseitige Ausbildung gewährleistet werden kann''.

Dieser Punkt der Forderungen der Assistenzärzte, Sicherung des Ausbildungsverlaufs und der Anstellungsverhältnisse, wurde ebenfalls nicht erfüllt. Im Gegenteil: der neue Tarifvertrag sah statt der bisher üblichen Zugehörigkeit zu einer bestimmten Abteilung/Station die Möglichkeit zum Einsatz im gesamten Krankenhaus vor. Ein solches ,,Tagelöhnersystem'', so die Ärzte, bei dem man im Extremfall für jeweils einige Stunden an ganz verschiedenen Punkten eingesetzt werden kann, ist erstens keine Ausbildung und zweitens unverantwortlich gegenüber den Patienten.

Die noch funktionierenden Medien (Zeitungen gibt es wegen der Aussperrung der Drucker und Setzer immer noch nicht) schreien Zeter und Mordio über den angekündigten Streik. Die Justiz droht mit massiven Strafverfahren. Da ist eine breite Unterstützung durch die übrige Gewerkschaftsbewegung nötig.

Warnstreik: Krupp Aufsichtsrat vertagt Entscheidung

Uneinigkeit im Widerstand

ust. Bochum. Nach dem Willen des Vorstandes der Krupp Stahl AG hätte der Aufsichtsrat am letzten Mittwoch den Abbau von insgesamt 5000 Arbeitsplätzen in den Krupp-Werken Bochum, Duisburg, Hagen und Siegen beschließen sollen. Nachdem diese Pläne den Betriebsräten am 23. April nach einer ,,Indiskretion'' mitgeteilt werden mußten, hatten die am meisten betroffenen Belegschaften in Hagen und Bochum mit Kundgebungen, Demonstrationen und Warnstreiks reagiert. Während der Aufsichtsratsitzung versammelten sich knapp 8000 vor dem Verwaltungsgebäude in Bochum (eine Delegation aus Hagen war zur Unterstützung angerückt), die Entscheidung wurde vertagt. Am nächsten Tag wurde in der Presse mitgeteilt: ,,Der Aufsichtsrat wird seine Beratungen über das Strukturkonzept fortsetzen, um in Kürze hierüber zu entscheiden.''

Bei dem Konzept geht es zusammengefaßt um folgendes: Der Bau- und Profilstahlbereich, auf dem die Konkurrenz hart ist, wird zugunsten von Edelstahl und Blechen abgebaut. Gleichzeitig werden Produktionsbereiche an weniger Standorten konzentriert. Teilweise sollen moderne Anlagen wie in Hagen gänzlich geschlossen werden. 15% aller Angestellten sollen ,,abgebaut'' werden. Erstmals wurden in Bochum auch 6 Lehrlinge gekündigt, und die anderen werden nur für sechs Monate übernommen. Entlassungen werden diesmal nicht ganz zu vermeiden sein, ließ der Vorstand verlauten, ,,um die verbleibenden 35000 Arbeitsplätze zu sichern.'' Für die nächsten Jahre ist ein Investitions- und Rationalisierungsprogramm von 500 Millionen DM geplant.

Um die hohen Wellen, die die Sache schlägt, zu verstehen: Bei Hoesch in Dortmund drohen Tausende von Entlassungen, dann die 5000 Arbeitsplätze bei Krupp, Mannesmann plant in ähnlicher Größenordnung, Thyssen hat jetzt für seine Werke in Gelsenkirchen 1500 bis 2400 Entlassungen angekündigt. Damit drohen in einigen Bereichen Arbeitslosenquoten von 10% (Gelsenkirchen heute 8,1%). Trotz dieser Lage ist der Widerstand gegen die Konzerne nicht auf einheitlicher Linie zusammengeschlossen. Die *SPD-Landtagsfraktion* will im Trüben fischen, sie hat die Bundesregierung einstimmig aufgefordert, die Europäische Kommission zu verklagen, wenn diese nicht unverzüglich die Wettbewerbsverzerrungen auf dem Stahlmarkt unterbinde. Auch Krupp begründet seine Pläne mit Subventionen in England und Italien. Selbst Teile der Betriebsräte und Kollegen vertreten dies, was den Kampf gegen die Entlassungen enorm erschwert.

Die westdeutschen Stahlkonzerne haben seit Jahren ihre Produktionsanlagen modernisiert und dabei auch die Kapazitäten ausgebaut. Spätestens nach dem Stahlboom 1974 sind dabei die Produktionskapazitäten in Europa nicht mehr ausgelastet. D.h., es ist zuviel Kapital in der Stahlbranche festgelegt, das auf die Profitrate drückt, ein Teil muß vernichtet werden, was verbunden wird mit massiven Arbeitsplatzabbau in allen EG-Ländern (seit 1975 ist die Zahl der Stahlarbeitsplätze in der EG um 21% auf 600000 zurückgegangen). Die westdeutschen Konzerne wollten dann ihre teilweise moderneren Anlagen nutzen, um in die Märkte der Konkurrenten einzubrechen und ihre Anlagen auszufahren, die Kapitalvernichtung sollte auf Kosten der Gegner gehen. Jetzt schnauben sie wütend, weil es nicht so läuft. Die anderen EG-Länder erhalten ihre Stahlindustrien bei Subventionierung und Modernisierung. Eine Rolle spielt dabei sowohl das Interesse der Kapitalistenklasse an eigener Stahlindustrie als auch der Kampf der Arbeiterklasse gegen Entlassungen. In Westdeutschland läuft es übrigens ähnlich: Hilfe in Hundertmillionenhöhe ist beschlossen für Röchling-Burbach und in Debatte bei Hoesch.

Anders als die Landtagsfraktion hat schon der *SPD-Unterbezirksparteitag Bochum* beschlossen: Gründung einer Ruhr-Stahl-AG, Gewährung von Subventionen nur gegen Abgabe von Anteilen – langfristig also Verstaatlichung. Zumindest könnte ein solcher Schritt eine Verbesserung der Kampfbedingungen der Arbeiter darstellen. Auch in den Gewerkschaften gibt es unterschiedliche Haltungen: Die *Betriebsräte in Hagen* fordern Verstaatlichung, wenn Krupp bei seinen Plänen bleibt; in *Bochum* soll jeder Verlust eines Arbeitsplatzes bekämpft werden; der *Duisburger Betriebsrat* scheint nicht viel gegen die Krupp-Pläne unternehmen zu wollen.

Ich denke, es kommt darauf an, gegen die Entlassungs- und Stillegungspläne des Vorstands zu kämpfen, dabei verschiedene allgemeine Forderungen zu verankern wie 35-Stundenwoche, Einschränkung der Schichtarbeit, Herabsetzung des Rentenalters, Erhöhung des Arbeitslosengeldes usw. Als auch die Ursachen im Kapitalismus selber nachzuweisen.

Nach unbestätigter Meldung soll der Vertreter des Iran im Aufsichtsrat (auf seiten der Anteilseigner mit 25%) gegen die Rationalisierungspläne sein, was einen Beschluß verhindern würde, wenn nicht plötzlich (?) auch ein Vertreter der Gewerkschaftsseite das Lager gewechselt hätte.

band der Akademiker-Gewerkschaft (AC) an, der die neuen Verträge insgesamt mit knapper Mehrheit angenommen hat. Das bedeutet, daß die Ärzte auch ihren Vertrag annehmen mußten, wenn es nicht zu einem Bruch mit AC kommen sollte. Die Assistenzärzte haben es auf diesen Bruch ankommen lassen und landesweite Streiks ab dem 18.5. angekündigt. Um dabei nicht auf der Grundlage ihres Gelöbnisses zum Dienst gezwungen werden zu können, haben über 4000 diese schriftlich abgefaßten Gelöbnisse bei ihrem Dienstherrn deponiert.

Kernpunkte des Konflikts sind die Arbeitszeit und das Lohnsystem der Assistenzärzte. Üblich ist eine Kombination von Tagesdienst und Bereitschaftsdiensten von 24 Stunden an jedem vierten oder fünften Tag. Das bedeutet eine wöchentliche Arbeitszeit von 50 – 60 Stunden. Nur während der Tagesdienste können die Assistenzärzte ihre eigentliche Funktion wahrnehmen, nämlich Ausbildung unter Anleitung eines Oberarztes. Die Tagesdienste werden nach den im Akademikerbereich üblichen Tarifen bezahlt; der Grundlohn ist dort zur Zeit 108000 Kr. brutto pro Jahr, was ungefähr 1700 DM netto monatlich macht. Dazu

beit während der Dienste bezahlt werden. Der feste Lohn für einen Dienst macht ein Fünftel des Stundenlohns aus, und darüber hinaus bekommen wir Lohn für die effektive Arbeitszeit. Wenn wir morgens um drei angerufen werden und einer Krankenschwester Ratschläge für die Behandlung eines Patienten geben, ja, dann bekommen wir Lohn für die Dauer dieses Telefongesprächs. Damit würde sich eine Telefonistin sicher nicht abfinden.'' Erst bei sechs bis acht Stunden effektiver Arbeitszeit während eines Bereitschaftsdienstes kommt man auf eine Bezahlung von ca. 500 Kr.

Die Hauptforderung der Assistenzärzte bei den diesjährigen Tarifverhandlungen war die 40-Stunden-Woche, wobei mindestens 20 Stunden davon in der Zeit von Montag bis Freitag zwischen 8 und 16 Uhr liegen sollten. Der Tarifvertrag sah dagegen die volle Beibehaltung der Bereitschaftsdienste vor und die Einführung einer festen Nachtschicht neben den Tagesdiensten. Die Tagesdienste sollten zwischen 6 und 19 Uhr an allen Tagen der Woche liegen.

Eine weitere wichtige Forderung der Ärzte war die Umwandlung aller Überstunden in neue Planstellen. Nach Berechnungen der Gewerkschaft würden

sche Ärzte arbeiten in Schweden, meist aber nur als Urlaubsvertretungen oder in sonstigen zeitlich befristeten Verträgen. Auch die Stellungen als Assistenzarzt in Dänemark sind übrigens befristet: auf maximal 3 Jahre, damit ,,eine allseitige Ausbildung gewährleistet werden kann''.

Dieser Punkt der Forderungen der Assistenzärzte, Sicherung des Ausbildungsverlaufs und der Anstellungsverhältnisse, wurde ebenfalls nicht erfüllt. Im Gegenteil: der neue Tarifvertrag sah statt der bisher üblichen Zugehörigkeit zu einer bestimmten Abteilung/Station die Möglichkeit zum Einsatz im gesamten Krankenhaus vor. Ein solches ,,Tagelöhnersystem'', so die Ärzte, bei dem man im Extremfall für jeweils einige Stunden an ganz verschiedenen Punkten eingesetzt werden kann, ist erstens keine Ausbildung und zweitens unverantwortlich gegenüber den Patienten.

Die noch funktionierenden Medien (Zeitungen gibt es wegen der Aussperrung der Drucker und Setzer immer noch nicht) schreien Zeter und Mordio über den angekündigten Streik. Die Justiz droht mit massiven Strafverfahren. Da ist eine breite Unterstützung durch die übrige Gewerkschaftsbewegung nötig.

sungen werden diesmal nicht ganz zu vermeiden sein, ließ der Vorstand verlauten, ,,um die verbleibenden 35000 Arbeitsplätze zu sichern.'' Für die nächsten Jahre ist ein Investitions- und Rationalisierungsprogramm von 500 Millionen DM geplant.

Um die hohen Wellen, die die Sache schlägt, zu verstehen: Bei Hoesch in Dortmund drohen Tausende von Entlassungen, dann die 5000 Arbeitsplätze bei Krupp, Mannesmann plant in ähnlicher Größenordnung, Thyssen hat jetzt für seine Werke in Gelsenkirchen 1500 bis 2400 Entlassungen angekündigt. Damit drohen in einigen Bereichen Arbeitslosenquoten von 10% (Gelsenkirchen heute 8,1%). Trotz dieser Lage ist der Widerstand gegen die Konzerne nicht auf einheitlicher Linie zusammengeschlossen. Die *SPD-Landtagsfraktion* will im Trüben fischen, sie hat die Bundesregierung einstimmig aufgefordert, die Europäische Kommission zu verklagen, wenn diese nicht unverzüglich die Wettbewerbsverzerrungen auf dem Stahlmarkt unterbinde. Auch Krupp begründet seine Pläne mit Subventionen in England und Italien. Selbst Teile der Betriebsräte und Kollegen vertreten dies, was den Kampf gegen die Entlassungen enorm erschwert.

ventionen nur gegen Abgabe von Anteilen – langfristig also Verstaatlichung. Zumindest könnte ein solcher Schritt eine Verbesserung der Kampfbedingungen der Arbeiter darstellen. Auch in den Gewerkschaften gibt es unterschiedliche Haltungen: Die *Betriebsräte in Hagen* fordern Verstaatlichung, wenn Krupp bei seinen Plänen bleibt; in *Bochum* soll jeder Verlust eines Arbeitsplatzes bekämpft werden; der *Duisburger Betriebsrat* scheint nicht viel gegen die Krupp-Pläne unternehmen zu wollen.

Ich denke, es kommt darauf an, gegen die Entlassungs- und Stillegungspläne des Vorstands zu kämpfen, dabei verschiedene allgemeine Forderungen zu verankern wie 35-Stundenwoche, Einschränkung der Schichtarbeit, Herabsetzung des Rentenalters, Erhöhung des Arbeitslosengeldes usw. Als auch die Ursachen im Kapitalismus selber nachzuweisen.

Nach unbestätigter Meldung soll der Vertreter des Iran im Aufsichtsrat (auf seiten der Anteilseigner mit 25%) gegen die Rationalisierungspläne sein, was einen Beschluß verhindern würde, wenn nicht plötzlich (?) auch ein Vertreter der Gewerkschaftsseite das Lager gewechselt hätte.

Kabinett schlägt Übernahme des Abschlusses für Beamte vor

vol. Das Bundeskabinett hat am 13.5. beschlossen, dem Parlament eine Übernahme des Tarifabschlusses mit den Gewerkschaften in den öffentlichen Diensten zu empfehlen. Der Abschluß von 4,3% ab 1.5. und je 120 DM für März und April, bedeutet eine Erhöhung der Gesamtlohnsumme in den öffentlichen Diensten von 4%, dies entspricht ca. 8 Mrd. DM. Der Bund und die Länder haben dabei die niedrigste Steigerung der Lohnsumme, während die Gemeinden, Post und Bahn, aufgrund des höheren Anteils von Arbeitern, Angestellten und Beamten in den unteren Lohngruppen relativ eine höhere Steigerung der Lohnsumme (4,2 bis 4,5%) tragen müssen. Mit diesem Abschluß ist der geplante Haushaltssatz des Finanzministeriums von 10 Mrd. DM für die Lohnerhöhungen in den öffentlichen Diensten noch unterschritten. Die Kapitalistenpresse äußert sich im großen und ganzen zufrieden, insbesondere darüber, daß die Einmalzahlungen von 120 DM keine Auswirkungen auf die Tarifstruktur haben, sondern die Tarife nur um 4,3% in allen Lohn- und Gehaltsgruppen erhöht werden.

Norwegischer LO-Kongreß zu internationalen Fragen

bag. Der alle vier Jahre tagende Kongreß des norwegischen Gewerkschaftsbundes (LO) hat unter dem Tagesordnungspunkt Internationales 40000 Kr. für den Befreiungskampf in Afghanistan bewilligt. Ein Vertreter der Befreiungsbewegung hatte zuvor in einer Rede die Lage unter der sowjetischen Besatzung geschildert. Die Mehrheit in der Abstimmung war ein Erfolg vor allem deshalb, weil die revisionistischen Parteien NKP und SV relativ starken Einfluß auf die Gewerkschaften in Norwegen haben. Ihnen ist es wahrscheinlich auch zu verdanken, daß ein Antrag zur Unterstützung der polnischen Gewerkschaft Solidarität nicht behandelt, sondern an den Hauptvorstand verwiesen wurde. Ein Antrag zur Anerkennung der PLO wurde, im Beisein von Vertretern der israelischen Gewerkschaftsbewegung, in stark verwässerter Fassung angenommen.

DGB-Richtlinien für Verhalten bei Unterschriftensammlungen

acm. Der DGB-Bundesvorstand hat eine Richtlinie für das Verhalten bei ,,Sammlungen von Unterschriften im Gewerkschaftsbereich'' beschlossen. In dieser Richtlinie wird vertreten, daß es nicht angehe, daß Funktionäre und Mitglieder der Gewerkschaften auf Listen politischer Organisationen oder Initiativen mit der Angabe ihrer Mitgliedschaft oder haupt- und ehrenamtlichen Funktionen unterzeichnen. Dies vor allem dann, wenn Themenbereiche angesprochen werden, ,,zu denen die zuständigen Beschlußorgane der Gewerkschaften bereits Stellung bezogen oder in Wahrnehmung ihres satzungsgemäßen Auftrages selbst abzugeben haben''. Es wird darauf verwiesen, daß es dem demokratischen Willensbildungsprozeß widerspreche, wenn durch Mehrheitsbeschluß festgelegte gewerkschaftliche Positionen durch Unterschriftenleistung einzelner ,,unterlaufen werden''. Als ,,Staatsbürger'' sollte man Aktionen unterstützen, dabei aber vermeiden, daß diese Aktivitäten mit der gewerkschaftlichen Funktion in Verbindung gebracht werden, daß die Initiatoren sich auf die Gewerkschaftszugehörigkeit beziehen könnten und daß in der Öffentlichkeit ein ,,irreführender Anschein von gewerkschaftlicher Meinungs- und Willenskundgebung hervorgerufen werden kann''. Alles andere werde als Mißbrauch gewerkschaftlicher Ämter verstanden. – Diese Richtlinie, der satzungsgemäß keine Maßregelungsmöglichkeit zugrunde liegt, schafft doch gewisse Probleme, auch wenn sie gegen allzu ausuferndes Parteigesammle – insbesondere der DKP mit Krefelder Aufruf – gerichtet ist. Es ist kompliziert, ausgebrochene politische Debatten und auch Differenzen in der Frage von Nachrüstung, Friedenspolitik und andere Themen via Richtlinie einzugrenzen. Vor allem wenn man daran denkt, wie oft die SPD verbal unterstützt wird.



An Erfindungsgeist mangelt es den Herstellern von Nutzfahrzeugen nicht. Bei einem neuen LKW-Typ haben sie die Schlafkabine auf dem Dach des Führerhauses untergebracht. Das ,,humane Führerhaus'', ,,nur noch 1,75 m lang'', wird angepriesen. Genutzt wird eine Lücke der Arbeitsstättenverordnung, die sonst überall 8 m² Grundfläche vorsieht und wo es heißt: ,,Diese Verordnung gilt nicht ... für Straßenfahrzeuge.'' Diese Sardinenbüchse sichert größeren Laderaum.

Italienischer Arbeitsminister für Antistreikgesetz

mah. In einem Brief an die drei Gewerkschaftsverbände CGIL, CISL und UIL hat Arbeitsminister Foschi den ersten offiziellen Vorstoß der italienischen Regierung zur Vorbereitung eines Antistreikgesetzes – insbesondere für den öffentlichen Dienst – unternommen.

Als wesentliche Punkte in einer ,,eventuellen Gesetzesmaßnahme'' nennt Foschi: die Auflistung von den Bereichen, die ,,von öffentlichem Interesse'' sind; die Bestimmung von Bedingungen, unter denen dort das Streikrecht ausgeübt werden darf; die Vorankündigung von Streikmaßnahmen; die Einführung von Schlichtungs- bzw. Zwangsschlichtungsverfahren; die Einführung von Sondermaßnahmen, um während Streiks ,,die Sicherheit der Bevölkerung und der Anlagen zu garantieren''; das Verbot von Streiks in bestimmten Zeiten des Jahres; die Möglichkeit für die Regierung, von den Gewerkschaften beschlossene Bestimmungen zur ,,Selbstregulierung'' von Streiks als Gesetz zu übernehmen; eine neue Regelung über die Zwangsverpflichtung zum Dienst für die Beschäftigten in bestimmten öffentlichen Bereichen. Foschi erklärte, daß er nicht nur an einem ,,Gesetz zur Regulierung des Streiks'' denke, sondern insgesamt gesetzliche Bestimmungen zur Regelung der tarifvertraglichen Tätigkeiten von Gewerkschaften und Unternehmern für notwendig erachte. Gegen diesen massiven Angriff auf das Streikrecht und die Tarifautonomie haben sich alle drei Gewerkschaftsverbände in einer gemeinsamen Antwort an den Minister gewandt.

100 Jahre Karstadt AG

Zum Firmenjubiläum Rekordumsätze für die Kapitalisten, Überstundenschinderei und eine magere Jubiläumsprämie für die Belegschaft.

hek. Hamburg Der vierzehntägige Sonderverkauf bei Karstadt vom 2. bis 15. Mai zum 100-jährigen Firmenjubiläum hat Rekordumsätze gebracht. Am Samstag, den 2. Mai hat alleine die größte Filiale, Karstadt Mönckebergstraße in Hamburg, über 4 Mio. DM umgesetzt. 3 Mio. waren geplant, bei rund einer Mio. DM dürfte der Tagesumsatz im Durchschnitt liegen. Man kann davon ausgehen, daß die Beschränkung der Sonderangebote auf in der Regel nicht mehr als 3 bis 4 Angebote pro Abteilung einheitlich für alle 155 Filialen es der Firma ermöglicht haben, zu günstigen Preisen einzukaufen und die hohen Umsätze in Extraprofite zu verwandeln.

Für die Beschäftigten bedeutete das Jubiläum Wochen zusätzlicher Arbeit, die über die Belästigungen, die aus dem Weihnachtsgeschäft bekannt sind, hinausgehen. Der Jubiläumsverkauf war auf zwei Wochen beschränkt. Den ganzen April über stauten sich die Waren in den Lägern. Es mußte ausgepackt und ausgezeichnet werden; in den Überstunden wurden die Dekorationen fertiggestellt. Erst am 30. April nach Ladenschluß wurde die Jubiläumsware im Laden aufgestellt. Freizeitsperre, Arbeitszeiten von über 12 Stunden waren keine Seltenheit am Tag vor dem 1. Mai. Dann zwei Wochen Arbeit im überfüllten Laden. Der Personaleinkauf der Sonderangebote war während der ersten Tage nur nach Feierabend, zum Teil sogar auf den Sonntag verlegt werden. Kollegen in Hamburg mußten zum Teil abends bis 22 Uhr zwei Stunden Schlange stehen, um überhaupt eines der Sonderangebote zu bekommen.

Was hat das Jubiläum den Beschäftigten eingebracht? 24 Mio. DM hat der Karstadt Konzern an Jubiläumsprämie gezahlt. Das sind im Durchschnitt magere 300 DM (steuerfrei) pro Beschäftigten. Durch Umbenennung eines Teils der üblichen Jahresabschlußvergütung zur Jubiläumszahlung 2 kommen nochmals 200 bis 400 DM Steuerersparnis dazu. Alles in allem eine magere Jubiläumszahlung verglichen mit anderen Konzernen (z.B. Kaufhof, Brinkmann Hamburg).

Bei den Verkäufern einiger Abteilungen, in denen es Umsatz- oder Warenverkaufsprämien gibt, kommen im günstigsten Fall noch einmal ein oder zwei Hunderter mehr aufs Konto. Einige Beschäftigte lassen sich die Überstunden auszahlen. Bei den niedrigen Löhnen im Einzelhandel (für gelernte Verkäufer/innen im 1. Berufsjahr 1400 DM brutto, ab 6. Berufsjahr 1735 DM) wird das Geld dringend gebraucht. Dies ist sicher ein Grund, warum es Widerstand gegen den zusätzlichen Verschleiß der Arbeitskraft über den Kleinkrieg mit dem Abteilungsleiter hinaus wenig gegeben hat, auch wenn die Einsicht, daß sich der Jubiläumsstreß durch die Sonderzahlungen nicht bezahlt gemacht hat, weit verbreitet ist.

In einer 60seitigen Sonderausgabe des Firmenmagazins verbreitet Karstadt Geschichten über den 100jährigen Werdegang der Firma. Nicht nur der Familienklatsch der Gründerfamilien Karstadt und Althoff durchziehen die Firmengeschichte. Nicht ganz ungeschickt wird berichtet, daß auch die Angestelltenfamilie Wittkugel sich seit 4 Generationen dem Wohl der Karstadt AG verpflichtet fühlt. Gestrickt wird das Ganze nach dem Muster: ,,Strebsamkeit führt zu guten Positionen in der Firma'' und ,,Der Abteilungsleiter heiratet die kleine Verkäuferin''. Kampf der Belegschaft für bessere Arbeitsbedingungen gibt es im Karstadt Magazin natürlich nicht. Was das Karstadt Magazin allerdings nicht erklären kann ist, warum Mitglieder der fleißigen Familie Wittkugel als Abteilungsleiter bzw. Aushilfen immer noch hart bei Karstadt arbeiten müssen und es gearde zu einem kleinen Einfamilienhaus gebracht haben, während die Familien der Firmengründer heute (Mit)-Besitzer eines der größten Warenhauskonzerne in Europa sind und sich höchstens um die Aktienkurse zu sorgen haben.

Zeittafel der Geschichte der Karstadt AG

1881. Rudolf Karstadt eröffnet sein erstes Geschäft in Wismar. Neu war, daß nicht mehr über Preise verhandelt und der Rechnungsbetrag angeschrieben wurde. Dadurch hatte der Betrieb mehr flüssige Mittel. Bald werden zahlreiche Filialen im norddeutschen Raum gegründet. Zentralisierung von Einkauf und Buchhaltung.
1920. Karstadt wird Aktiengesellschaft. Fusion mit der Th. Althoff KG. 44 Filialen.
1926. Gründung der Einheitspreis AG (EPA), die nach amerikanischem Muster Billigpreisartikel einkauft. 1932 gibt es 52 EPA-Filialen.
1931/32. Das Unternehmen kommt aufgrund forcierter Expansion in der Weltwirtschaftskrise in die Krise.
1933/34. Reorganisation durch ein Bankenkonsortium. Der Sanierungsplan wird am 18.4.33 unterschrieben, nachdem 47 jüdische Geschäftsführer und leitende Angestellte entlassen worden sind. 830 jüdische Angestellte werden angeblich nicht entlassen, sondern ,,von den nationalsozialistischen Betriebszellen in den Häusern kurzerhand weggefegt''. Die Firmenchronik schreibt weiter: ,,Die Reorganisation führte zu einer finanziellen Gesundung des Unternehmens, doch wird der Geschäftsgang zunächst noch durch warenhausfeindliche Gesetzgebung beträchtlich erschwert.'' (Karstadt Magazin 2/81) Möglicherweise vorübergehende Zugeständnisse an das Kleinbürgertum. Umsatz 1932: 207 Mio. RM, 1933: 190 Mio. RM, 1937: 300 Mio. RM.
1945. ⅔ der Filialen sind im Krieg zerstört oder beschädigt worden. 22 Filialen in der sowjetischen Besatzungszone werden enteignet.
1956. Erstmals 1 Mrd. DM Umsatz, 100 Filialen, 31000 Beschäftigte, 222000 m² Verkaufsfläche.
1977. Erwerb von 51,2 % des Kapitals der Neckermann Versand AG.
1977 – 1980. Umstrukturierungsphase. Umstellung von KEPA und Neckermann Kaufhäusern zu Karstadt-Filialen. Gründung von Spezialhäusern für Möbel und Einrichtung; Sport, Freizeit, Spiel; Heimtechnik usw. Der Konkurrenz der Verbrauchermärkte wird ausgewichen auf den Bereich qualitativ höherwertiger Waren (,,Fachgeschäft im Warenhaus'').
1979. Erste Warnstreiks nach 1945 bei Karstadt (u.a. Göttingen) für höhere Löhne.
1980. 157 Warenhäuser in 112 Städten. Umsatz 12,6 Mrd. DM, 85000 Beschäftigte, 1,245 Mrd. m² Verkaufsfläche, damit größtes Einzelhandelsunternehmen außerhalb der USA.
1981. Nach dem Firmenjubiläum muß mit weiteren Rationalisierungen gerechnet werden, u.a. Einführung von Datenkassen und Filialcomputern.



Die Geschichte der Firma Karstadt wird in der Hauszeitschrift dargestellt als die des sparsamen Firmengründers und der fleißigen Angestellten, die vor allem ,,dieses Familiäre, das eben wichtiger ist als noch bessere Positionen'' an der Firma so lieben. Daß die Belegschaft z.B. für die Einführung der 40-Stundenwoche, Abschaffung der Sonntagsarbeit und mehr Lohn kämpfen mußte, wird verschwiegen. Bilder wie dieses passen nicht in so eine Firmengschichte. Das Bild zeigt Beschäftigte von Karstadt auf der gewerkschaftlichen 1. Mai-Demonstration in den 50iger Jahren.

geh. Im Jahre 1978 wurde rund 1,2 Mio. Arbeitnehmern in der Bundesrepublik gekündigt. Das sind 7,4% aller sozialversicherten Arbeitnehmer. Jedem 14. wurde also gekündigt. Rund 80% dieser Kündigungen sind ordentliche Kündigungen, 15% außerordentliche, sogenannte fristlose, und der Rest solche, wo hilfsweise zur außerordentlichen Kündigung noch eine ordentliche ausgesprochen wurde. Rund ¾ aller Kündigungen wurden Arbeitern ausgesprochen, obwohl sie nur 56% der Beschäftigten stellen. Ebenso ist die Kündigungshäufigkeit bei den Frauen mit einem Anteil an den Kündigungen von 43% gegenüber 38% an den Beschäftigten überdurchschnittlich. Besonders häufig wurde ausländi-

Der Kündigungsschutz ist völlig unzureichend

Nur 9% der Kündigungsschutzklagen sind erfolgreich / DGB fordert Auflösungsklage

nicht der Ansicht, ihnen sei zu Recht gekündigt. Rund die Hälfte hatte die Einschätzung, gegen die ,,Kündigungsgründe ließe sich wenig einwenden''.
Hinzu kommen finanzielle Gründe, da zumindest die Kosten für die 1. Instanz, auch beim Erfolg, vom Arbeitnehmer getragen werden müssen. Eine Niederlage in höheren Instanzen kommt noch teurer. Nur zu einem geringen Teil enden die Kündigungsklagen mit einem Urteil zugunsten des klagenden Arbeiters oder Angestellten.

an ihren Arbeitsplatz. Zieht man auch die Fälle hinzu, die durch gerichtlichen oder außergerichtlichen Vergleich weiterbeschäftigt wurden, so sind es auch nur 9%. Bezieht man diese Zahlen auf die Gesamtzahl der Kündigungen, so kehren von 10000 Gekündigten nur 13 bzw. 71 an ihren Arbeitsplatz zurück.
Diese Zahlen zeigen die Dringlichkeit der Änderung des Kündigungsrechts. Gegenwärtig sind lediglich sozial ungerechtfertigte Kündigungen nicht rechtswirksam. Dann, wenn der

dies als Zustimmung zur Kündigung. Widerspricht der Betriebsrat und erhebt der Gekündigte Klage auf Feststellung, daß das Arbeitsverhältnis nicht aufgelöst ist, so muß ihn der Arbeitgeber auf Verlangen weiterbeschäftigen. Von dieser Verpflichtung kann er vom Gericht wieder entbunden werden. Das ist meist der Fall. Auch wenn ein Gericht feststellt, daß das Arbeitsverhältnis nicht aufgelöst ist, kann es auf Antrag des Kapitalisten wie auch des Arbeitnehmers dessen Fortsetzung

bei betriebsbedingten Kündigungen soll der Arbeitnehmer das Recht auf eine Abfindung haben.
Gegen diese Auffassungen sind die Kapitalisten und ihre juristischen Helfershelfer in den Hochschulen, Gerichten und Vorstandsetagen Sturm gelaufen. In einem wahren Amoklauf haben sie auf dem Juristentag 1978 jegliche Vorschläge vom Tisch gewischt. Die Vorstellungen der Arbeitsgesetzbuchausschüsse wurden von der übergeordneten Kommission nicht übernommen. Bundesarbeitsgerichtspräsident Müller (mittlerweile a.D.) erklärte sich ebenfalls dagegen und vertrat, daß im alten Gesetz auch noch allerlei drin sei.
Auf die jetzt vorgelegte Studie ha-

Personaleinkauf der Sonderangebote war während der ersten Tage nur nach Feierabend, zum Teil sogar auf den Sonntag verlegt werden. Kollegen in Hamburg mußten zum Teil abends bis 22 Uhr zwei Stunden Schlange stehen, um überhaupt eines der Sonderangebote zu bekommen.
Was hat das Jubiläum den Beschäftigten eingebracht? 24 Mio. DM hat der Karstadt Konzern an Jubiläumsprämie gezahlt. Das sind im Durchschnitt magere 300 DM (steuerfrei) pro Beschäftigten. Durch Umbenennung eines Teils der üblichen Jahresabschlußvergütung zur Jubiläumszah-

stadt AG verpflichtet fühlt. Gestrickt wird das Ganze nach dem Muster: ,,Strebsamkeit führt zu guten Positionen in der Firma'' und ,,Der Abteilungsleiter heiratet die kleine Verkäuferin''. Kampf der Belegschaft für bessere Arbeitsbedingungen gibt es im Karstadt Magazin natürlich nicht. Was das Karstadt Magazin allerdings nicht erklären kann ist, warum Mitglieder der fleißigen Familie Wittkugel als Abteilungsleiter bzw. Aushilfen immer noch hart bei Karstadt arbeiten müssen und es gearde zu einem kleinen Einfamilienhaus gebracht haben, während die Familien der Firmengründer heute

den angeblich nicht entlassen, sondern ,,von den nationalsozialistischen Betriebszellen in den Häusern kurzerhand weggefegt''. Die Firmenchronik schreibt weiter: ,,Die Reorganisation führte zu einer finanziellen Gesundung des Unternehmens, doch wird der Geschäftsgang zunächst noch durch warenhausfeindliche Gesetzgebung beträchtlich erschwert.'' (Karstadt Magazin 2/81) Möglicherweise vorübergehende Zugeständnisse an das Kleinbürgertum. Umsatz 1932: 207 Mio. RM, 1933: 190 Mio. RM, 1937: 300 Mio. RM.
1945. ⅔ der Filialen sind im Krieg zerstört oder beschädigt worden. 22 Filialen in der sowjetischen Besatzungszone werden enteignet.
1956. Erstmals 1 Mrd. DM Umsatz, 100 Filialen, 31000 Beschäftigte, 222000 m² Verkaufsfläche.
1977. Erwerb von 51,2 % des Kapitals der Neckermann Versand AG.
1977 – 1980. Umstrukturierungsphase. Umstellung von KEPA und Neckermann Kaufhäusern zu Karstadt-Filialen. Gründung von Spezialhäusern für Möbel und Einrichtung; Sport, Freizeit, Spiel; Heimtechnik usw. Der Konkurrenz der Verbrauchermärkte wird ausgewichen auf den Bereich qualitativ höherwertiger Waren (,,Fachgeschäft im Warenhaus'').
1979. Erste Warnstreiks nach 1945 bei Karstadt (u.a. Göttingen) für höhere Löhne.
1980. 157 Warenhäuser in 112 Städten. Umsatz 12,6 Mrd. DM, 85000 Beschäftigte, 1,245 Mrd. m² Verkaufsfläche, damit größtes Einzelhandelsunternehmen außerhalb der USA.
1981. Nach dem Firmenjubiläum muß mit weiteren Rationalisierungen gerechnet werden, u.a. Einführung von Datenkassen und Filialcomputern.

Der Kündigungsschutz ist völlig unzureichend

Nur 9% der Kündigungsschutzklagen sind erfolgreich / DGB fordert Auflösungsklage

geh. Im Jahre 1978 wurde rund 1,2 Mio. Arbeitnehmern in der Bundesrepublik gekündigt. Das sind 7,4% aller sozialversicherten Arbeitnehmer. Jedem 14. wurde also gekündigt. Rund 80% dieser Kündigungen sind ordentliche Kündigungen, 15% außerordentliche, sogenannte fristlose, und der Rest solche, wo hilfsweise zur außerordentlichen Kündigung noch eine ordentliche ausgesprochen wurde. Rund ¾ aller Kündigungen wurden Arbeitern ausgesprochen, obwohl sie nur 56% der Beschäftigten stellen. Ebenso ist die Kündigungshäufigkeit bei den Frauen mit einem Anteil an den Kündigungen von 43% gegenüber 38% an den Beschäftigten überdurchschnittlich. Besonders häufig wurde ausländischen Arbeitnehmern gekündigt. Obwohl sie nur 10% aller Beschäftigten stellen, wurden ihnen gegenüber 25% der Kündigungen ausgesprochen.

Zu diesen Angaben kommt eine Studie des Max-Planck-Institutes für deutsches und europäisches Privatrecht. Es wurden in repräsentativen Betrieben Daten erhoben und auf die gesamte BRD hochgerechnet. Der Öffentliche Dienst wurde dabei nicht mit einbezogen.

67% der Kündigungen wurden aus Gründen in der Person oder dem Verhalten des Arbeitnehmers begründet, und in 33% waren es betriebliche Gründe. Bei letzteren dominierten Arbeitsmangel mit 48% und Rationalisierungen mit 26,4%.

Die Angabe der genauen Gründe für die personen- bzw. verhaltensbedingten Kündigungen durch die Kapitalisten sind in Tabelle 1 genannt. Zusammengefaßt ergeben sich 3 Gruppen:

1. Leistungs- und eignungsbezogene Gründe	65,2%
2. Unentschuldigtes Fernbleiben	34,8%
3. Krankheit	30,4%

Sticht aus den Kündigungen aus Krankheitsgründen bereits unverhüllt die verhältnismäßige Rechtlosigkeit der Arbeiter und Angestellten gegenüber dem Käufer der Arbeitskraft hervor, zeigt sich dies nochmals deutlicher, wenn die Fälle betrachtet werden, bei denen die Gekündigten Klage gegen die Entlassung einlegten. Im Jahre 1978 sind außerhalb des öffentlichen Dienstes 97164 Klagen gegen Entlassungen erhoben worden, also bei knapp 8% aller Kündigungen. Natürlich sind die restlichen Gekündigten nicht der Ansicht, ihnen sei zu Recht gekündigt. Rund die Hälfte hatte die Einschätzung, gegen die ,,Kündigungsgründe ließe sich wenig einwenden''.

Hinzu kommen finanzielle Gründe, da zumindest die Kosten für die 1. Instanz, auch beim Erfolg, vom Arbeitnehmer getragen werden müssen. Eine Niederlage in höheren Instanzen kommt noch teurer. Nur zu einem geringen Teil enden die Kündigungsklagen mit einem Urteil zugunsten des klagenden Arbeiters oder Angestellten.

Begründungen für personen- und verhaltensbedingte Kündigungen

	in % der Kündigungen
Unentschuldigtes Fernbleiben	34,8
Mangelhafte Leistungen	31,7
Häufige Erkrankungen	19,9
Fehlende Eignung	18,6
Unpünktlichkeit	16,4
Alkoholmißbrauch	15,2
Abnehmende Leistungsfähigkeit	14,9
Arbeitsverweigerung	12,7
Lang anhaltende Krankheit	10,5
Verdacht einer strafbaren Handlung	5,6
Außerdienstliches Verhalten	3,7
Tätlichkeiten gegenüber Kollegen	2,8
Tatsächliche Straftaten	1,9
Tätlichkeiten gegenüber dem Arbeitgeber	0,6
Politische Tätigkeit	0,3
Sonstige	15,8
Insgesamt	205,4

Die Tabelle 2 zeigt dies anhand der Kündigungssachen vor den Arbeits- und Landesarbeitsgerichten im Jahre 1979. Nur 6,5% bzw. 19,5% aller streitigen Klagen sind erfolgreich.

Hierbei ist noch zu bedenken: in nur 6% der Vergleiche wird das Arbeitsverhältnis nicht dennoch aufgelöst. Das gleiche gilt für 20 – 25% der Klagerücknahmen.

Betrachtet man den Gesamtverlauf, so wird nur in einem verschwindend geringen Teil auf dem Klagewege eine Weiter- bzw. Wiederbeschäftigung durchgesetzt: Nur 1,7% der Kläger erreichen mit einem Urteil die Rückkehr an ihren Arbeitsplatz. Zieht man auch die Fälle hinzu, die durch gerichtlichen oder außergerichtlichen Vergleich weiterbeschäftigt wurden, so sind es auch nur 9%. Bezieht man diese Zahlen auf die Gesamtzahl der Kündigungen, so kehren von 10000 Gekündigten nur 13 bzw. 71 an ihren Arbeitsplatz zurück.

Diese Zahlen zeigen die Dringlichkeit der Änderung des Kündigungsrechts. Gegenwärtig sind lediglich sozial ungerechtfertigte Kündigungen nicht rechtswirksam. Dann, wenn der

Erledigungen durch die Arbeits- und Landesarbeitsgerichte in Kündigungssachen im Jahre 1979 (Angaben in % / bezogen auf die jeweilige Instanz)

Art der Erledigung in Kündigungssachen	Amtsger.	Landesarbeitsger.
Streitige Urteile	14,0	44,0
davon mit dem Inhalt		
– Auflösung des Arbeitsverhältnisses*	– 7,5	– 24,5
– Fortbestand des Arbeitsverhältnisses	– 6,5	– 19,5
Vergleiche	60,0	41,0
Rücknahmen	19,0	15,0
Sonstiges	7,0	
Insgesamt	100,0	100,0
Gesamtz. d. Erledig. (ohne Öffentl. Dienst)	97164	5128

*) Hierin sind auch Klagabweisungen wegen Unzulässigkeit und Umdeutungen von außerordentlichen in ordentliche Kündigungen enthalten.

Vorwurf nicht den Tatsachen entspricht, z.B. der Arbeiter nicht krank war oder nicht gefehlt hat. Weiter solche, bei denen z.B. die Auswahlrichtlinie für Personalentscheidungen nicht beachtet wurde, der Gekündigte im selben Betrieb oder im selben Unternehmen weiterbeschäftigt werden könnte. Das Betriebsverfassungsgesetz erweitert diese Punkte noch, wenn er nach einer Umschulung oder Fortbildung oder nach einvernehmlich veränderten Vertragsbedingungen weiterbeschäftigt werden kann. Der Betriebsrat muß dann innerhalb einer Woche schriftlich widersprechen. Tut er dies nicht, gilt dies als Zustimmung zur Kündigung. Widerspricht der Betriebsrat und erhebt der Gekündigte Klage auf Feststellung, daß das Arbeitsverhältnis nicht aufgelöst ist, so muß ihn der Arbeitgeber auf Verlangen weiterbeschäftigen. Von dieser Verpflichtung kann er vom Gericht wieder entbunden werden. Das ist meist der Fall. Auch wenn ein Gericht feststellt, daß das Arbeitsverhältnis nicht aufgelöst ist, kann es auf Antrag des Kapitalisten wie auch des Arbeitnehmers dessen Fortsetzung für unzumutbar erklären und unter der Festsetzung einer Abfindung auflösen. Das ist die Regel. Daraus ergeben sich folgende Ablehnungspunkte:

– Statt Kündigungsschutz kommt meist nur eine Abfindung heraus (s. Tabellen).
– Die Rechte des Betriebsrats sind sehr eingeschränkt und praktisch von geringer Bedeutung. Dabei ist er sachlich und zeitlich oft überfordert.
– In Betrieben ohne Betriebsrat, die eine wesentlich höhere Kündigungsrate haben, fehlt dieser eingeschränkte Schutz.
– Die Beweislast liegt beim Gekündigten.
– Der Gekündigte ist gezwungen, statt seiner einen anderen Arbeiter zur Kündigung vorzuschlagen.

Vorschläge für ein neues Kündigungsschutzgesetz liegen seit 1977 vom DGB und für ein Arbeitsgesetzbuch von der entsprechenden Kommission und ihren Ausschüssen beim Bundesarbeitsministerium vor.

Ausgehend vom ,,Recht auf Arbeit'' und somit am Arbeitsplatz ist beim DGB-Entwurf wie aber auch bei den Arbeitsgesetzbuchausschüssen eine ,,Auflösungsklage'' aufgenommen. Dies bedeutet, daß nach einem Widerspruch des Betriebsrates gegen eine Kündigung, der dabei aber nicht durch einen so engen Katalog wie heute im KSchG oder BetrVG eingeengt werden soll, der Kapitalist die Kündigung nur durch eine Auflösungsklage beim Arbeitsgericht durchsetzen kann, wobei er die Beweislast hat. In der Zwischenzeit soll der Arbeitnehmer weiterbeschäftigt werden. Generell soll die Beweislast beim Arbeitgeber liegen. Auch bei betriebsbedingten Kündigungen soll der Arbeitnehmer das Recht auf eine Abfindung haben.

Gegen diese Auffassungen sind die Kapitalisten und ihre juristischen Helfershelfer in den Hochschulen, Gerichten und Vorstandsetagen Sturm gelaufen. In einem wahren Amoklauf haben sie auf dem Juristentag 1978 jegliche Vorschläge vom Tisch gewischt. Die Vorstellungen der Arbeitsgesetzbuchausschüsse wurden von der übergeordneten Kommission nicht übernommen. Bundesarbeitsgerichtspräsident Müller (mittlerweile a.D.) erklärte sich ebenfalls dagegen und vertrat, daß im alten Gesetz auch noch allerlei drin sei.

Auf die jetzt vorgelegte Studie haben die Parteien noch keine Vorschläge entwickelt. ,,Wir prüfen die Studie eingehend'', lautete unisono die Antwort. Die BDA tut das auch, hält ,,eigentlich eine Reform für nicht notwendig, obwohl einige Regelungen zu unflexibel'' sind. Das Bundesarbeitsministerium hat von einer Novellierung auf längere Sicht gesprochen. Das Widerspruchsrecht solle erweitert werden, der Arbeitnehmer soll für die Dauer des Prozesses per einstweilige Verfügung im Betrieb bleiben können, dies hänge aber von der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts ab, die evtl. diesen Monat, sonst aber noch dieses Jahr erfolge. Die Beweispflicht solle dem Arbeitgeber zufallen.

Abgesehen von der ,,Recht auf Arbeit''-Verbrämung der DGB-Vorschläge, sind sie vernünftig, denn sie erschweren den Kapitalisten, Druck mittels Entlassungen auszuüben. Mit rd. 45% der Kündigungen werden angelernte und ungelernte Arbeiter überproportional getroffen. Auf sie wirkt vor allem der Druck des Arbeitsmarkts. Erschwerung der Kündigungen wirkt hier entspannend.

Ein Problem ist, daß es nur in 20% aller Betriebe einen Betriebsrat gibt, und daß nur 66% der Arbeiter durch einen Betriebsrat vertreten werden. Deshalb, so wird eingewandt, dürfe dem Betriebsrat nicht so viel Entscheidungsgewalt übertragen werden, weil die Betriebe und Arbeiter ohne Betriebsrat benachteiligt seien. Auf diesen Einwand wird es richtig sein, zu fordern, daß diese Aufgabe dort von den Gewerkschaften wahrgenommen werden muß.

Roots, Rock, Reggae . . .

Bob Marley & The Wailers

irs. Bob Marley ist Montag vergangener Woche gestorben. Er war der einfallsreichste und bekannteste Reggae-Musiker aus Jamaika. Seine Texte sind von fortschrittlichen, aber auch religiösen Inhalten geprägt. Verstehen wird man sie nicht, wann man sich das Leben der unterdrückten Farbigen im Trenchtown-Ghetto Kingstons, der Hauptstadt Jamaikas, nicht vorstellen kann. 90% der Bevölkerung sind schwarz-afrikanischen Ursprungs, Nachkommen von Sklaven, unterdrückt von einer kleinen Schicht indischer, syrischer und chinesischer Einwanderer, den englischen Kolonialabkömmlingen und vor allem durch die USA, die durch Militärstützpunkte und Kapital das Leben bestimmt. Arbeitslosenrate über 20%, Polizeiüberfälle, erschossene Kinder, Verhaftungen und Durchsuchungen wegen Ganja-Besitzes prägen das Bild der Slums – prägen die Texte Bob Marleys.

Musik ist eine der Waffen, die großen Demonstrationen der Arbeitslosen (1966) und der Studenten (1968) wurden blutig erstickt. In diesen sechziger Jahren entwickelt sich der Reggae, vereint Elemente des Rhythm&Blues, afrikanische Ur-Musiksprache und Shuffle der karibischen Inseln. Die rhythmische Betonung wird auf den Gegentakt verlagert, wodurch der typische Eindruck permanenter Synkopenbildung entsteht. Diese Baß- und Rhythmusfiguren werden unverändert wiederholt (Dub).

Der Reggae wurde musikalisch und inhaltlich kultureller Ausdruck der farbigen unterdrückten Bevölkerung. Er soll wirken wie die Polizeikugel in Trenchtown, nur mit einem Unterschied: One good thing about music / when it hits you feel no pain.

In diesen sechziger Jahren schloß sich Bob Marley der Rasta-Sekte an, eine neue religiöse Bewegung, die in den zwanziger Jahren in Jamaica durch Marcus Garvey entstanden ist. Das Ziel sollte die Rückkehr nach Afrika sein. Der nächste Schwarze, der in Afrika zum König gekrönt würde, sollte der Befreier sein – das war ausgerechnet 1930 Ras Tafari, der zum Kaiser Haile Selassie I in Äthiopien gekrönt wurde, so wurde er der lebendige Gott; Jah, Natty, I and I sind die idealisierte innere Gott. Die Botschaft der Rasta beinhaltet den Kampf um ihre Rechte, kein Dasein als Märtyrer. Heiliges Buch ist die Bibel, die dreadlocks (verfilzte Zöpfe) sind äußeres Kennzeichen. (Rasta ist jedoch nicht zwangsläufig mit Reggae verknüpft. Jimmy Cliff z.B. ist Black Muslim.) Kapitalismus und Kolonialismus sind das Babylon, in das sie verbannt wurden.

Auf seine Vermarktung durch „Babylon" angesprochen, erklärte Bob Marley: „Ich singe persönlich lieber für alle Menschen als nur für die Hälfte. Und Babylon kann ruhig kommen und mich vermarkten, mich kommerziell auswerten. Dies wird nur bewirken, daß Babylon um so schneller fällt. Jeder, der mit West Indian Music handelt, ist ein Dieb. Aber er beschleunigt, ohne es zu wissen, Babylons Untergang." („Reggae", S. 196, siehe Literatur-Hinweise)

In seinen neueren Aussagen ist er allerdings nicht mehr so hoffnungsvoll. Die neue Religion hat auch nicht gehalten, was sie versprochen hat, wenn sie auch zum Selbstschutz zunächst geeignet war. Das Leben auf Jamaika, in Trenchtown hat sich dadurch noch nicht verändert, Hoffnungslosigkeit ist die Folge in der „realen Situation": „Check out the real situation / Nation war against nation / Where did it all begin, when will it end / well it seems like total destruction / The only solution / And there ain't no use / No one can stop them now."

„Sieh, wie die Wirklichkeit ist / Nationen kämpfen gegeneinander / Wo fing es an, wann wird es enden / es sieht aus, als ob alles zerstört wird / Die einzige Lösung? / Es hilft alles nichts / Niemand kann sie jetzt aufhalten."

Es wäre jedoch m.E. falsch, diese Bewegung mit einen Aha! abzutun. Sicherlich ist es z.B. weniger nützlich, daß die Heimkehr und Haile Selassie als Erlöser an den Himmel geschrieben werden. Doch das demütige Sich-in-sein-Schicksal-ergeben der Bibel wurde ja auch nicht übernommen, auch wenn die Gefahr dieses Rückzugs, durch die idealistische Analyse der Wirklichkeit, gegeben ist. Der Befreiungskampf der Völker wird bisher jedoch vorbehaltlos unterstützt.

Als z.B. am 17. April 1980 Zimbabwe durch den bewaffneten Kampf unabhängig wurde, spielte Bob Marley mit seinen Wailers im Rufaro-Stadion der Hauptstadt ein Konzert und hatte damit wohl keinen schlechten Anteil an der Unabhängigkeitsfeier. Vor Prinz Charles und den besiegten Imperialisten sang er in „Ambush in the night": „Sie kämpfen um die Macht / Aber sie wissen nur noch nicht, wann ihre Stunde geschlagen hat / Also bestechen sie uns mit Waffen und Geld / Sie sagen, unser Wissen hätten sie uns gelehrt / Aber ihr Ziel ist es, uns weiter hungern zu lassen . . ."

Bob Marley, 1945 geboren, Sohn eines englischen Captains und einer Afrikanerin, stammte aus der Mittelschicht Jamaikas. Er machte die mittlere Reife in Kingston, danach eine Schweißerlehre. Dabei lernte er Desmond Dekker kennen, mit dem er 16jährig seine ersten Kompositionen vortrug. Nach den anfänglichen Mißerfolgen, erhielt er seine musikalische Ausbildung von Joe Higgs und bildete die Wailin' Wailers, mit Peter Tosh und Bunny Livingstone. Mit 19 Jahren hat er den ersten großen Erfolg mit „Simmer Down" – „Reg' dich ab, bleib cool". 3 Jahre lebte er in Trenchtown-Ghetto.

Literatur: „Reggae", Die Kings aus Kingstontown, Heyne Discothek, 1981 / „Rolling Stone: Bildgeschichte der Rockmusik", rororo, 1979, Bd. 2 / „Rock Session", rororo, 1978 / „Sachlexikon Rockmusik", rororo, 1978 / „Rastafari", Trikont, 1981.

Auf den Veranstaltungen „Solidarität mit dem unabhängigen polnischen Studentenverband NZS!" mit ihren Vertretern J. Guzy, Präsident des NZS, T. Klincewicz, Vizepräsident des NZS und K. Krysztofiak, Vertreter des NZS Warschau, waren in Bremen, Hamburg und Köln ca. 350 Teilnehmer. Geldsammlungen wurden auf den Veranstaltungen durchgeführt. In Bremen hat sich ein Komitee zur Unterstützung des Kampfes des polnischen Volkes gebildet. Die Veranstalter: Basisgruppen, AStA der HfSS Bremen, Grüne Hochschulgruppe Hamburg, AStA der RUB Bochum, AStA der Universität Frankfurt, AStA der Universität Marburg, Fachschaftsvertreterkonferenzen der Universitäten Heidelberg, Stuttgart und Tübingen laden zu weiteren Veranstaltungen in Bochum (18.5.), Frankfurt (19.5.), Marburg (20.5.), Heidelberg (21.5.), Stuttgart (22.5.) und Tübingen (22.2.)



Auseinandersetzung um Hochschulfinanzierung

bildung entsteht. Diese Baß- und Rhythmusfiguren werden unverändert wiederholt (Dub).
Der Reggae wurde musikalisch und inhaltlich kultureller Ausdruck der far-
ziell auswerten. Dies wird nur bewirken, daß Babylon um so schneller fällt. Jeder, der mit West Indian Music handelt, ist ein Dieb. Aber er beschleunigt, ohne es zu wissen, Babylons Unter-
gegeben ist. Der Befreiungskampf der Völker wird bisher jedoch vorbehaltlos unterstützt.
Als z.B. am 17. April 1980 Zimbabwe durch den bewaffneten Kampf un-
night": „Sie kämpfen um die Macht / Aber sie wissen nur noch nicht, wann ihre Stunde geschlagen hat / Also bestechen sie uns mit Waffen und Geld /
stontown, Heyne Discothek, 1981 / „Rolling Stone: Bildgeschichte der Rockmusik", rororo, 1979, Bd. 2 / „Rock Session", rororo, 1978 / „Sachlexikon Rockmusik", rororo, 1978 / „Rastafari", Trikont, 1981.
Auf den Veranstaltungen „Solidarität mit dem unabhängigen polnischen Studentenverband NZS!" mit ihren Vertretern J. Guzy, Präsident des NZS, T. Klincewicz, Vizepräsident des NZS und K. Krysztofiak, Vertreter des NZS Warschau, waren in Bremen, Hamburg und Köln ca. 350 Teilnehmer. Geldsammlungen wurden auf den Veranstaltungen durchgeführt. In Bremen hat sich ein Komitee zur Unterstützung des Kampfes des polnischen Volkes gebildet. Die Veranstalter: Basisgruppen, AStA der HfSS Bremen, Grüne Hochschulgruppe Hamburg, AStA der RUB Bochum, AStA der Universität Frankfurt, AStA der Universität Marburg, Fachschaftsvertreterkonferenzen der Universitäten Heidelberg, Stuttgart und Tübingen laden zu weiteren Veranstaltungen in Bochum (18.5.), Frankfurt (19.5.), Marburg (20.5.), Heidelberg (21.5.), Stuttgart (22.5.) und Tübingen (22.2.)



Auseinandersetzung um Hochschulfinanzierung

Schmidts Motto: Mangellage schöpferisch nutzen / Rektorenkonferenz in leichter Opposition

acm. In einer parlamentarischen Anfrage haben sich CDU-Abgeordnete bei den Streichungen der „Bundesmittel für die Gemeinschaftsaufgabe ‚Ausbau und Neubau von Hochschulen' " auf die Bundesregierung gestürzt und nach der Sicherung der Mittel gefragt.

– Antwort des Staatssekretärs: „Die Haushaltsmittel für den Hochschulbau dürften nicht ausreichen, um alle begonnenen Vorhaben im bisher vorgesehenen Umfang und Zeitplan mitzufinanzieren. Um die Finanzierungsschwierigkeiten zu vermindern, hat der Bund den Ländern vorgeschlagen, daß sie im Jahre 1981 für laufende Vorhaben zusätzlich insgesamt 100 Mio. DM an Bundesmitteln vorfinanzieren. Außerdem hat die Bundesregierung den Ländern angeboten, darüber hinaus 50 Mio. DM Bundesmittel für unaufschiebbare neue Dringlichkeitsmaßnahmen vorzufinanzieren. In welchem Umfang Streckungen von Vorhaben notwendig werden, soll mit den Ländern in Kürze erörtert werden." Der Dreckskarren steht demnach jetzt bei den Ländern, die zusehen müssen, wie sie mit den Widersprüchen fertig werden. Und Bundeskanzler Schmidt hat auf der jüngsten Rektorenkonferenz nicht etwa nur eine Verteidigungslinie für die Sparmaßnahmen gefahren, sondern das Motto entwickelt: „Die Hochschulen sollten die Mangellage schöpferisch nutzen. Erfindungsgeist, Fleiß, Zuverlässigkeit, Rücksichtnahme, Geduld beim Zuhören und vor allem Beharrlichkeit, also Kontinuität trotz aller Schwierigkeiten und Überwindung der Neigung zu Aufgeregtheiten", waren seine Empfehlungen an die versammelten Rektoren, die solches weitervermitteln sollen.

Diese aber – das Tagungsmotto hatten sie gleich zynisch „Bildungspolitik – Kein Thema mehr?" genannt – hatten den Protest an den Hochschulen schon im Kreuz und zeigten keine große Bereitschaft, Schmidts Worten solcherlei Taten folgen zu lassen. Der Präsident der Konferenz, Turner, betonte zwar keine generelle Gegenwehr gegen Sparmaßnahmen, beschwerte sich aber über Zeitpunkt und Schroffheit der Maßnahmen, die den „sozialen Sprengstoff" an den Hochschulen nur weiter ansammeln würden. Zum anderen warf er der Bundesregierung vor, mit den Sparmaßnahmen auch den Vorwand geschaffen zu haben für eine generelle Einfrierung des Ausbaus der Hochschulen und der Reformpolitik.

Dies zielt auf die Tatsache, daß die Hochschulen schon jetzt mit 1 Mio. eingeschriebener um 250000 Studenten überbelegt sind und daß bis 1988 mit Studentenzahlen von 1,2 bis 1,3 Mio. zu rechnen ist und keineswegs vor Mitte der neunziger Jahre mit einem Rückgang. Der Vorgang, der jetzt durch die Sparmaßnahmen eingeleitet wird, ist also schroff und noch begleitet durch die Einschränkungen beim Bau von Studentenwohnheimen. Die Studienbedingungen werden sich zwangsläufig verschlechtern.

In einer solchen Situation wundert es einen nicht, wenn Stoltenberg als Sachwalter der Interessen der Länder und Hochschulen scharfe Töne gegen die Bundesregierung anschlägt und mit dem Gang vor das Bundesverfassungsgericht droht. Diese Frontbildung wird aber das Problem der Finanzierung keineswegs lösen, sondern ist mehr ein Propagandamittel für die Empfehlung einer CDU-Regierung im allgemeinen.

Die Zuspitzung der sachlichen Widersprüche zwischen dem Bund und den Ländern ist offensichtlich in dieser Zahlungsfrage. Einer wird auf den anderen weisen, und die Interessen der Studenten werden auf der Strecke bleiben. Sobald dann noch die Einzelaufteilung der beschränkten Geldmittel im Gange ist, werden sich die Universitäten untereinander in den Haaren liegen, und das wird auch nichts an der Situation ändern. Eine erfolgversprechende Kampffront gegen diese ganzen Maßnahmen wird wahrscheinlich nur in der Frage liegen, inwieweit die Länder ihren Steueranteil an den Gemeinschaftsaufgaben an den Bund erhöhen können, um den Hochschulausbau zu sichern, wenn der Bund die Mittel nicht zur Verfügung stellen will. Vor allem wird sich dann auch zeigen, ob die Länderregierungen tatsächlich den Interessen der Studentenmassen gemäß handeln wollen. Daß sich in einer solchen Frontbildung auch Teile des Hochschulkörpers werden eingliedern können, ist sicherlich günstig, auch wenn dabei noch andere Interessen mitschwingen als einfach nur die ordentliche Aufrechterhaltung und Durchführung des Studienbetriebes im Interesse der Studenten.

Neuere Texte von Bob Marley

SO MUCH TROUBLE IN THE WORLD

Es gibt so viel Unruhe auf der Welt.
Es gibt so viel Unruhe auf der Welt.
Als ich meine Augen heute morgen öffne,
Sehe ich Jah's Sonne wieder aufgehen.
So wie das Leben auf der Welt abläuft,
Kann alles passieren.
Du siehst Leute auf ihrem Ego-Trip abfahren,
Auf vollen Touren in ihrem Raumschiff davonschießen,
Millionen Meilen von der Realität entfernt,
Kein Interesse für dich – kein Interesse für mich.
Es gibt so viel Unruhe auf der Welt.
Es gibt so viel Unruhe auf der Welt.
Alles, was du machen mußt, ist,
Ein wenig zu geben, ein wenig zu geben . . .
Noch einmal, yeah!
Du denkst, du hast die Lösung gefunden.
Aber es ist nur wieder eine Illusion.
Bevor du deine Chancen abcheckst,
Laß' nicht wieder ein Hintertürchen offen.
Wir müssen der Wirklichkeit ins Auge sehen,
Komme was da will.
Wir, die Leute von der Straße, reden jetzt!
Wir sind die Leute, die kämpfen werden.
Die sitzen schon auf einer Zeitbombe.
Ich weiß, daß die Zeit gekommen ist.
Was aufgeht, geht auch unter,
Geht um und geht vorbei.
Es gibt so viel Unruhe auf der Welt,
So viel Unruhe auf der Welt,
So viel Unruhe auf der Welt,
Es gibt so viel Unruhe . . .
(1979)

ZIMBABWE

Jeder Mensch muß das Recht haben,
Sein Schicksal selbst zu entscheiden.
Und bei diesem Urteil
Gibt es keine Eingenommenheit.
So, Arm in Arm mit Waffen
Werden wir diesen „kleinen" Kampf kämpfen,
Weil das der einzige Weg ist,
unsere „kleinen " Schwierigkeiten
aus dem Weg zu räumen.
Bruder, du hast recht, du bist im Recht,
Du bist im Recht, so sehr im Recht.
Wir werden kämpfen, wir müssen kämpfen,
Wir werden kämpfen, für unsere Rechte kämpfen.
Natty, mach ihnen Angst in Zimbabwe,
Baut Zimbabwe auf,
Räumt auf in Zimbabwe,
Afrikaner werden Zimbabwe befreien.
Kein innerer Machtkampf mehr,
Wir müssen uns zusammenschließen,
Um die Hindernisse aus dem Weg zu räumen
Bald wird man herausfinden,
Wer die wirklichen Revolutionäre sind.
Ich will nicht,
Daß mein Volk gespalten ist.
Bruder, du hast recht, du bist im Recht,
Du bist im Recht, so sehr im Recht.
Wir müssen kämpfen, wir werden kämpfen,
Wir müssen kämpfen, für unsere Rechte kämpfen.
Räumt in Zimbabwe auf!
Natty, hilf Zimbabwe.
Afrikaner werden Zimbabwe befreien.
I and I werden Zimbabwe befreien.
Bruder, du hast recht, du bist im Recht,
Du bist im Recht, so sehr im Recht.
Wir werden kämpfen, wir müssen kämpfen,
Wir werden kämpfen, für unsere Rechte kämpfen.
Teile und herrsche
Konnte uns nur auseinander bringen,
In jedermanns Brust
Schlägt ein Herz.
Bald werden wir herausfinden,
Wer die wirklichen Revolutionäre sind,
Und ich will mein Volk nicht
Von Söldnern betrogen sehen!
Bruder, du bist im Recht, du hast Recht,
Du bist im Recht, so sehr im Recht.
Wir werden kämpfen, wir müssen kämpfen,
Wir werden kämpfen, für unsere Rechte kämpfen.
Natty hilf sie zu schlagen in Zimbabwe!
Räumt auf in Zimbabwe!
Baut Zimbabwe auf!
Afrikaner werden Zimbabwe befreien!
. . . .

Preistreiberei bei der ‚Versorgung und Verkehr Kiel' GmbH

wiv. Nachdem alle Rathausfraktionen einstimmig die Fahrpreiserhöhungen bei der KVAG am 29.4. zum 1. Juli einstimmig beschlossen haben, kündigten die Stadtwerke am 7.5. weitere drastische Preiserhöhungen an: Strom soll um 14,4% erhöht werden, Gas um 17,6% und Fernwärme gleich um 24,4%; dies auch alles zum 1.Juli, der Ratsbeschluß dazu soll am 11.6. gefaßt werden.

Die Begründung für die Preiserhöhung bei den Stadtwerken lautet so: ,,Allein die Verteuerung von Kohle,Erdgas und Öl für die Strom- und Fernwärmeerzeugung werden etwa 30 Millionen DM ausmachen. Hinzu kommen Mehrkosten für die Verteilung und Personalausgaben von rund 7 Millionen DM. Da die Kieler Bezugspreise für Erdgas über eine Preisänderungsklausel an die Erdölpreise gekoppelt sind, steigen auch sie laufend mit" (KN,7.5.).

Die Stadtwerke sind bei ihren Preiserhöhungsforderungen großzügig vorgegangen: Der Stromumsatz betrug 1979 155 Mio DM. Unter Berücksichtigung der 1980 erfolgten Erhöhung um 5,9% bei gleichzeitiger Stagnation oder leichtem Rückgang des Stromverbrauchs 1980 wird der Umsatz etwa 160 Mio. DM betragen. 14,4% erwartete Mehreinnahmen von rund 11 Mio. DM und bei der Fernwärme (Umsatz 1979 40 Mio. DM, 1980 rund 45 Mio.DM) ergibt ebenfalls erwartete rund 11 Mio. DM, zusammen also die stolze Summe von 45 Mio. DM.

Beim Einsatz der Primärenergieträger sind die Stadtwerke den Preisschwankungen des Marktes unterworfen: So stiegen die Preise für Importkohle von rund 80 DM/t 1978 auf knapp 200,- DM gegenwärtig;die Ruhrkohle AG hat ihre Listenpreise von 180 DM auf mittlerweile 220 DM hochgeschraubt (FR 25.4.)

Ein typisches Beispiel für Monopolpreisbildung stellen die Erdgas-Bezugspreise dar: Außer einem geringen Anteil hochwertigen Erdölgases aus dem kleinen Fördergebiet um Ascheberg/Plön beziehen die Stadtwerke das Erdgas ausschließlich von der Schleswag, die wiederum von der Brigitta-Elwerath-Beteiligungsgesellschaft (50% Esso,50% Shell). Der Preis für das Erdgas richtet sich aber nicht nach Produktions-und Transportkosten, sondern ist im Vertrag der Schleswag mit den Stadtwerken an den Preis für leichtes Heizöl und den Index der Investitionsgüterpreise gekoppelt.Die Indizierung erfolgt dabei über die Wärmewerte der verschiedenen Energieträger. Es ist kein Zufall, daß die Preiserhöhung bei der Fernwärme am unverschämtesten ausfallen soll, gefolgt vom Gas. Die KN stellen das so dar: ,,Fernwärme bleibt, obwohl der Abnehmerpreis sich im Verhältnis am stärksten erhöht, immer noch die günstigste Form der Wärmeversorgung. Rechnet man die Kosten der anderen 'Wärmelieferanten' auf den Preis für einen Liter Öl um (bei einem Preis von 62 Pfennig je Liter), kosten nach der Erhöhung bei gleicher Heizleistung: Elektro-Nachtspeicherheizung 59 Pfennig/l Gasheizung im Einfamilienhaus 56 Pf/l, Gasheizung in Mehrfamilienhäusern (je nach Größe der Heizzentrale) 48 bis 53 Pf/l und Fernwärme 47Pf/l."

Hier schöpfen die Stadtwerke *ihr* Versorgungsmonopol voll aus, und sie sind nicht die einzigen: Die Stadtwerke Flensburg haben, nachdem sie am 1.1.81 drastisch erhöht haben, die nächste Fernwärmepreiserhöhung um 20% zum 1.6.81 angekündigt. 90% der Haushalte sind bereits angeschlossen, ein Umsteigen auf einen andern Wärmeenergieträger ist nicht drin.

Die Richtung der Preiserhöhungen, nämlich Gleichsetzung der Energieträger über den Wärmewert, wie von den KN vorgerechnet, ist nur auf Grundlage der verschiedenen Monopoleinflüsse möglich; einerseits der Monopolpreisbildung beim Erdgas, deren Auswirkungen die kommunalen Energieversorgungsunternehmen (EVU) nahtlos an die Verbraucher weitergeben und andererseits des Versorgungsmonopols der kommunalen EVU's selbst, wobei letzteres aber auch von der stofflichen Seite her die zunehmende Vergesellschaftung der Energieversorgung repräsentiert, aber eben unter kapitalistischen Verhältnissen. Der Effekt *beider* Preistreibereien ist der, daß bald alle Energieträger auf dem Wärmemarkt gleich teuer pro Wärmeeinheit sind. Nun liegt aber z.B. auf dem Mineralöl bzw dem leichten Heizöl ein hoher Steueranteil. *Ohne* daß eine Steuer erhoben werden müßte, ziehen die EVU's die Preise der andere Energieträger nach. Kassiert beim Heizöl der Bund die Steuer, kassieren sie wegen ihres Monopols bei der Gleichsetzung der anderen Energieträger über den Wärmewert (orientiert am teuersten Energieträger Öl) bzw kassieren schon vorweg, wie beim Erdgas die Ölkonzerne, die diesen Markt fast vollständig beherrrschen und durch den Mechanismus der Preisgleitklausel in gleicher Weise vorgehen.

Auf die Ergebnisse dieser monopolistischen Ausplünderung im Geschäftsbericht der Versorgung und Verkehr Kiel GmbH (VVK), in der die Stadtwerke Kiel und die Kieler Verkehrs AG (KVAG) zusammengefaßt sind, kommen wir gleich zurück. Zunächst muß noch mit einer unverschämten Lüge in Bezug auf die Preiserhöhung bei der KVAG aufgeräumt werden. Die KN vom 30.4. geben den SPD-Ratsherrn Holger Ipsen wie folgt wieder: ,,Keinen Zweifel ließ er daran, daß die Erhöhung kommen muß. ‚Kiel steht finanziell mit dem Rücken an der Wand.' Eine weitere Subventionierung der KVAG aus dem Stadtsäckel sei nicht vertretbar."

Genau umgekehrt verhält es sich: Nicht die Stadt bezuschußt die KVAG aus ihrem allgemeinen Haushalt, sondern der städtische Konzern VVK bezuschußt durch Preisplünderung bei den Volksmassen den Stadtsäckel, und zwar nicht zu knapp. In der Haushaltssatzung heißt es sehr deutlich: ,,Mit insgesamt 21,4 Mio. DM decken sie (gemeint sind die ‚Ablieferungen wirtschaftlicher Unternehmen') zwar nur 4,1 v.H. des Haushaltsvolumens. Dennoch kommt ihnen im Vergleich zur freien Finanzspitze eine überragende Bedeutung zu. Ganz überwiegend, nämlich mit 21,0Mio. DM, fließen diese Mittel aus der Konzessionsabgabe der Stadtwerke Kiel. Diese deckt den rechnerischen Höchstbetrag von 15 v.H. des Umsatzes aus Normal- und 1,5 v.H. aus Sondererträgen voll ab.

An der Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der Stadtwerke Kiel AG besteht also ein vitales haushaltswirtschaftliches Interesse der Landeshauptstadt. Rückschläge bei der Konzessionsabgabe (die im übrigen durch jede Umsatzsteigerung erhöht werden kann, Red.) und bei der darüber hinaus von den Stadtwerken erwirtschafteten Gewinnablieferung an die Versorgung und Verkehr Kiel GmbH würden die Investitionsfähigkeit des Haushalts in seiner Gesamtheit gefährden." (S.129).

Seit der Gründung der VVK 1965 sind an den Stadthaushalt rund 183 Mio. DM an Konzessionsabgaben abgeführt worden, 170 Mio. von den Stadtwerken, aber auch rund 13 Mio. eben von der defizitären KVAG. Die Konzessionsabgabe rangiert in der Bilanz unter ,,sonstigen Aufwendungen", ist also ein steuermindernder Kostenfaktor, d.h. auch gewinnmindernd bzw. verlustvergrößernder Faktor. Tatsache ist, daß über den Konzernverbund VVK nicht nur die Konzessionsabgabe abgeliefert wurde, sondern auch das Defizit der KVAG durch den Überschuß der Stadtwerke per ,,Verlustübernahme" im Rahmen der VVK-Gesamtbilanz abgedeckt wurde. Durch die betriebswirtschaftliche Konstruktion der VVK wurde allein die Steuerzahlung gering gehalten, weil durch die Ausgleiche kaum ein hoher Gewinn entstand; die Steuern wären aber sowieso an Bund und Länder gegangen.

Das Fazit: Die Preiserhöhungen auf ganzer Front bei der VVK haben ihren *Ursprung* keineswegs in den Preiserhöhungen der Betriebsstoffe Kohle und Öl oder den Personalausgaben, sondern in der Preisbildung auf Grundlage des Monopols, wobei einen Teil des Monopolprofits die Konzerne einsacken, der andere dem Interesse der Stadt dient, ihre ,,wirtschaftlichen Unternehmungen" vermittels Preistreiberei zu wichtigen Quellen des Staatshaushalts zu machen.

DM und bei der Fernwärme (Umsatz 1979 40 Mio. DM, 1980 rund 45 Mio.DM) ergibt ebenfalls erwartete rund 11 Mio. DM, zusammen also die stolze Summe von 45 Mio. DM.

Beim Einsatz der Primärenergieträger sind die Stadtwerke den Preisschwankungen des Marktes unterworfen: So stiegen die Preise für Importkohle von rund 80 DM/t 1978 auf knapp 200,- DM gegenwärtig;die Ruhrkohle AG hat ihre Listenpreise von 180 DM auf mittlerweile 220 DM hochgeschraubt (FR 25.4.)

Ein typisches Beispiel für Monopolpreisbildung stellen die Erdgas-Bezugspreise dar: Außer einem geringen Anteil hochwertigen Erdölgases aus dem kleinen Fördergebiet um Ascheberg/Plön beziehen die Stadtwerke das Erdgas ausschließlich von der Schleswag, die wiederum von der Brigitta-Elwerath-Beteiligungsgesellschaft (50% Esso,50% Shell). Der Preis für das Erdgas richtet sich aber nicht nach Produktions-und Transportkosten, sondern ist im Vertrag der Schleswag mit den Stadtwerken an den Preis für leichtes Heizöl und den Index der Investitionsgüterpreise gekoppelt.Die Indizierung erfolgt dabei über die Wärmewerte der verschiedenen Energieträger. Es ist kein Zufall, daß die Preiserhöhung bei der Fernwärme am unverschämtesten ausfallen

Seite her die zunehmende Vergesellschaftung der Energieversorgung repräsentiert, aber eben unter kapitalistischen Verhältnissen. Der Effekt *beider* Preistreibereien ist der, daß bald alle Energieträger auf dem Wärmemarkt gleich teuer pro Wärmeeinheit sind. Nun liegt aber z.B. auf dem Mineralöl bzw dem leichten Heizöl ein hoher Steueranteil. *Ohne* daß eine Steuer erhoben werden müßte, ziehen die EVU's die Preise der andere Energieträger nach. Kassiert beim Heizöl der Bund die Steuer, kassieren sie wegen ihres Monopols bei der Gleichsetzung der anderen Energieträger über den Wärmewert (orientiert am teuersten Energieträger Öl) bzw kassieren schon vorweg, wie beim Erdgas die Ölkonzerne, die diesen Markt fast vollständig beherrrschen und durch den Mechanismus der Preisgleitklausel in gleicher Weise vorgehen.

Auf die Ergebnisse dieser monopolistischen Ausplünderung im Geschäftsbericht der Versorgung und Verkehr Kiel GmbH (VVK), in der die Stadtwerke Kiel und die Kieler Verkehrs AG (KVAG) zusammengefaßt sind, kommen wir gleich zurück. Zunächst muß noch mit einer unverschämten Lüge in Bezug auf die Preiserhöhung bei der KVAG aufgeräumt werden. Die KN vom 30.4. geben den SPD-Ratsherrn Holger Ipsen wie folgt wieder: ,,Kei-

halts in seiner Gesamtheit gefährden." (S.129).

Seit der Gründung der VVK 1965 sind an den Stadthaushalt rund 183 Mio. DM an Konzessionsabgaben abgeführt worden, 170 Mio. von den Stadtwerken, aber auch rund 13 Mio. eben von der defizitären KVAG. Die Konzessionsabgabe rangiert in der Bilanz unter ,,sonstigen Aufwendungen", ist also ein steuermindernder Kostenfaktor, d.h. auch gewinnmindernd bzw. verlustvergrößernder Faktor. Tatsache ist, daß über den Konzernverbund VVK nicht nur die Konzessionsabgabe abgeliefert wurde, sondern auch das Defizit der KVAG durch den Überschuß der Stadtwerke per ,,Verlustübernahme" im Rahmen der VVK-Gesamtbilanz abgedeckt wurde. Durch die betriebswirtschaftliche Konstruktion der VVK wurde allein die Steuerzahlung gering gehalten, weil durch die Ausgleiche kaum ein hoher Gewinn entstand; die Steuern wären aber sowieso an Bund und Länder gegangen.

Das Fazit: Die Preiserhöhungen auf ganzer Front bei der VVK haben ihren *Ursprung* keineswegs in den Preiserhöhungen der Betriebsstoffe Kohle und Öl oder den Personalausgaben, sondern in der Preisbildung auf Grundlage des Monopols, wobei einen Teil des Monopolprofits die Konzerne einsacken, der andere dem Interesse der



Kultusminister Bendixen verkriecht sich

GEW und PH-Studenten protestieren gegen seinen Drei-Fächer-Lehrer-Plan

zfl. Wie schon in den übrigen Bundesländern mit Ausnahme der Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Westberlin, will jetzt auch die Regierung Schelswig-Holsteins den Drei-Fächer-Lehrer haben. Grund- und Hauptschullehrer, die bisher in sechs Semesters neben Pädagogik zwei Unterrichtsfächer studierten, sollen nach dem Willen von Kultusminister Bendixen vom Wintersemester 1982/83 ab in derselben Zeit noch ein drittes Fach studieren. Dies wird von den PH-Studenten und den Lehrerverbänden abgelehnt. Nach längeren Debatten in Fachgremien und auf Veranstaltungen mit Kultusbeamten haben die Studenten der Pädagogischen Hochschule Flensburg am Freitag vorletzter Woche den Kampf eröffnet.

50 von ihnen zogen zu Fuß los: Richtung Kiel, Kultusministerium. Eine Strecke von 85 Kilometern. In Kiel schlossen sich ihnen weitere Studenten an; auf rund 200 war der Zug angewachsen, als er in der Reventlouallee gegenüber dem Bendixen-Ministerium, genau an der Bannmeile, vor der Polizei-Absperrung hielt. Eine Delegation wurde ins Ministerium geschickt. Bendixen war natürlich dienstlich unabkömmlich, nur sein persönlicher Referent hatte etwas Zeit, eine Protestresolution und gesammelte Unterschriften entgegenzunehmen. Wieder zurückgekehrt, berichtete die Delegation, daß wenig Aussicht bestehe für ihre Forderung, den Kultusminister endlich mal auf eine öffentliche Diskussionsveranstaltung zu kriegen. Für den Fall, daß Bendixen von seinen Plänen nichts zurücknähme, kündigten sie einen Streik an. Mal angenommen, für ein Semester bliebe tatsächlich der Lehrernachschub aus – das brächte die Regierung sicher in Druck.

Was muten die Pläne den Grund- und Hauptschullehrern und -studenten zu? Nach einer Gegenüberstellung der geltenden mit der geplanten Prüfungsordnung, die der AStA der PH Kiel verfaßt hat,

– werden die Prüfungstermine eingeschränkt (auf dem Papier zweimal jährlich, faktisch aber nur noch im Wintersemester),
– muß ein Fach von den Dreien als Hauptfach studiert werden,
– muß jeder Deutsch oder Mathematik belegen,
– werden die Prüfungen ausgedehnt (neu: zwei Klausuren unter Aufsicht; zwei statt einer mündlichen Prüfung im Staatsexamen),
– ist der Vorsitzende des Prüfungsamtes (ein Beamter der Schulaufsicht) bei der Bewertung der Examensarbeit nicht mehr an die Beurteilung der Hochschullehrer gebunden,
– werden die im Studium erbrachten Leistungsnachweise nur noch zu einem Viertel für die Fachnoten bewertet (bisher ein Drittel).

Die GEW kritisiert die gleichen Punkte und noch einige mehr. Auf einem großangelegten und von fast 200 Lehrern und Studenten besuchten Forum ,,Lehrerausbildung in den 80er Jahren", auf dem auch der GEW-Bundesvorsitzende Erich Frister sprach, und wo das Kultusministerium lediglich Abteilungsleiter Dr. Kuhn hingeschickt hatte, was allein schon eine Frechhheit ist, forderten die Lehrer:

Kein drittes obligatorisches Fach, Grundstudium von acht Semestern (Beifall!!), Ausbau des Pädagogik-Anteils im Studium und mehr Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrer, die schon im Beruf stehen (3. Phase). Die GEW argumentiert, daß ein erschwertes Studium das Ziel Grund- und Hauptschullehrer noch unattraktiver mache. Mit sechs Semestern komme man nicht aus, dieses Studium könne nur oberflächlich werden und auf das Bestehen der Prüfungen konzentriert. Nach sechs Semestern bekomme man kein BAFöG mehr. Ein in acht Semestern ausgebildeter Lehrer hat auch Anspruch auf höhere Besoldung (A13 statt A12). Das angebliche Vorhaben des Kultusministers, mit dem Drei-Fächer-Lehrer endlich das Stundendefizit in den musisch-manuellen Fächern, wie Kunst, Musik, technisches und textiles Werken und Hauswirtschaft abdecken zu wollen, wurde als Vorwand entlarvt; denn frühestens 1987 kann der erste Drei-Fächer-Lehrer den Schuldienst aufnehmen. Und überhaupt haben die Grund- und Hauptschullehrer schon immer Unterricht erteilt auch in Fächern, die sie nicht studiert haben. Die nötigen Kenntnisse haben sie sich in der Praxis angeeignet.

Die Landesregierung bleibt bei sechs Semestern, die Kapazitäten der Pädagogischen Hochschule werden nicht ausgeweitet, die Reform muß kostenneutral sein, woanders geht das schließlich auch. Soweit Kuhn vom Kultusministerium. Begeistert verfocht er den Dreikämpfer allerdings nicht, und unaufgefordert deutete er Meinungsverschiedenheiten im Ministerium an und ließ durchblicken, daß Bendixen auch noch nicht so recht wisse. GEW-Vorsitzender Gerhard Jens deutete die Absage der CDU, an der Veranstaltung teilzunehmen, als Ausdruck, daß bei denen der Meinungsbildungsprozeß noch im Gange sei. Da kann er recht haben.

Frister erklärte ,,Die Forderung nach Gleichrangigkeit und Gleichwertigkeit der Ausbildung aller Lehrer ist aus der Gleichrangigkeit und Gleichwertigkeit der Aufgabe des Unterrichtens und Erziehens an allen Schulformen abgeleitet." Er forderte eine Harmonisierung der Lehrertypen; der Drei-Fächer-Lehrer verstärke bloß die ungünstige Sonderrolle der Grund- und Hauptschullehrer. Drei Fächer würden den ,,Praxisschock" eher verstärken. Die Schwierigkeiten der meisten Lehrer würden weniger im Fachlichen liegen, als vielmehr in der pädagogisch-didaktischen Kompetenz.

drittes Fach studieren. Dies wird von den PH-Studenten und den Lehrerverbänden abgelehnt. Nach längeren Debatten in Fachgremien und auf Veranstaltungen mit Kultusbeamten haben die Studenten der Pädagogischen Hochschule Flensburg am Freitag vorletzter Woche den Kampf eröffnet.

50 von ihnen zogen zu Fuß los: Richtung Kiel, Kultusministerium. Eine Strecke von 85 Kilometern. In Kiel schlossen sich ihnen weitere Studenten an; auf rund 200 war der Zug angewachsen, als er in der Reventlouallee gegenüber dem Bendixen-Ministerium, genau an der Bannmeile, vor der Polizei-Absperrung hielt. Eine Delegation wurde ins Ministerium geschickt. Bendixen war natürlich dienstlich unabkömmlich, nur sein persönlicher Referent hatte etwas Zeit, eine Protestresolution und gesammelte Unterschriften entgegenzunehmen. Wieder zurückgekehrt, berichtete die Delegation, daß wenig Aussicht bestehe für ihre Forderung, den Kultusminister endlich mal auf eine öffentliche Diskussionsveranstaltung zu kriegen. Für den Fall, daß Bendixen von seinen Plänen nichts zurücknähme, kündigten sie einen Streik an. Mal angenommen, für ein Semester bliebe tatsächlich der Lehrernachschub aus – das brächte die Regierung sicher in Druck.

Grundstudium von acht Semestern (Beifall!!), Ausbau des Pädagogik-Anteils im Studium und mehr Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrer, die schon im Beruf stehen (3. Phase). Die GEW argumentiert, daß ein erschwertes Studium das Ziel Grund- und Hauptschullehrer noch unattraktiver mache. Mit sechs Semestern komme man nicht aus, dieses Studium könne nur oberflächlich werden und auf das Bestehen der Prüfungen konzentriert. Nach sechs Semestern bekomme man kein BAFöG mehr. Ein in acht Semestern ausgebildeter Lehrer hat auch Anspruch auf höhere Besoldung (A13 statt A12). Das angebliche Vorhaben des Kultusministers, mit dem Drei-Fächer-Lehrer endlich das Stundendefizit in den musisch-manuellen Fächern, wie Kunst, Musik, technisches und textiles Werken und Hauswirtschaft abdecken zu wollen, wurde als Vorwand entlarvt; denn frühestens 1987 kann der erste Drei-Fächer-Lehrer den Schuldienst aufnehmen. Und überhaupt haben die Grund- und Hauptschullehrer schon immer Unterricht erteilt auch in Fächern, die sie nicht studiert haben. Die nötigen Kenntnisse haben sie sich in der Praxis angeeignet.

Die Landesregierung bleibt bei sechs Semestern, die Kapazitäten der Pädagogischen Hochschule werden nicht ausgeweitet, die Reform muß kosten-

Aktionstage am Fachbereich Sozialwesen Kiel

frl. An der Fachhochschule für Sozialwesen Kiel haben vom 5. bis zum 7. Mai Aktionstage zur neuen Prüfungsordnung stattgefunden. Die Prüfungsordnung an der FHS soll bis 1983 an das Landeshochschulgesetz angepaßt werden. Die Vorschläge für die neue Prüfungsordnung sollen bereits bis zum Sommer 1981 beim Kultusministerium eingereicht werden. Aus diesem Grund fanden bereits im letzten Semester Aktionstage im Fachbereich statt. Während der Aktionstage wurden in verschiedenen Arbeitsgruppen die Forderungen der Studenten zur neuen Prüfungsordnung formuliert. Ein Schwerpunkt dieser Forderungen ist die Notwendigkeit, das Studium praxisnäher zu gestalten. Bisher werden lediglich im Grundstudium ein vierwöchiges und im Hauptstudium ein sechswöchiges Praktikum abgeleistet, sowie ein Hauptstudium über zwei Semester wöchentlich zwei Stunden studienbegleitende Praxis. An die theoretische Ausbildung schließt ein einjähriges Berufspraktikum an. Bei der derzeitigen Handhabung läuft die Praxis relativ unvermittelt neben der theoretischen Ausbildung einher. Die Studenten fordern deshalb ein projektorientiertes Studium, in dem die vermittelte Theorie auf konkrete praktische Fälle angewendet werden soll. Als weiteren Schwerpunkt für die neue Prüfungsordnung wenden sich die Studenten gegen die große Anzahl der abzuleistenden Prüfungen und den starken Prüfungsdruck. Für das Grundstudium fordern sie: Wegfall der Benotung; statt dessen eine Bescheinigung ,,bestanden/nicht bestanden". Im Hauptstudium wird das Schwergewicht auf alternative Leistungsnachweise gelegt, z.B. Hausarbeit, Referat etc. Im Februar 1981 haben nun die Präsidenten der drei schleswig-holsteinischen Fachhochschulen einen Diskussionsentwurf für eine neue Prüfungsordnung vorgelegt. Die jetzigen Aktionstage hatten zum Ziel, die Durchsetzung der studentischen Forderungen voranzutreiben. Dazu sollte insbesondere auf die Diskussion des Prüfungsordnungsentwurfs innerhalb der Dozentenschaft eingewirkt werden, um möglichst viele Dozenten für eine Unterstützung der studentischen Forderungen zu gewinnen. Es fanden Gespräche mit Dozenten statt; außerdem wurden in Lehrbereichssitzungen und Vorlesungen über die studentischen Forderungen diskutiert. Um den Dozenten die Unterstützung der Forderungen ,,zu erleichtern", wurde in einzelnen Aktionen eine größere Öffentlichkeit hergestellt. Zu dem Zweck fand ein Informationsstand in der Innenstadt, eine kurzzeitige Besetzung der Fachhochschule und als Zusammenfassung am 7.5. eine Abschlußdemonstration durch die Kieler Innenstadt statt. Abschließend kann man feststellen, daß die Aktionstage ein nützlicher Schritt zur Durchsetzung der studentischen Forderungen für die Prüfungsordnung waren.

Hiwis beschliessen weitere Maßnahmen

sal. Auf ihrer Vollversammlung am 14.5. haben die wissenschaftlichen Hilfskräfte (Hiwis) der Universität Kiel bei ca. 30 Anwesenden die Fortführung von Aktionen gegen die Kürzung ihrer Verträge beschlossen. Durch das dreitägige Stundenabbummeln Ende April sind in einigen Instituten große Probleme aufgetaucht, so daß auch viele Professoren sich für die Beibehaltung der alten 75-Stunden-Verträge einsetzen. Nachdem sich der Kanzler Neumann auf einen Brief von Professoren des Instituts für Informatik bis zum 13.5. nicht geäußert hatte, haben die 26 Hiwis dieses Instituts sich geschlossen dafür ausgesprochen, ihre Verträge fristgerecht zum 1. Juni zu kündigen. Dies ist die beste Möglichkeit, Druck auszuüben, da dadurch für Juni und Juli ein ordnungsgemäßer Vorlesungsbetrieb nicht möglich ist; wahrscheinlich wird einiges völlig zusammenbrechen. Auf der VV wurde beschlossen, daß auch in der Mathematik darauf hingewirkt werden soll, daß alle Hiwis geschlossen zum 1. Juni ihre Verträge kündigen.

Veranstaltungen

Samstag, 23. Mai

Eritrea-Informations- und Kulturveranstaltung der EPLF. 19 Uhr. Kiel, Alte Mensa (Olshausenstr./Ecke Westring)

Freitag, 22. Mai

Kulturelle Veranstaltung zum Thema Instandbesetzung. Es spielen ,,Wie schon wi(e)der" und ,,Kornblume". 20 Uhr. Kiel, in der PUMPE, Eintritt 3,-- DM zugunsten der Hausbesetzer.

Alternative Liste zu den Kommunal wahlen in Buxtehude gegründet

are. Wie schon in der KVZ berichtet wurde, liefen in Buxtehude Vorbereitungen zur Gründung einer Alternativen Liste zu den im Herbst stattfindenden Kommunalwahlen. Am 8. Mai wurde diese Liste formell gegründet. Auf dieser Versammlung wurde eine Satzung verabschiedet, um den Anforderungen des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes zu genügen, in dem die Bildung von Wählergruppen vorgesehen ist. Diese Wählergruppe hat sich den Namen Alternative Liste Buxtehude für Demokratie und Umweltschutz gegeben. Die Verabschiedung dieser Satzung wurde den programmatischen Festlegungen vorweggenommen, um möglichst früh die formal-juristischen Anforderungen zu erfüllen.

Im folgenden sollen einige Bestimmungen dieser Satzung dargestellt werden. Im § 2 wird die Mitgliedschaft geregelt, dort heißt es: „Mitglied der AL kann werden, wer das 16. Lebensjahr vollendet hat, seinen Wohnsitz im Gemeindegebiet von Buxtehude hat und sich zu der Satzung und dem Programm bekennt.(2) Die Mitgliedschaft in einer politischen Partei oder Organisation ist zulässig, sofern diese nicht faschistisch ist. (3)Ausländer und Staatenlose können Mieglied der AL werden.“ Diese Bestimmungen lassen ein sehr breites Bündnis zu, mit der möglichen Mitgliedschaft von Ausländern soll das Recht auf Teilnahme an der kommunalen Selbstverwaltung unterstrichen werden. Die Mitglieder der AL arbeiten in Arbeitsgruppen, um bestimmte Probleme besser untersuchen zu können, die Ergebnisse dieser Arbeit müssen vor Veröffentlichung im Plenum beraten werden. (§3) Das oberste Organ der AL ist die Vollversammlung, die mit ⅔-Mehrheit der Anwesenden über Programm und Satzung beschließt. (...) Der Vorstand muß die VV 14 Tage vorher bekanntgeben und die Presse informieren. (...) Der Vorstand ist an die Beschlüsse der VV gebunden und ist nur ihr ausführendes Organ. (§5) Die gewählten Mitglieder der AL sollen „sich soweit wie möglich an die Entscheidungen der Basis halten. (...) Ratsmitglieder können nicht gleichzeitig Vorstandsmitglieder sein. (§7) Soweit einige Bestimmungen der Satzung, die den basisdemokratischen Charakter der AL Buxtehude bestimmen. Bei Schluß der Versammlung haben sich ca. 35 in die Mitgliedsliste eingetragen.

Auf der nächsten Vollversammlung (22.5.81, 20 Uhr, Bürgerhaus Buxtehude) soll über das Programm der AL beraten werden. Gegenwärtig werden die bisher in den bereits bestehenden Arbeitsgruppen entstandenen Vorschläge von einer Programmkommission redaktionell überarbeitet.

NZS: Aktionseinheit im Kampf für Demokratie

Veranstaltung der Basisgruppen mit Vertretern des polnischen Studentenverbandes NZS

chs. Zu Beginn der Veranstaltung wurde bekannt gegeben, daß den eingeladenen Präsidenten des zentralen und des Warschauer NZS die Ausreise verweigert worden war. An ihrer Stelle waren 2 andere Vertreter des NZS gekommen. Aus ihren Berichten über die Entwichlung des Studentenverbandes vor 1980 wurde deutlich, daß im wesentlichen zwei Ereignisse zum vorerst noch illegalen Aufbau des unabhängigen Studentenverbandes geführt hatten: *1.* 1976 wurde per Gesetz der Studentenverband auf die Treue zur Sowjetunion festgelegt, *2.* im selben Jahr fanden die großen Streiks der Arbeiter in Radom und anderen Städten statt, die unter den Studenten auf großes Echo stießen. In ihrer Folge wurde das „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter“ (KOR) gegründet, dem auch viele Studenten beitraten. Im Mai 1977 erfolgte dann die Gründung eines inoffiziellen neuen Studentenverbandes. Der alte Verband, der seit 1973 bestand, hatte als Verband von Parteikarrieristen jedes Ansehen unter den Studenten verloren. Ihm wurden und werden aber allein die Geldmittel für soziale Belange wie Stipendien und Auslandsreisen etc. zur Verfügung gestellt. Über die Tätigkeit des illegalen Verbandes wurde berichtet: Organisierung der „fliegenden Universität“ – wissenschaftliche und politische Vorträge von oppositionellen Intellektuellen und Professoren, die solche Vorträge im offiziellen Rahmen der Universität nicht halten konnten; eine Demonstration zur tschechoslowakischen Botschaft zur Unterstützung der Charta 77; der Aufbau eines Untergrundverlages. Dabei war der neue Verband den ständigen Angriffen der Miliz ausgesetzt.

Die Streiks an der Küste im August/September 1980 wurden sofort von den Studenten im ganzen Land unterstützt. Ab Oktober 1980 wurden dann Schritte zur Gründung des unabhängigen Studentenverbandes NZS eingeleitet, der noch heute um seine volle Anerkennung von der Regierung kämpfen muß. Aus den Berichten wurde aber klar, daß de facto die Meinungs- und Betätigungsfreiheit an den Universitäten erkämpft ist. Flugblattverteilen, Wandzeitungen, Versammlungen ... die Solidarität ist so groß, daß die Regierung es nicht wagt, gegen Aktivitäten des NZS vorzugehen. Die Studenten fordern aber weitergehende demokratische Rechte: Volle Autonomie der Hochschule, d.h. unter anderem freie Wahlen zu den Hochschulgremien und Berufung der Lehrkräfte durch Hochschulgremien; bisher wurden alle vom Minister eingesetzt. Änderung der Lehrprogramme: Vermittlung der geschichtlichen Wahrheit und Recht der Professoren, etwas anderes als die offizielle Staatsdoktrin zu lehren; Aufnahme der bedeutenden polnischen Exil-Literatur in den Lehrplan, Abschaffung des Pflichtcharakters der Kurse in „Marxismus-Leninismus“; freie Presse.

In der Diskussion wurde von einigen Teilnehmern versucht, die NZS-Vertreter auf eine „außenpolitische Linie“ festzulegen. Sie stellten dagegen klar, daß der unabhängige Studentenverband sich politisch nicht festgelegt hat, sondern allen Studenten unabhängig von Parteirichtung und Ideologie offensteht. Vielmehr kämpfen sie erbittert gegen erzwungene politische Festlegungen, die die Regierung will. Natürlich fördert der NZS die politische Debatte über alle Themen. Seine Veranstaltungen finden Interesse weit über die Uni hinaus und dienen der Entwicklung selbständiger politischer Positionen in der Bevölkerung. Die Interpretation dieser Offenheit des Kampfes gegen das Monopol der Staatsdoktrin als „pro-westlich-imperialistisch“ wurde als lächerlich zurückgewiesen. Die DKP stellte die provozierende Frage: „Wollt ihr Sozialismus oder Konterrevolution ?“ und bekam die passende Antwort: was heißt hier Konterrevolution, wo bei uns noch nicht einmal eine Revolution stattgefunden hat! Als praktische Widerlegung dieser Anschuldigungen der USA-Hörigkeit wurde auf der Veranstaltung die Solidarität zwischen dem anwesenden Vertreter des bolivianischen Widerstandes Emilio Sanchez und dem NZS bekräftigt.

In der Debatte, die nach der Veranstaltung noch weiterging, berichteten die polnischen Studenten über die große Bewegung unter den Lehrkräften, die allerdings immer noch Disziplinierung und Entlassung befürchten müssen. Aber die Möglichkeiten der kritischen Auseinandersetzung werden immer besser.

Zur allgemeinen Lage in Polen: Die Bevölkerung versteht sehr gut, daß Solidarnosc eine Politik der kleinen Schritte machen muß. Zwar wäre die Unterstützung für rasche und tiefe Veränderungen vorhanden, hätte aber unweigerlich die Intervention der Sowjetunion zur Folge. Die katastrophale Versorgungslage führt nicht zu einer Spaltung im Volk und zu einer Aufhetzung gegen die unabhängige Gewerkschaft, sondern zum Kampf gegen die Mißwirtschaft. In diesem Zusammenhang ist auch das notwendige Einlenken in „Streikpausen“ zu sehen. Insgesamt schätzten sie die Entwicklung der demokratischen Fortschritte und der politschen Erfahrung der Massen sehr positiv ein. Aber über allem hängt wie ein Damoklesschwert die Interventionsdrohung.



Aktionstage im Fachbereich Sozialwesen Kiel

frl. An der Fachhochschule für Sozialwesen Kiel haben vom 5. bis zum 7. Mai Aktionstage zur neuen Prüfungsordnung stattgefunden. Die Prüfungsordnung an der FHS soll bis 1983 an das Landeshochschulgesetz angepaßt werden. Die Vorschläge für die neue Prüfungsordnung sollen bereits bis zum Sommer 1981 beim Kultusministerium eingereicht werden. Aus diesem Grund fanden bereits im letzten Semester Aktionstage im Fachbereich statt. Während der Aktionstage wurden in verschiedenen Arbeitsgruppen die Forderungen der Studenten zur neuen Prüfungsordnung formuliert. Ein Schwerpunkt dieser Forderungen ist die Notwendigkeit, das Studium praxisnäher zu gestalten. Bisher werden lediglich im Grundstudium ein vierwöchiges und im Hauptstudium ein sechswöchiges Praktikum abgeleistet, sowie ein Hauptstudium über zwei Semester wöchentlich zwei Stunden studienbegleitende Praxis. An die theoretische Ausbildung schließt ein einjähriges Berufspraktikum an. Bei der derzeitigen Handhabung läuft die Praxis relativ unvermittelt neben der theoretischen Ausbildung einher. Die Studenten fordern deshalb ein projektorientiertes Studium, in dem die vermittelte Theo-

den Prüfungen und den starken Prüfungsdruck. Für das Grundstudium fordern sie: Wegfall der Benotung; statt dessen eine Bescheinigung „bestanden/nicht bestanden“. Im Hauptstudium wird das Schwergewicht auf alternative Leistungsnachweise gelegt, z.B. Hausarbeit, Referat etc. Im Februar 1981 haben nun die Präsidenten der drei schleswig-holsteinischen Fachhochschulen einen Diskussionsentwurf für eine neue Prüfungsordnung vorgelegt. Die jetzigen Aktionstage hatten zum Ziel, die Durchsetzung der studentischen Forderungen voranzutreiben. Dazu sollte insbesondere auf die Diskussion des Prüfungsordnungsentwurfs innerhalb der Dozentenschaft eingewirkt werden, um möglichst viele Dozenten für eine Unterstützung der studentischen Forderungen zu gewinnen. Es fanden Gespräche mit Dozenten statt; außerdem wurden in Lehrbereichssitzungen und Vorlesungen über die studentischen Forderungen diskutiert. Um den Dozenten die Unterstützung der Forderungen „zu erleichtern“, wurde in einzelnen Aktionen eine größere Öffentlichkeit hergestellt. Zu dem Zweck fand ein Informationsstand in der Innenstadt, eine kurzzeitige Besetzung der Fachhochschule und als Zusammenfassung am 7.5. eine Abschlußdemonstration durch die Kieler Innenstadt statt. Ab-

Seniorenschutzbund „Graue Panther“:

...die Lebensverhältnisse älterer Menschen verbessern

khg. Mit heftiger Kritik an den Verhältnissen im Altenblindenheim Falkenried ist der Seniorenschutzbund „Graue Panther“ in der jüngsten Zeit an die Öffentlichkeit getreten. Rundfunk, Lokalpresse und sogar überregionale Zeitungen berichteten darüber. Im Folgenden sollen Arbeit und Ziel

Kontakte mit den Bewohnern in Alten-und Pflegheimen ist ein Schwerpunkt in der Tätigkeit der „Panther“. In der Broschüre heißt es: „Pflege-und Altenheime sind in Hamburg, wie wohl überall in der Bundesrepublik, berüchtigt für die Mißachtung und Mißhandlung, der in ihnen lebende, besser vege-

Die „Grauen Panther“ stellen sich auch theoretische Aufgaben. In der Broschüre heißt es:„Alt werden, geistig und körperlich gebrechlich werden, darf man incht in der BRD. Gleich kommen die Geier und gleich kommt Vater Staat mit Maßnahmen, die den alten Menschen dafür bestra-

Professoren, die solche Vorträge im offiziellen Rahmen der Universität nicht halten konnten; eine Demonstration zur tschechoslowakischen Botschaft zur Unterstützung der Charta 77; der Aufbau eines Untergrundverlages. Dabei war der neue Verband den ständigen Angriffen der Miliz ausgesetzt.

Die Streiks an der Küste im August/September 1980 wurden sofort von den Studenten im ganzen Land unterstützt. Ab Oktober 1980 wurden dann Schritte zur Gründung des unabhängigen Studentenverbandes NZS eingeleitet, der noch heute um seine volle Anerkennung von der Regierung kämpfen muß. Aus den Berichten wurde aber klar, daß de facto die Meinungs- und Betätigungsfreiheit an

wicklung selbständiger politischer Positionen in der Bevölkerung. Die Interpretation dieser Offenheit des Kampfes gegen das Monopol der Staatsdoktrin als „pro-westlich-imperialistisch“ wurde als lächerlich zurückgewiesen. Die DKP stellte die provozierende Frage: „Wollt ihr Sozialismus oder Konterrevolution ?“ und bekam die passende Antwort: was heißt hier Konterrevolution, wo bei uns noch nicht einmal eine Revolution stattgefunden hat! Als praktische Widerlegung dieser Anschuldigungen der USA-Hörigkeit wurde auf der Veranstaltung die Solidarität zwischen dem anwesenden Vertreter des bolivianischen Widerstandes Emilio Sanchez und dem NZS bekräftigt.

In der Debatte, die nach der Veran-



Aktionstage im Fachbereich Sozialwesen Kiel

frl. An der Fachhochschule für Sozialwesen Kiel haben vom 5. bis zum 7. Mai Aktionstage zur neuen Prüfungsordnung stattgefunden. Die Prüfungsordnung an der FHS soll bis 1983 an das Landeshochschulgesetz angepaßt werden. Die Vorschläge für die neue Prüfungsordnung sollen bereits bis zum Sommer 1981 beim Kultusministerium eingereicht werden. Aus diesem Grund fanden bereits im letzten Semester Aktionstage im Fachbereich statt. Während der Aktionstage wurden in verschiedenen Arbeitsgruppen die Forderungen der Studenten zur neuen Prüfungsordnung formuliert. Ein Schwerpunkt dieser Forderungen ist die Notwendigkeit, das Studium praxisnäher zu gestalten. Bisher werden lediglich im Grundstudium ein vierwöchiges und im Hauptstudium ein sechswöchiges Praktikum abgeleistet, sowie ein Hauptstudium über zwei Semester wöchentlich zwei Stunden studienbegleitende Praxis. An die theoretische Ausbildung schließt ein einjähriges Berufspraktikum an. Bei der derzeitigen Handhabung läuft die Praxis relativ unvermittelt neben der theoretischen Ausbildung einher. Die Studenten fordern deshalb ein projektorientiertes Studium, in dem die vermittelte Theo-rie auf konkrete praktische Fälle angewendet werden soll. Als weiteren Schwerpunkt für die neue Prüfungsordnung wenden sich die Studenten gegen die große Anzahl der abzuleisten-

den Prüfungen und den starken Prüfungsdruck. Für das Grundstudium fordern sie: Wegfall der Benotung; statt dessen eine Bescheinigung „bestanden/nicht bestanden“. Im Hauptstudium wird das Schwergewicht auf alternative Leistungsnachweise gelegt, z.B. Hausarbeit, Referat etc. Im Februar 1981 haben nun die Präsidenten der drei schleswig-holsteinischen Fachhochschulen einen Diskussionsentwurf für eine neue Prüfungsordnung vorgelegt. Die jetzigen Aktionstage hatten zum Ziel, die Durchsetzung der studentischen Forderungen voranzutreiben. Dazu sollte insbesondere auf die Diskussion des Prüfungsordnungsentwurfs innerhalb der Dozentenschaft eingewirkt werden, um möglichst viele Dozenten für eine Unterstützung der studentischen Forderungen zu gewinnen. Es fanden Gespräche mit Dozenten statt; außerdem wurden in Lehrbereichssitzungen und Vorlesungen über die studentischen Forderungen diskutiert. Um den Dozenten die Unterstützung der Forderungen „zu erleichtern“, wurde in einzelnen Aktionen eine größere Öffentlichkeit hergestellt. Zu dem Zweck fand ein Informationsstand in der Innenstadt, eine kurzzeitige Besetzung der Fachhochschule und als Zusammenfassung am 7.5. eine Abschlußdemonstration durch die Kieler Innenstadt statt. Ab-schließend kann man feststellen, daß die Aktionstage ein nützlicher Schritt zur Durchsetzung der studentischen Forderungen für die Prüfungsordnung waren.

Seniorenschutzbund „Graue Panther“:

...die Lebensverhältnisse älterer Menschen verbessern

khg. Mit heftiger Kritik an den Verhältnissen im Altenblindenheim Falkenried ist der Seniorenschutzbund „Graue Panther“ in der jüngsten Zeit an die Öffentlichkeit getreten. Rundfunk, Lokalpresse und sogar überregionale Zeitungen berichteten darüber. Im Folgenden sollen Arbeit und Ziel der „Grauen Panther“ anhand einer Broschüre, die die „Panther“ aus Anlaß ihrer 1½-jährigen Tätigkeit in Hamburg veröffentlicht haben, vorgestellt werden.

Nach der Satzung der „Panther“ ist Zweck des Vereins, älteren und alten Menschen das Recht auf Menschenwürde bewußt zu machen und in ihnen den Mut zu wecken, sich zu wehren, wenn ihnen dieses Grundrecht vorenthalten wird. Der Verein ruft alle bedrängten Mitbürger auf, sich an ihn zu wenden, wenn ihnen von irgendeiner Seite Unrecht zugefügt wird. Durch ständige Öffentlichkeitsarbeit will der Verein auf Mißstände hinweisen. Der verein macht es sich zur Aufgabe, Mitbürgern, deren Selbstbestimmung in Pflegeheimen oder psychiatrischen Anstalten durch Maßnahmen der Familie oder Wegnahme der Wohnung bedroht ist, mittels geeigneter Schritte zu helfen.

Die „Grauen Panther“ sind ein Zusammenschluß von älteren und jüngeren Menschen, der über die Grenzen Hamburgs hinaus im Norddeutschen Raum tätig ist. Im Jahre 1975 in Wuppertal nach dem amerikanischen Vorbild „Grey Panthers“ gegründet, gibt es seit Herbst 1979 eine Zweigstelle in Hamburg, die bis heute auf rund hundert Mitglieder angewachsen ist. Man trifft sich regelmäßig mittwochs in der

Werkstatt III im Nernstweg. Viele der zahlreichen jüngeren Mitglieder des Vereins sind selber in der Altenpflege tätig.

Kontakte mit den Bewohnern in Alten-und Pflegheimen ist ein Schwerpunkt in der Tätigkeit der „Panther“. In der Broschüre heißt es: „Pflege-und Altenheime sind in Hamburg, wie wohl überall in der Bundesrepublik, berüchtigt für die Mißachtung und Mißhandlung, der in ihnen lebende, besser vege-tierende Menschen ausgesetzt sind. Diese Mißstände aufzudecken haben wir uns zur Aufgabe gemacht. Verschiedene Mitglieder begannen, Kontakte zu Bewohnern von Pflegeheimen und Patienten von Krankenhäusern und psychiatrischen Anstalten aufzunehmen, um zugleich einen gründlichen Einblick in solche Institutionen zu bekommen. Unterstützt werden solche Informationen von Seiten dort Arbeitender, wobei leider oft die Sorge um den Arbeitsplatz dominiert, was allerdings verständlich ist, hat man erst einmal die Machtverhältnisse und die Hierarchie und die Intrigen, die dort herrschen, erlebt.“ Wer sich an die Berichte über das Altenblindenheim Falkenried erinnert, wo der Betriebsratsvorsitzenden gekündigt worden war, weil sie die „Panther“ unterstützt haben soll, weiß, daß diese Feststellung der „Panther“ richtig sind. Doch die Arbeit der „Panther“ besteht nicht nur in Kontakten zu Altenheimen. Mehrfach wurden die „Grauen Panther“ von Schulklassen eingeladen, die gerade das Thema „alte Menschen“ im Unterricht behandelten.

Darüberhinaus nehmen die „Panther“, soweit es ihre Kräfte erlauben, an Aktionen anderer alternativer Gruppen teil und knüpfen so neue Kontakte, solidarisieren sich mit den Bestrebungen anderer, das Leben in Hamburg menschenfreundlicher zu gestalten. Die Aktionen „Rettet den Fischmarkt“ und das „Altenwerde Fischerfest“ wurden unterstützt.

Die „Grauen Panther“ stellen sich auch theoretische Aufgaben. In der Broschüre heißt es:„Alt werden, geistig und körperlich gebrechlich werden, darf man incht in der BRD. Gleich kommen die Geier und gleich kommt Vater Staat mit Maßnahmen, die den alten Menschen dafür bestra-fen, solange gelebt zu haben, lebenslängliche Arbeit geleistet zu haben, zu Kriegen verurteilt gewesen zu sein – immer im Interesse des Staates. Es ist Betrug am Menschen und viele fallen darauf rein, glauben an Versprechungen, galuben an staatliche Hilfe und Fürsorge, merken nicht, daß ihre Anwesenheit hier nur so lange erwünscht ist, solange sie die Leistungsnormen unserer Gesellschaft erfüllen,merken nicht, daß materielle Absicherungen keine Sicherheiten sind, übersehen ihre Chance, rechtzeitig ein starkes Netz tragfähiger Beziehungen zu knüpfen, glauben an familiäre Bindungen, weil die Familie heilig ist, sehen nicht, daß die Familien keine Familien mehr sind, sondern nur kleinste Todeszellen zur Aufrechterhaltung des Staatsapparates und einzelner Machtinteressen.

Die Zusammenhänge gründlicher zu erforschen und zu dokumentieren, wird wohl in Zukunft eine der Hauptaufgaben der „Grauen Panther“ sein. Einzelnen Menschen in dem Ausmaß zu helfen versuchen, wird uns auch in Zukunft nur beschränkt möglich sein. Wir können unmöglich die ganze Arbeit leisten, die eigentlich die Aufgabe des Staates und jedes Mitgliedes unserer Gesellschaft ist.“

Als Alternative zu den miserablen Lebensbedingungen der Alten in den Kleinfamilien oder in Heimen sehen die „Grauen Panther“ das Zusammenleben in Generationenwohngemeinschaften:„Wir wollen lernen, uns selbst zu helfen, wollen uns unabhängig vom Familienverband über die Generationsschranke hinweg gegenseitig kennen-und verstehenlernen, wollen uns gegenseitig stützen und begleiten, wollen jenes Beziehungsnetz knüpfen, aus dem wir nicht herausfallen, wenn wir hilflos sind....“.

Veranstaltungskalender

Filme

Pharao, erster wissenschaftlich fundierter Monumentalfilm über das alte Ägypten, 15.-21.5., 15.30 und 20.30 Uhr;

Lawrence von Arabien, Monumentalfilm über den Befreiungskampf der Araber, Abaton, 29.-31.5., 13.30 und 19.45 Uhr;

Musik

Die Brecht/Mühsam Bande, 28.5. 21 Uhr, Markthalle;

Theater

Die Dreigroschenoper , Schauspielhaus, 23., 25., 27.5. 20 Uhr;
Bananas, Kleckstheater für Kinder über die Probleme der 3. Welt, 20., 27.5. 10 Uhr, 12., 19., 26.5. 10 und 19 Uhr, Rampe;
Der zufällige Tod des Christian K., 19., 26.5. 20.30 Uhr, 31.5. 19 Uhr, Malersaal;

Vereinigung für revolutionäre Volksbildung

Arbeitsgruppe DEUTSCHE GESCHICHTE: Auflösung der Urgesellschaft / asiatische Produktionsweise und Sklaverei, Mittwoch, 20.5.81, 20.00 Uhr, Eimsbütteler Krug, Oster Str. 5.

Kommunistische Volkszeitung
Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Ständiger Ausschuß, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telex 413080 kuehl d, Telefon 0611/730231, Sekretär Hans-Gerhart Schmierer; Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telefon 0611/730231; Regionalredaktion: Kleine Rainstraße 21, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/394904; verantwortlicher Redakteur für die Seiten 1 – 12/16: Bernhard Peters, Für die Seiten 13 – 15: Lutz Plümer; Druck: Eigendruck; Verlag: Kühl Verwaltungs GmbH & Co. Verlags-Kommanditgesellschaft; Geschäftsführer: Bernd Wagner, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt am Main 2.
Diese Zeitung erscheint wöchentlich und kostet als Einzelexemplar 1 DM; Jahresabonnement 50 DM (zzgl. 8,40 DM Postgebühr), Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. 4,20 DM Postgebühr), Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. 2,30 DM Postgebühr). Abbestellungen sollen spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein, sonst verlängert sich das Abonnement automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen bitte an den Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt / M. 2, Telefon 0611/730234.

Anläßlich eines Clash-Konzertes in den Messehallen

güj. Weil ein Teil der Gelder an „sogenannte Flüchtlinge" (die u.a. „von der VR China produziert worden" seien) und an die Roten Khmer gelangt sei, kritisiert die DKP-Zeitung „Unsere Zeit" vom 9.5.81 die Live-LP „Concert for the people of Kampuchea". Diese LP dokumentiert vier Rock-Veranstaltungen, die vor über einem Jahr im Londoner Hammersmith Odeon zugunsten der *Bevölkerung* von Kampuchea stattfanden. Konzert, Platte und ein Filmmitschnitt brachten 1,5 Mio. Dollar. Auf dieser Platte ist neben den Who, Specials u.a. auch die Londoner Gruppe „Clash" zu hören. Clash spielte am 12. Mai in Hamburg (Messehalle 8).

Im neuerdings so weltoffenen Veranstaltungskalender oder an anderen Stellen dieser Zeitung findet man eher ein Lob der „Spitzen-Jazz-Band Stintfunk" (4.5.) oder einen Hinweis auf „Willkommen, Mr. Chance, Satire auf das Fernsehzeitalter" (11.5.) als auf sowas. Wie also soll man in solchem Rahmen erklären, was die Clash sind? Im Karolinenviertel weiß jeder Jugendliche, wer die Clash sind. In England sind sie so populär wie die Stones in ihrer Anfangszeit. Im Londoner Stadtteil Brixton handelten kürzlich schwarze und weiße Jugendliche ähnlich einem Clash-Text: „Wenn sie an deine Haustür klopfen, wie kommst du dann raus? Mit den Händen über dem Kopf oder am Abzug deines Gewehrs? Ihr könnt uns rumstoßen, ihr könnt uns grün und blau schlagen. Ihr könnt uns sogar töten. Aber ihr müßt mit den Gewehren von Brixton rechnen!" (The Guns of Brixton, auf der Clash-LP „London Calling").

Clash begann als typische Punk-Band. Später gingen gewisse Reggae-Einflüsse in die Musik der Gruppe mit ein. Dabei handelt es sich aber weniger um den „ländlichen Reggae" (z.B. Dennis Brown), sondern um „Großstadt-Reggae", wie ihn viele schwarze Gruppen in den englischen Städten spielen. Die Musik von Clash muß man hören, und zwar am besten live zusammen mit den Leuten, deren Musik sie ist. Beschreiben kann man sie nur, zumindest in dieser Zeitung, als das Gegenteil der Sozialarbeiter-Melodien der „Bots" und ähnlicher Gruppen. „Die Regierung muß fallen, wie kannst du das ablehnen?" singt Clash, und so ist auch die Musik. Sowas ist mit Sicherheit „zu undifferenziert" für die moderne Linke der 80er Jahre, weshalb die Punker den Kern des Publikums ausmachten und die große Messehalle 8 nicht ganz voll wurde.

Musik und Text der Clash versteht man einigermaßen (bzw. versteht mancher sicher dann gerade nicht), wenn man den unten abgedruckten Text zu den „Bots" liest, der aus der inzwischen der „neuen Welle" nahestehenden Musikzeitschrift „Sounds" stammt (die „Neue Welle" ist Musik mit deutschen Texten und ist Nachfolger des alten 77er Pogo-Punk).

„Georg Danzer hat vor Jahren ein Lied geschrieben, dann kommt eine holländische Polit-Jazz-Rock-Combo, ändert den Song so, wie sie's braucht, spielt als Außenseiter auf einem gigantischen "Nein danke"-Festival und die anwesende Aktionseinheit aus Ökos, Jusos, aus Tunixen und Tuwassen steht auf und hat „kraftvoll gegen Strauß demonstriert". Jaja, so einfach ist das heute geworden, linke Politik zu machen. Einfach aufstehn. Wenn das nur noch was mit Politik zu tun hätte. Denn ob irgendwann in Frankfurt 60000 Plakettenträger aufstehn oder in China fällt ein Sack Reis um – wen juckt's? Bestimmt nicht die hochspezialisierten Machttechnokraten, die die subtilen und verschachtelten Steuerungsprozesse in den kodierten und elektronisch verdateten Schaltstellen der politischen Zentren kontrollieren. Die stehen ja auch nicht auf, das können sie sich nicht leisten, sie *arbeiten* ja. Unbeirrt dessen gibts jedoch immer noch jede Menge „linker Demokraten", die ebenso aufrichtig wie unbeirrt weiterstricken am Traum 1848; ihre Geschichte beginnt mit den Bauernkriegen. Zu diesen Leuten gehören auch die holländischen bots und das neugegründete Musikant-Label. Beide haben extrem guten Willen, diese unsere Welt durch ihre Kritik zu verbessern.

Nun soll man niemand seinen Traum nehmen, aber man darf doch hoffentlich noch aufzeigen, wo zwar der Geist willig ist, aber leider zu schwach, und ohne gleich – wie „drüben" – einen Verbesserungsvorschlag machen zu müssen. Bei der hier vorgelegten LP handelt es sich jedenfalls um musikalisches Material, das die bots auf ihren holländischen LPs schon veröffentlicht haben, für die deutschen Textübersetzungen haben sie sich offenbar an den Peinlichkeitslisten der letzten „Titanic"- Ausgaben orientiert. (Wolf Biermann, Henning Venske usf.) Es sind halt so richtig nette Kerle mit langen Haaren und Canabis-T-Shirt, alle wie aus einer Halfzware-Reklame entsprungen, und solche Musik machen sie auch: für Leute, die selbst drehen und dabei auch manchen Brösel Afghanen (noch besser:Homegrown) verarbeiten. Lobenswert ist jedoch die Idee, die Basis-tracks (also ohne Gesang und Leadinstrumente) für den nichtkommerziellen Gebrauch auf Kassette weiterzuverkaufen. (...) Vielleicht wird's so richtig subversiv. Zumindest erreicht man dann mehr als nur Aufstehn. P.S. Kennt jemand noch den Kalauer-Schlager „Vadder! Aufstehn!"? Dessen eindeutiger Schluß lautet:„So, jezz kannste liejenblaiben!" (SOUNDS,3/81)

Die neuere politisch-ideologische Entwicklung der KVZ kündigt sich im „Kulturteil" immer schon im voraus an. Daß es theoretisch nicht weit her ist mit den westdeutschen Revolutionären, erfährt man seit Jahren aus diversen Organen der Linken. Für diejenigen, die sowas bisher gar nicht mitkriegten, weil sie es für ausreichend hielten, eine einzige Variation der Weltinterpretation zu ihrem „Standpunkt" zu machen, gibt's seit Monaten in allgemeinen Artikeln der verschiedenen Verwalter der Selbstkritik im KBW etwas Nachhilfeunterricht. *Einseitige* Borniertheit ist ab sofort fehl am Platz, verlangt wird nach dem nach allen Seiten aufgeschlossenen Individuum. Ist dieses Individuum erst mal dadurch produziert, indem man ihm zu seiner Überraschung die Kompliziertheit dieser Welt vor Augen hält, worauf ihm plötzlich gar nichts mehr klar ist, dann drängt sich solchermaßen geläuterten Dogmatikern fast gesetzmäßig ein „Theorie-Praxis-Problem" auf. Solche Konstruktion des Gegensatzes von Wissenschaft und Wirklichkeit verrät natürlich nur, daß man nie davon ausging, daß die Wirklichkeit durch die Differenz zwischen Erscheinung und Wesen charakterisiert ist. Neue Kriterien werden dann öffentlich gesetzt: Diskutiert wird ab sofort „interessant und sachlich" (KVZ 27.4.S.15), Veranstaltungsqualitäten ergeben sich durch „Vielfalt' und „beste Stimmung". Die Begegnung mit Leuten, von denen sich einige früher (versehentlich, wie sich herausstellt) durch Gräben getrennt sahen, wird zum „positiven Aspekt" (alles in KVZ 4.5.S.15).

Auch kulturell geht's mächtig vorwärts: Hat man früher gegenüber der revisionistischen Theorie vom „Kulturerbe", auf das die Arbeiterklasse bauen soll, nur zu oft nicht etwa durch Kritik der Inhalte dieses Kulturerbes und sodann der Absichten (nämlich Anpassung der Arbeiterbewegung an den Liberalismus) geglänzt, sondern durch Denunziation, so kehrt man heute wieder zurück zur bekannten Mischung aus Abiturientenwissen und Wissen aus den gängigen DDR-Werken und erklärt, die Massen müßten dem *Aufklärer* und Vorkämpfer der Bourgeoisie Gotthold Lessing noch heute für seine Enthüllungen „dankbar" sein (KVZ 23.2.S.15). Als reichte es nicht aus, ihn zu kritisieren. Die Konsequenz solch moderner undogmatischer Kultursicht läßt sich locker auf heute übertragen: Wallraff, der *Aufklärer* von *heute*, enthüllt ohne Ende und voller journalistischem Berufsethos, wie der deutsche Arbeiter von der BILD-Zeitung „manipuliert" wird. Noch alle deutschen Hofberichterstatter von Funk und Presse sind sich einig mit diesem linken Verfassungsschützer und leisten ihre Aufgabe umso besser ganz im Bewußtsein der Ausgewogenheit. Die Spekulation, warum die Proleten nun die BILD-Zeitung lesen, hat nun auch den KVZ-Kulturteil erfaßt. Aller Kapital-Schulung zum Trotz (denn *da* steht die Antwort) erfährt man: „Ein wesentlicher Grund ist sicher, daß der Inhalt rasch erfaßt wird, oft reicht bei einem Artikel die Überschrift, um zu wissen, was er enthält". (KVZ 30.3.S.16). Nun reicht zwar auch in der KVZ bei manchem Atrikel die Überschrift, aber vielleicht nützt größerer Schrifttyp, wenn schon der *Inhalt* so gleichgültig ist.

Ist man nun schon positiv bei Wallraff, so ist man gleich bei einem neuen aufklärerischen Kulturereignis: den „Bots". Denn für die schreibt und übersetzt auch Wallraff, und er meint: „So stelle ich mir neuartige Volkslieder vor" (nach UZ, 9.5.). An den Texten der Bots entdeckt nun ein KVZ-Redakteur gerade noch „eine gewisse Oberflächlichkeit" (mehr nicht) und findet es ungeachtet dessen „sehr erfreulich, daß Texte und Gitarren-Harmonien abgedruckt sind" (KVZ 23.3.S.12). Die Plattensammlung der Leute, die sowas verfassen, endet meistens kurz nach 1970 mit Beatles oder Jethro Tull, neben die sich später noch Ernst Busch gesellte. Bestand bisher die Kritik an der wirklichen Welt für manchen darin, sie zu ignorieren, wo sie nicht paßte, gönnt man sich heute (noch etwas „reserviert" hier und da) ganz im Zeichen der neuen Toleranz schon mal ein Liedchen links von Peter Maffay. Wie sich der Spiegel-Leser über den BILD-Leser erhaben dünkt, so der Bots-Hörer über Disco.

Aufgeklärte Ex-Dogmatiker wippen heute mit dem Fuß zu einem solchen Text: „Alle, die zu ihrer Freiheit auch die Freiheit des Nachbarn brauchen, sollen aufstehen. Alle, für die Nehmen schön wie Geben ist und Geld verdienen nicht das ganze Leben ist, die von ihrer Schwäche sprechen ... " usw. „sollen aufstehen". Auf denn, solches Aufstehen wird durch keine Kritik am modernen Kapitalismus gebremst. Und der nette KVZ-Redakteur von nebenan, mit dem man sich nun so interessant unterhalten kann, wird an solchen „Erhebungen" auch nichts ändern. Die linksbürgerliche Haltung zur RAF in dieser Zeitung (halbherzige Kritik *und* halbherzige Solidarität, s.a. KVZ 27.4.S.7) erklärt die Kritik an Gruppen wie den Clash durch Nichtwahrnehmung.

Die Musik und die Texte der Clash sind grob gesagt proletarischer Anarchismus. Im Konzert ließen die Clash parallel zur anarchistisch-aggressiven Musik Dias einblenden, deren Inhalt im wesentlichen militante Agitation gegen Polizeiterror, Kriegsabsichten, die Unterdrückung Nordirlands und gegen verhaßte Vertreter der englischen Bourgeoisie war. In London, aber auch hier sympathisieren kleine Teile der Arbeiterjugend mit solchem Anarchismus. Das ist wahrlich kein Grund zum Jubel. Besser wäre es, sie verfügten über eine wissenschaftliche Kritik am Kapitalismus. Daß sie darüber nicht verfügen und gegen das „Theoretisieren der 68" große Ablehnung ausdrücken, liegt mit an denen, die im Namen des Kommunismus staatstreue Aufklärer spielen oder an denen, die diese Kritik nur halbherzig leisteten. Man kann theoretisches Defizit feststellen, um es zu beseitigen. Man kann auch im Namen „fehlender Theorie" anfangen, hundsnormalen bürgerlichen Liberalismus, also eine *andere* falsche Theorie, herunterzubeten. Unter der Bedingung ist es verständlich, wenn Leute, die mit dem Liberalismus nicht in „sozialen Berufen" ihren Lebensunterhalt verdienen können, sondern dies als Lohnarbeiter tun müssen, statt den Bots-Aufstehen lieber die Clash hören.

Kommunistische Politik ist Resultat wissenschaftlicher Einsicht in das Kapitalverhältnis und als solche dessen Kritik. Sie zielt auf Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft. Die Revolutionäre können ohne Kritik des Kapitalismus schwerlich Revolutionäre bleiben. Die proletarische Jugend bleibt ohne diese Kritik ihr Lebtag lang trotzdem auf den Verkauf der Arbeitskraft an den Kapitalisten angewiesen. Die staatsfeindlichen Bestrebungen unter dieser Jugend zu zersetzen und deren Anpassung an den Liberalismus zu betreiben, kann jedenfalls nicht Aufgabe der Revolutionäre sein. Nach einem Clash-Konzert wird das Reaktionäre an solchen Versuchen (wie sie sich auch in dieser Zeitung seit längerem häufen) nochmals überdeutlich.

lautet:„So, jezz kannste liejenblaiben!" (SOUNDS,3/81)

Clash begann als typische Punk-Band. Später gingen gewisse Reggae-Einflüsse in die Musik der Gruppe mit ein. Dabei handelt es sich aber weniger um den „ländlichen Reggae" (z.B. Dennis Brown), sondern um „Großstadt-Reggae", wie ihn viele schwarze Gruppen in den englischen Städten spielen. Die Musik von Clash muß man hören, und zwar am besten live zusammen mit den Leuten, deren Musik sie ist. Beschreiben kann man sie nur, zumindest in dieser Zeitung, als das Gegenteil der Sozialarbeiter-Melodien der „Bots" und ähnlicher Gruppen. „Die Regierung muß fallen, wie kannst du das ablehnen?" singt Clash, und so ist auch die Musik. Sowas ist mit Sicherheit „zu undifferenziert" für die moderne Linke der 80er Jahre, weshalb die Punker den Kern des Publikums ausmachten und die große Messehalle 8 nicht ganz voll wurde.

Musik und Text der Clash versteht man einigermaßen (bzw. versteht mancher sicher dann gerade nicht), wenn man den unten abgedruckten Text zu den „Bots" liest, der aus der inzwischen der „neuen Welle" nahestehenden Musikzeitschrift „Sounds" stammt (die „Neue Welle" ist Musik mit deutschen Texten und ist Nachfolger des alten 77er Pogo-Punk).

Die neuere politisch-ideologische Entwicklung der KVZ kündigt sich im „Kulturteil" immer schon im voraus an. Daß es theoretisch nicht weit her ist mit den westdeutschen Revolutionären, erfährt man seit Jahren aus diversen Organen der Linken. Für diejenigen, die sowas bisher gar nicht mitkriegten, weil sie es für ausreichend hielten, eine einzige Variation der Weltinterpretation zu ihrem „Standpunkt" zu machen, gibt's seit Monaten in allgemeinen Artikeln der verschiedenen Verwalter der Selbstkritik im KBW etwas Nachhilfeunterricht. *Einseitige* Borniertheit ist ab sofort fehl am Platz, verlangt wird nach dem nach allen Seiten aufgeschlossenen Individuum. Ist dieses Individuum erst mal dadurch produziert, indem man ihm zu seiner Überraschung die Kompliziertheit dieser Welt vor Augen hält, worauf ihm plötzlich gar nichts mehr klar ist, dann drängt sich solchermaßen geläuterten Dogmatikern fast gesetzmäßig ein „Theorie-Praxis-Problem" auf. Solche Konstruktion des Gegensatzes von Wissenschaft und Wirklichkeit verrät natürlich nur, daß man nie davon ausging, daß die Wirklichkeit durch die Differenz zwischen Erscheinung und Wesen charakterisiert ist. Neue Kriterien werden dann öffentlich gesetzt: Diskutiert wird ab sofort „interessant und sachlich" (KVZ 27.4.S.15), Veranstaltungsqualitäten ergeben sich durch „Vielfalt' und „beste Stimmung". Die Begegnung mit Leuten, von denen sich einige früher (versehentlich, wie sich herausstellt) durch Gräben getrennt sahen, wird zum „positiven Aspekt" (alles in KVZ 4.5.S.15).

Auch kulturell geht's mächtig vorwärts: Hat man früher gegenüber der revisionistischen Theorie vom „Kulturerbe", auf das die Arbeiterklasse bauen soll, nur zu oft nicht etwa durch Kritik der Inhalte dieses Kulturerbes und sodann der Absichten (nämlich Anpassung der Arbeiterbewegung an den Liberalismus) geglänzt, sondern durch Denunziation, so kehrt man heute wieder zurück zur bekannten Mischung aus Abiturientenwissen und Wissen aus den gängigen DDR-

Ist man nun schon positiv bei Wallraff, so ist man gleich bei einem neuen aufklärerischen Kulturereignis: den „Bots". Denn für die schreibt und übersetzt auch Wallraff, und er meint: „So stelle ich mir neuartige Volkslieder vor" (nach UZ, 9.5.). An den Texten der Bots entdeckt nun ein KVZ-Redakteur gerade noch „eine gewisse Oberflächlichkeit" (mehr nicht) und findet es ungeachtet dessen „sehr erfreulich, daß Texte und Gitarren-Harmonien abgedruckt sind" (KVZ 23.3.S.12). Die Plattensammlung der Leute, die sowas verfassen, endet meistens kurz nach 1970 mit Beatles oder Jethro Tull, neben die sich später noch Ernst Busch gesellte. Bestand bisher die Kritik an der wirklichen Welt für manchen darin, sie zu ignorieren, wo sie nicht paßte, gönnt man sich heute (noch etwas „reserviert" hier und da) ganz im Zeichen der neuen Toleranz schon mal ein Liedchen links von Peter Maffay. Wie sich der Spiegel-Leser über den BILD-Leser erhaben dünkt, so der Bots-Hörer über Disco.

Aufgeklärte Ex-Dogmatiker wippen heute mit dem Fuß zu einem solchen Text: „Alle, die zu ihrer Freiheit auch

anfangen, hundsnormalen bürgerlichen Liberalismus, also eine *andere* falsche Theorie, herunterzubeten. Unter der Bedingung ist es verständlich, wenn Leute, die mit dem Liberalismus nicht in „sozialen Berufen" ihren Lebensunterhalt verdienen können, sondern dies als Lohnarbeiter tun müssen, statt den Bots-Aufstehen lieber die Clash hören.

Kommunistische Politik ist Resultat wissenschaftlicher Einsicht in das Kapitalverhältnis und als solche dessen Kritik. Sie zielt auf Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft. Die Revolutionäre können ohne Kritik des Kapitalismus schwerlich Revolutionäre bleiben. Die proletarische Jugend bleibt ohne diese Kritik ihr Lebtag lang trotzdem auf den Verkauf der Arbeitskraft an den Kapitalisten angewiesen. Die staatsfeindlichen Bestrebungen unter dieser Jugend zu zersetzen und deren Anpassung an den Liberalismus zu betreiben, kann jedenfalls nicht Aufgabe der Revolutionäre sein. Nach einem Clash-Konzert wird das Reaktionäre an solchen Versuchen (wie sie sich auch in dieser Zeitung seit längerem häufen) nochmals überdeutlich.

Auseinandersetzung zur Wohnungsfrage

Leserbrief zum Artikel in der KVZ 15/81 S. 15 und KVZ 17/81 S. 15.

(...) Warum entzündet sich der Kampf nun nicht an der Renten- und BAFöG-Senkung, sondern an dem Punkt der Wegsanierung meist schlechten aber billigen und stadtnahen Wohnraums?

Die KUK(*) stellt fest: „Ein Umzug aus einem Altbau, erbaut vor 1924, ohne Bad, in einen Altbau späterer Errichtung, mit Bad, erhöht die Mietausgaben im Durchschnitt um rund 34%, ein Umzug in eine Sozialwohnung mit Zentralheizung verdoppelt die Miete." (KuK 3/81, S. 23) Außerdem liegen diese Sozialwohnungen meist weit vor dem Stadtzentrum, was mehr Fahrzeit und Fahrgeld bedeutet. Ganz abgesehen von der menschenfeindlichen Gestaltung solcher Wohnsilos in den Trabantenstädten.

Hier liegt offenbar der Hase im Pfeffer. Renten- und BAFöG-Senkungen, geringe Lehrlingsentgelte usw., sind vielleicht noch zu ertragen, wenn man billigen, stadtnahen Wohnraum zur Verfügung hat. Wird die Einkommensmisere drastisch verschärft durch Wegsanierung billigen Wohnraums, Mieterhöhungen usw., erhöhte Fahrgeldausgaben, usw. wird der Zustand unhaltbar. Unweigerlich kommt es zu sozialen Kämpfen, die sich zunächst gegen den Vermieter richten als vermeintliche Ursache.

Die Arbeiterklasse kann dem begegnen mit Lohnforderungen, mit Streiks um die Mieterhöhungen z.T. auszugleichen. Die Statistik beweist, daß ihr das auf die Dauer nicht gelingt. Wie gesagt, deshalb die Sympathie mit den Kämpfen der spontanen Bewegung.

Die spontane Bewegung hat sich in Stadtteilinitiativen organisiert. Sie liefern den Vermietern und den staatlichen Organen einen ziemlich zähen Kampf. Sie mischen sich zunehmend mehr in alle Reproduktionsbedingungen ein, u.a. Kindergärten, Schulen, Straßenführungen, Spielplätze, Flughafenbau, Flußverschmutzung, Wohnungen usw.

Ich habe den Eindruck, daß die Stadtinitiativen immer mehr zu Stadtteilräten werden, die den Volkswillen gegenüber der Staatsmacht vertreten. (...)

Der KBW macht gegenwärtig den Vorschlag, die Frage des Eigentums an Grund und Boden im Zusammenhang mit den Mieterhöhungen und der Wohnungsnot erneut zu diskutieren.

Der KBW hält die Nationalisierung von Grund und Boden für richtig, weil damit die absolute Grundrente wegfällt und damit theoretisch eine Mietsenkung möglich wäre. Nur, selbst wenn die Mieten dadurch auf die Dauer ein geringeres Niveau bekämen, wäre damit nicht viel erreicht. Engels führt dazu aus: „Der Arbeitslohn würde also durchschnittlich um den ersparten Durchschnittsmietbetrag fallen..." a.a.O., S. 241.

Politisch würde man sich damit wahrscheinlich isolieren, weil die Bauern, Kleinbürger und selbst Teile der Arbeiter, die ein kleines Häuschen mit Grundstück besitzen, damit in das Lager der Bourgeoisie getrieben würden. Anstatt Vereinheitlichung der Bewegung hätte man damit das Gegenteil erreicht.

Abgesehen davon, würde durch eine solche Maßnahme sich aktuell an der Wohnungsnot nichts ändern, wie der KBW ganz richtig schreibt. Es sei denn, der Staat wäre nicht mehr ein Instrument der Bourgeoisie, sondern der Staat der Arbeiterklasse, wo wie es im Kommunistischen Manifest vorausgesetzt ist.

Ich halte nichts von der Aktualisierung einer Forderung, die nichts einbringt und die Frage „Wessen Staat ist der Staat?" umschiffen kann. (...)

güh, Hamburg.

(* Kommunismus und Klassenkampf)

Rettet die Elbe – jetzt

3. Fischerfest in Hamburg

bel. Entlang der Elbe zwischen Teufelsbrück und Nienstedten konnte man sich letzten Samstag über die zunehmende Zerstörung der Umwelt beim Fischerfest informieren. Initiativen gegen die Elbverschmutzung und Industrieansiedlungen aus dem gesamten Unterelberaum legten in Broschüren, Flugblättern und auf Stelltafeln die rücksichtslose Zerstörung der Natur dar. Ausgestellte Fische mit krankhaften Geschwüren zeigten die Auswirkungen der Elbverschmutzung. Bürgerinitiativen gegen die Kernkraftwerke berichteten, ebenso wie die Initiative der Morrburger und Francoper zur Erhaltung ihres Dorfes. An einem Stand wurden die Auswirkungen der Firma Boehringer in Hamburg auf das Gemüseanbaugebiet Vier- und Marschlanden dargestellt. Auf dem gesamten Fest wurden Unterschriften gesammelt für die Forderungen der Fischer: Wir fordern von der Bundesregierung und den Landesregierungen Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen: 1. Sofortiges Verbot aller Schwermetalleinleitungen in die Elbe. 2. Sanierung der Elbe bis 1984. 3. Aufstellung eines Planentwurfs zur Sanierung der Elbe bis September 1981. Anschließend öffentliche Erörterung dieses Entwurfs mit den betroffenen Elbanwohnern. 4. Abkommen mit der DDR und CSSR zur Reduzierung der grenzüberschreitenden Abwasserfracht. 5. Ausreichende Maßnahmen zur Erhaltung der Elbfischerei für die Übergangszeit.





Ein Interview mit den „Schmetterlingen“



acm. Das nachfolgende Interview führte ich mit Schurli Herrnstadt von den „Schmetterlingen“ im Anschluß an ihr Konzert in Hofheim bei Frankfurt am 6. Mai. Das Interview ist aus Platzgründen leicht gekürzt. Dabei fiel der Abschnitt über den Texter der „Proletenpassion“ und der „Herbstreise“ – Heinz Unger, ein österreichischer Literat und Stückeschreiber – weg. Über die Aufführung ihres neuesten Stückes „Verdrängte Jahre“ mit Texten von Jura Soyfer haben wir in der letzten Ausgabe der KVZ berichtet.

Wie ist eure politische und künstlerische Entwicklung verlaufen?

Wir sind 1969 als Gruppe entstanden und haben drei Jahre internationale Volksmusik gesungen. 1974 haben wir mit deutschen Texten begonnen. Die erste Arbeit war zu einem Gedenktag des Chileputsches. 1976 haben wir die „Proletenpassion“ uraufgeführt und dann bis zum Winter 1977 neu überarbeitet. Danach haben wir die Platte gemacht und waren mit der „Proletenpassion“ ziemlich lange auf Tournee. 1978/79 produzierten wir die „Herbstreise“ – das war ein Liederprogramm. Jetzt im Sommer 1980 das Jura Soyfer-Stück „Verdrängte Jahre“, über die Zwischenkriegszeit in Österreich. Politisch sind wir auch von den normalen Überlegungen der 68er Bewegung ausgegangen und wir haben dann beschlossen, diese politischen Vorstellungen in unseren Texten auszudrücken. Und dann ging eine Politisierung immer Hand in Hand mit für uns anstehenden Problemen. Z.B. die „Proletenpassion“, wo wir viel Material aufgearbeitet haben über die Geschichte und theoretische Fragen, weil wir das für dieses Programm gebraucht haben. Und so sind wir durch die deutsche Landschaft gefahren, durch die politische.

Eure Musik ist relativ programmatisch und eng an den Kämpfen des Proletariats angelehnt; aber direkt politisch organisiert ward ihr nie?

Eigenständig haben wir uns auch nicht entwickelt. Wir haben das ganze Umfeld der Organisationen mitbekommen und damit auch die Diskussionen. Es ist ja nicht so, daß jemand, der nicht Mitglied ist, vollkommen losgelöst ist, sondern er bekommt die Diskussionen mit, hat seine Freundschaften usw. Und die politisieren ja stärker als die reine Mitgliedschaft. Die ist halt ein Stückchen Papier oder die Verpflichtung, irgendwo an einer Ecke die Zeitung zu verkaufen. Aber mitbekommen, was sich politisch abspielt, das tut man auch so. Und die Schulung betreiben wir selber auch.

Eure Stellung zur UdSSR hat sich im Laufe der Zeit verändert. In der „Proletenpassion“ hattet ihr erklärt, über die UdSSR wärt ihr euch nicht einig. In einem Interview Anfang '80 hast du dann festgestellt, daß die Sowjetunion kein sozialistisches Land sei, aber daß es ein sozialimperialistisches sei, könntet ihr nicht sehen. Hat sich seit Polen

henden Problemen. Z.B. die „Proletenpassion“, wo wir viel Material aufgearbeitet haben über die Geschichte und theoretische Fragen, weil wir das für dieses Programm gebraucht haben. Und so sind wir durch die deutsche Landschaft gefahren, durch die politische.

Eure Musik ist relativ programmatisch und eng an den Kämpfen des Proletariats angelehnt; aber direkt politisch organisiert ward ihr nie?

Eigenständig haben wir uns auch nicht entwickelt. Wir haben das ganze Umfeld der Organisationen mitbekommen und damit auch die Diskussionen. Es ist ja nicht so, daß jemand, der nicht Mitglied ist, vollkommen losgelöst ist, sondern er bekommt die Diskussionen mit, hat seine Freundschaften usw. Und die politisieren ja stärker als die reine Mitgliedschaft. Die ist halt ein Stückchen Papier oder die Verpflichtung, irgendwo an einer Ecke die Zeitung zu verkaufen. Aber mitbekommen, was sich politisch abspielt, das tut man auch so. Und die Schulung betreiben wir selber auch.

Eure Stellung zur UdSSR hat sich im Laufe der Zeit verändert. In der „Proletenpassion“ hattet ihr erklärt, über die UdSSR wärt ihr euch nicht einig. In einem Interview Anfang '80 hast du dann festgestellt, daß die Sowjetunion kein sozialistisches Land sei, aber daß es ein sozialimperialistisches sei, könntet ihr nicht sehen. Hat sich seit Polen

eure Stellung geändert?

Polen hat uns in der Frage, ob das jetzt Sozialimperialismus ist oder ob man diese Politik wieder neu definieren muß, keine Antwort gebracht. Daß das eine aggressive Macht ist, darüber sind wir uns einig. Die Frage ist, ob man das Imperialismus nennen kann. Denn z.B. nach der gängigen Beschreibung, Imperialismus-Beschreibung leninistischer Art, also wenn man sagt, das hat mit Kapitalexport zu tun, ja dann muß man sagen, daß von dieser Definition aus die Sowjetunion ein Mini-Imperialist ist. Ich glaube auch, daß die Frage mit Afghanistan und Polen nicht direkt mit dem Kapitalexport zu tun hat ... Ich glaube, daß das eher wieder etwas altkoloniale Form der Rohstoffausbeutung ist. Daß das eindeutig strategisch-militärische Ursachen hat. Diese Frage ist mir auch von den linken Organisationen zu schnell, viel zu schnell, beantwortet worden. Und nicht theoretisch fundiert, ob das wirklich im klassischen Sinn was mit Imperialismus zu tun hat. Unter Sozialimperialismus wurden von Lenin in der Analyse auch früher ganz andere Länder gefaßt. Länder eben, die ausgeprägte imperialistische Mächte waren. Ich glaube, daß das die Sowjetunion in dem Sinne nicht ist. Das hat aber nichts damit zu tun, daß ich nicht persönlich die Sowjetunion als einen äußerst gefährlichen Staat einschätze.

Ihr kommt von der 68er Bewegung. Mein Eindruck ist, daß euer Publikum im wesentlichen aus der Linken kommt.

Ja, das Problem ist, daß man das Publikum ja nicht dadurch bekommt, daß man ein bestimmtes Programm hat, sondern das Publikum ist abhängig von der Art der Veranstaltung und vom Veranstalter selber. Wenn wir uns jetzt vornehmen würden, solch einen Abend für Jugendliche zu machen, nach dem Motto: „Wir wollen die frustrierte Jugend, die heute scheinbar keine Zukunft mehr für sich sieht“ ansprechen. Wir machen dann also eine

rekt mit dem Kapitalexport zu tun hat ... Ich glaube, daß das eher wieder etwas altkoloniale Form der Rohstoffausbeutung ist. Daß das eindeutig strategisch-militärische Ursachen hat. Diese Frage ist mir auch von den linken Organisationen zu schnell, viel zu schnell, beantwortet worden. Und nicht theoretisch fundiert, ob das wirklich im klassischen Sinn was mit Imperialismus zu tun hat. Unter Sozialimperialismus wurden von Lenin in der Analyse auch früher ganz andere Länder gefaßt. Länder eben, die ausgeprägte imperialistische Mächte waren. Ich glaube, daß das die Sowjetunion in dem Sinne nicht ist. Das hat aber nichts damit zu tun, daß ich nicht persönlich die Sowjetunion als einen äußerst gefährlichen Staat einschätze.

Ihr kommt von der 68er Bewegung. Mein Eindruck ist, daß euer Publikum im wesentlichen aus der Linken kommt.

Ja, das Problem ist, daß man das Publikum ja nicht dadurch bekommt, daß man ein bestimmtes Programm hat, sondern das Publikum ist abhängig von der Art der Veranstaltung und vom Veranstalter selber. Wenn wir uns jetzt vornehmen würden, solch einen Abend für Jugendliche zu machen, nach dem Motto: „Wir wollen die frustrierte Jugend, die heute scheinbar keine Zukunft mehr für sich sieht“ ansprechen. Wir machen dann also eine

besonders fetzige Musik und beschäftigen uns mit Drogen oder mit solchen Problematiken. Da würden ja auch nicht einfach die Jugendlichen zu uns kommen. Das heißt, wenn man sagt, man will ein bestimmtes Publikum erreichen, was man bisher nicht erreicht hat, das ist ein sehr langwieriger und schwieriger Prozeß. Die zweite Frage ist, ob wir überhaupt im Stande sind, solche Leute anzusprechen. Ich glaube, daß eine Lehrlingskapelle z.B. oder eine Band, die aus Leuten besteht, die hautnäher diese Probleme verspüren, daß die diese Jugendlichen besser ansprechen könnten. Ich kann mir vorstellen, daß solche Jugendliche uns als alte Männer bezeichnen und Veteranen und so. Das heißt nicht, daß ich kein Verständnis ... Also erstens würden wir nicht ankommen und zweitens weiß ich nicht, ob wir die adäquate Art haben, ihnen Dinge zu sagen. Ich glaube auch nicht, daß die Forderung bestehen soll, eine Gruppe möge das alles machen. Ich glaube, daß uns gewisse Aufgaben zufallen. Insgesamt in der Kulturlandschaft leider eh nicht die leichtesten. Weil die Leute manchmal Antworten von uns erwarten, die in vielen theoretischen Büchern noch nicht beantwortet wurden und dieser Stein hängt uns auch ganz schön dran. Und das ist uns derzeit persönlich auch ein weitaus größeres Problem.

An welchen Problemen arbeitet ihr jetzt?

Es gibt schon lange die Idee, ein Stück über die Jetztzeit zu machen in dem collagenhaft, von der Form und dem Inhalt her nicht so durchgängig und durchkonstruiert wie in der „Proletenpassion“, die brennenden Fragen angesprochen werden, mit der sogenannten Krise des Marxismus – die ja tatsächlich meiner Meinung nach mehr eine Krise der Marxisten-Leninisten ist – bis zu der Frage der Kriegsgefahr; dazu: in welcher Etappe der Entwicklung steckt die Menschheit und die Welt heute. Dabei müssen wir die großen Bewegungen wie die Ökologie-Bewegung auch ein bißchen aufarbeiten.

alte Männer bezeichnen und Veteranen und so. Das heißt nicht, daß ich kein Verständnis ... Also erstens würden wir nicht ankommen und zweitens weiß ich nicht, ob wir die adäquate Art haben, ihnen Dinge zu sagen. Ich glaube auch nicht, daß die Forderung bestehen soll, eine Gruppe möge das alles machen. Ich glaube, daß uns gewisse Aufgaben zufallen. Insgesamt in der Kulturlandschaft leider eh nicht die leichtesten. Weil die Leute manchmal Antworten von uns erwarten, die in vielen theoretischen Büchern noch nicht beantwortet wurden und dieser Stein hängt uns auch ganz schön dran. Und das ist uns derzeit persönlich auch ein weitaus größeres Problem.

An welchen Problemen arbeitet ihr jetzt?

Es gibt schon lange die Idee, ein Stück über die Jetztzeit zu machen in dem collagenhaft, von der Form und dem Inhalt her nicht so durchgängig und durchkonstruiert wie in der „Proletenpassion“, die brennenden Fragen angesprochen werden, mit der sogenannten Krise des Marxismus – die ja tatsächlich meiner Meinung nach mehr eine Krise der Marxisten-Leninisten ist – bis zu der Frage der Kriegsgefahr; dazu: in welcher Etappe der Entwicklung steckt die Menschheit und die Welt heute. Dabei müssen wir die großen Bewegungen wie die Ökologie-Bewegung auch ein bißchen aufarbeiten.

Es ist sicherlich kein Zufall, daß diese Bewegung entstanden ist. Ich glaube auch, daß da fürchterliche Aussichten ... Also da sieht die Zukunft ziemlich grau aus. Und das alles wollen wir aufarbeiten, und es ist sehr schwer, eine Form dafür zu finden und das dann auch irgendwie packend zu machen. So daß man einerseits nicht nur Plattitüden von sich gibt und so irgendwelche Fragen in den Raum stellt: „Ja, das frage ich mich auch“, sondern man muß auch soweit wie möglich Antworten geben können, um die Diskussion zu entfachen. Ich muß schon einige provokante Thesen formulieren, damit die Leute was zum diskutieren und zum schimpfen haben über uns.

Man hat euch vorgeworfen, euer musikalischer Stil sei zu kompliziert. Wir haben das früher mal formuliert nach dem Motto: „Die Revolution ist nichts Schönes“, „Widersprüche kann man nicht so darstellen“.

Ich muß dazu sagen, die Einheit von Inhalt und Form, die sich ergibt, wahrscheinlich bei einem Großteil unserer Lieder, ist nicht eine, die vom Kopf heraus kommt, also die einem Plan entspricht, indem man sagt, ich hab jetzt diesen Text und den müßte ich jetzt mit folgenden Harmonien, mit folgenden harmonischen Wendungen, mit folgender Instrumentierung ausstatten, damit der Inhalt auch gut rauskommt ... So funktioniert das nicht und hat das glaube ich noch nie funktioniert. Bei uns ergibt sich die Art, wie wir musizieren, einfach dadurch, daß die materielle Grundlage ist, was wir können und was wir nicht können. Daß die Einheit dennoch da ist, indem die Leute sagen, ja, ich verstehe den Inhalt und der ist überhaupt mit jener Emotionalität an mich herangetragen worden, daß er bei mir was zum Schwingen bringt, das ist dann eine Sache, die sich im Nachhinein herausstellt. Wenn man viele Dinge komponiert hat, hat man gewisse Erfahrungen, auf die man zurückgreifen kann. Aber es ist nicht der Plan, ich will fünfstimmigen Gesang machen, weil dann kommt der Inhalt am besten an. Wir wollen vor allem fünfstimmigen Ge-

und zum schimpfen haben über uns.

Man hat euch vorgeworfen, euer musikalischer Stil sei zu kompliziert. Wir haben das früher mal formuliert nach dem Motto: „Die Revolution ist nichts Schönes“, „Widersprüche kann man nicht so darstellen“.

Ich muß dazu sagen, die Einheit von Inhalt und Form, die sich ergibt, wahrscheinlich bei einem Großteil unserer Lieder, ist nicht eine, die vom Kopf heraus kommt, also die einem Plan entspricht, indem man sagt, ich hab jetzt diesen Text und den müßte ich jetzt mit folgenden Harmonien, mit folgenden harmonischen Wendungen, mit folgender Instrumentierung ausstatten, damit der Inhalt auch gut rauskommt ... So funktioniert das nicht und hat das glaube ich noch nie funktioniert. Bei uns ergibt sich die Art, wie wir musizieren, einfach dadurch, daß die materielle Grundlage ist, was wir können und was wir nicht können. Daß die Einheit dennoch da ist, indem die Leute sagen, ja, ich verstehe den Inhalt und der ist überhaupt mit jener Emotionalität an mich herangetragen worden, daß er bei mir was zum Schwingen bringt, das ist dann eine Sache, die sich im Nachhinein herausstellt. Wenn man viele Dinge komponiert hat, hat man gewisse Erfahrungen, auf die man zurückgreifen kann. Aber es ist nicht der Plan, ich will fünfstimmigen Gesang machen, weil dann kommt der Inhalt am besten an. Wir wollen vor allem fünfstimmigen Ge-

sang machen, weil uns das gut gefällt und weil's den Leuten gut gefällt.

Ja, da noch mal weiter. Du hast mal in einem Interview gesagt, eure vorletzte Platte, die „Herbstreise“, sei schlecht. Ich hatte bei der Platte den Eindruck, als wenn ihr nur eine bestimmte Situation in der BRD einfach wiederspiegelt, daß kaum noch ein Erkenntnisprozeß drin war. Einfach nur Berufsverbot, Wanzen usw.

Was heißt schlechte Platte. Das ist vielleicht übertrieben. Wir haben uns für die „Herbstreise“ gewisse musikalische Neuerungen vorgestellt, die uns nicht richtig gelungen sind. Es ist erst im Soyfer-Programm ein bißchen weiterer Schritt dazugekommen. Ich weiß nicht, wie du das empfindest, ich glaube aber, daß bei der Musik schon gewisse neue Elemente dabei waren, im Vergleich zur „Proletenpassion“, was bei der „Herbstreise“ nicht der Fall war. Auf Grund von gewissen Produktionsbedingungen haben wir unheimlich schnell komponiert und arrangiert und haben dann eigentlich auf das zurückgegriffen, was wir schon gut können und das war dann natürlich in gewisser Weise abgedroschen. Vom Inhaltlichen glaube ich, daß du Recht hast. Das ist das Dilemma, in dem wir uns befinden, inwiefern sind wir Spiegel oder inwiefern stellen wir an uns einen gewissen avantgardistischen Anspruch. Wollen wir das, was die Leute an uns herantragen, was sie von uns hören wollen, in einer kulturellen Form umsetzen, das heißt, daß sich die Leute wiederfinden, was zum Teil eine notwendige Sache ist, weil man auch mit Bedürfnissen und Gefühlen der Zuhörer nicht schamlos umgehen soll – und wie weit verstehen wir uns doch als eine Gruppe, die sagt, wir haben auf Grund von Erfahrungen, auf Grund von Arbeiten, die wir gemacht haben, gewisse Einsichten und die wollen wir dem Publikum vermitteln, ob es die jetzt hören will oder nicht. Das sind so die beiden Extreme, die man gehen kann. Richtig ist, das kann man in einem größeren Werk beides hineinbringen, die „Herbstreise“ tendiert eigentlich eher zu dem wo wir eigentlich nur reflektiert haben, was das Publikum an uns herangetragen hat.

Welches sind eure nächsten Schritte?

Mit dem Jura Soyfer-Programm werden wir wohl nicht mehr in der BRD auftreten. Ich glaube, daß es schon gewisse Nachteile hat. Es ist faktisch wieder so ein Zwischenprogramm gewesen. Wir wollen unser Hauptaugenmerk schon darauf richten, was über die Jetztzeit zu machen ... Wir haben einen Auftrag bekommen vom „Jungen Forum“, ein Stück über die Dritte Welt auszuarbeiten. Und das wird im November in Recklinghausen uraufgeführt. Und mit dem werden wir dann auch im nächsten Herbst und Frühjahr auf Tournee gehen. Unser Anliegen ist es auch hier eigentlich nicht, jetzt irgend ein Dritte-Welt-Programm zu machen, wo man nachweist, daß diese Leute halt schrecklich dran sind, sondern daß es uns gelingt, die Zusammenhänge zwischen der Ausbeutung hier und der Ausbeutung in der Dritten Welt aufzuzeigen. Wenn das geglückt ist, wenn man die Solidarität mit der Dritten Welt von der moralischen Ebene wegzerrt, zu einer tieferen Einsicht über die Zusammenhänge, dann haben

len wir dem Publikum vermitteln, ob es die jetzt hören will oder nicht. Das sind so die beiden Extreme, die man gehen kann. Richtig ist, das kann man in einem größeren Werk beides hineinbringen, die „Herbstreise“ tendiert eigentlich eher zu dem wo wir eigentlich nur reflektiert haben, was das Publikum an uns herangetragen hat.

Welches sind eure nächsten Schritte?

Mit dem Jura Soyfer-Programm werden wir wohl nicht mehr in der BRD auftreten. Ich glaube, daß es schon gewisse Nachteile hat. Es ist faktisch wieder so ein Zwischenprogramm gewesen. Wir wollen unser Hauptaugenmerk schon darauf richten, was über die Jetztzeit zu machen ... Wir haben einen Auftrag bekommen vom „Jungen Forum“, ein Stück über die Dritte Welt auszuarbeiten. Und das wird im November in Recklinghausen uraufgeführt. Und mit dem werden wir dann auch im nächsten Herbst und Frühjahr auf Tournee gehen. Unser Anliegen ist es auch hier eigentlich nicht, jetzt irgend ein Dritte-Welt-Programm zu machen, wo man nachweist, daß diese Leute halt schrecklich dran sind, sondern daß es uns gelingt, die Zusammenhänge zwischen der Ausbeutung hier und der Ausbeutung in der Dritten Welt aufzuzeigen. Wenn das geglückt ist, wenn man die Solidarität mit der Dritten Welt von der moralischen Ebene wegzerrt, zu einer tieferen Einsicht über die Zusammenhänge, dann haben

wir da unser Ziel erreicht. Aber da kann man nur hoffen, daß uns das gelingt. Das ist auch wieder so ein wahnsinniger Brocken, da reden wir auch schon wieder seit Monaten herum, aber einen richtigen Schlüssel, einen richtigen Zugang zu der Sache haben wir noch nicht gefunden.

Fernsehvorschau:

„Alambrista! – Die Rechtlosen“

Ein amerikanischer Spielfilm von 1977 – 1978 bei den Filmfestspielen in Cannes und San Sebastian ausgezeichnet –, der die elende Lage der mexikanischen Bauern beschreibt und ihren Versuch, durch illegale Einwanderung in den USA Arbeit zu bekommen und den Lebensunterhalt der Familie zu sichern. Der Film beschreibt den Prozeß der Bewußtseinsveränderung eines kleinen mexikanischen Bauern, der die Erniedrigung, Ausbeutung und Unterdrückung in den USA erfährt, schließlich nach Mexiko zurückkehrt, mit der Erkenntnis, daß er weiß wo er hingehört, wo er zu kämpfen hat.

Dienstag, 19.5., 22.05 Uhr im ARD

„Draußen vor der Tür“

Ein Klassiker der deutschen Nachkriegserzählung – von Wolfgang Borchert – wird noch einmal als Fernsehstück von 1957 wiederholt. Geprägt durch die Erlebnisse und Leiden des Krieges und der Nachkriegszeit schuf Borchert (er starb mit 27 Jahren) hier ein Bild tiefster Verzweiflung und vollkommener Zerstörung in der Person eines heimkehrenden Soldaten, der keine Zukunft mehr hat.

Freitag, 22.5., 23.00 Uhr im ARD

„Messer im Kopf“

Ist ein Film von Peter Schneider und auch ein Ergebnis des „deutschen Herbstes“. Der Film, der bis vor wenigen Monaten noch in den Programmkinos lief, erzählt die Geschichte des Biogenetikers Hoffmann, der zufällig in eine Polizeirazzia gerät und von einer Kugel in den Kopf getroffen wird. Danach ist er ohne Erinnerung, ohne Sprache. Er muß alles wieder lernen, unterstützt von seiner Frau, die er auch nicht mehr erkennt. Die Polizei vermutet in ihm einen „gefährlichen Terroristen“, gerade weil er bei einer breit angelegten „Terroristenfahndung“ – Räumung eines Jugendzentrums (unfreiwillige Ähnlichkeit mit Nürnberg) – angeschossen wurde. Wenn auch der Film an manchen Punkten etwas düster, depressiv und überzeichnet ist, so spürt man was von dem politischen Zeitgeist und außerdem spielt Bruno Ganz in der Rolle des Hoffmann ganz hervorragend.

Sonntag, 24.5., 21.05 Uhr im ARD